

New Yorks Bürgermeister Zohran Mamdani hat einen guten Start hingelegt. Aber gelingt dem linken Hoffnungsträger auch der grosse Umbau? **Thema der Woche** Seite 4

Hundert Tage Red Apple



Mit der U-Bahn ins Rathaus: Zohran Mamdani am 2. Januar in der Station City Hall. Eduardo Munoz Alvarez, Keystone

«Die Schweizer Medienbranche kennt sich mit der Entwertung der eigenen Erzeugnisse bestens aus. Der KI-Hype ist die dritte Welle der Selbstzerstörung.»

Renato Beck über die Zukunft des Journalismus

Leitartikel Seite 2

Manet, Bührle und die Silberbergs
Eine Recherche über Kunst, Verfolgung, Profiteure und Geschichtsvergessenheit.

Kultur Seite 20

«Mama, ich habs geschafft!»

Spielgruppen leisten viel für die frühkindliche Bildung – für wenig Anerkennung und Geld.

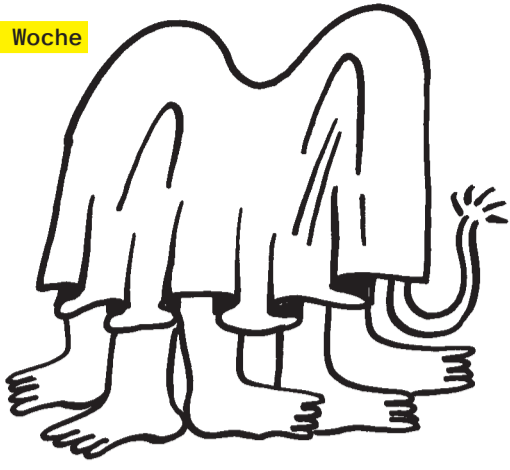
Gesellschaft Seite 25

FDP-Lüschers heikle Mission für Israel

Christian Lüscher überlegte sich gerade eine Bundesratskandidatur, als er sich 2017 von Israel mandatieren liess. Der Auftrag: eine Klage gegen die frühere Aussenministerin Tzipi Livni in der Schweiz zu verhindern. Das zeigt ein Datenleak aus dem israelischen Justizministerium, das die WOZ auswerten konnte. Besonders brisant: Der damalige FDP-Nationalrat nutzte seine Bekanntschaft mit Michael Lauber, um die Klage abzuwenden – und machte sich später erfolgreich für die Wiederwahl des umstrittenen Bundesanwalts stark. Expert:innen fordern, dass Anwält:innen im Parlament Interessenkonflikte offenlegen müssen.

Politik Seite 12

Diese Woche



Liebe Leser:innen

Am Ende waren wir überrascht, wie gespannt alles lief: Hier ist die neue WOZ – willkommen zu einem kleinen Rundgang!

Gleich nebenan erklärt Koredaktionsleiter **Renato Beck**, wieso wir trotz KI-Hype weiterhin auf selbstgeschriebene Texte setzen. Apropos Schreibkunst: Wir freuen uns sehr, dass neu Schriftstellerin **Dorothee Elmiger** zu unseren Autor:innen zählt ▷ **Seite 16**. **Daria Wild** und **Anna Jikhareva** erklären auf ▷ **Seite 8** ihre Politikolumne «Wetterleuchten». Und **Karin Hoffsten** berichtet auf ▷ **Seite 14** erstmals aus der «Küche des Wahnsinns».

Wie bloss beginnen in diesen düsteren Zeiten? Als unser US-Korrespondent **Lukas Hermsmeier** ein Porträt über den New Yorker Bürgermeister **Zohran Mamdani** vorschlug, sagten wir sofort zu. Hermsmeier zieht im Thema der Woche auf ▷ **Seite 4** ein vorsichtig positives Fazit: Im Labor New York wächst einiges.

Nicht mehr weiter wachsen soll derweil die Schweiz, zumindest wenn es nach der SVP geht. Vor der Abstimmung über deren neuste Initiative rückt **Miriam Behrens**, Direktorin der Flüchtlingshilfe, einige Zahlen zurecht ▷ **Seite 7**.

Auch künftig wollen wir uns Zeit für vertiefte Recherchen lassen: Letztes Jahr teilte unsere freie Mitarbeiterin **Giulia Bernardi** mit, dass sie die Spur von **Gerta Silberberg** verfolgen wolle, die sich für die Rückgabe der Kunstsammlung ihrer Schwiegereltern einsetzte. Ihr Text zeigt auch, wie Geschichte zum Verschwinden gebracht wird ▷ **Seite 20**. Mehr Inspiration für eine bessere Welt liefern soll der neue Gesellschaftsteil. Ärztin **Mireille Ngosso** spricht dort über ihren Einsatz gegen Rassismus im Gesundheitssystem ▷ **Seite 26**.

Zum Schluss ein grosser Dank: ans Grafiker:innenduo **Martin Stoecklin** und **Melina Wilson** vom Studio A Language, die das neue Layout entwickelten, und an **Olga Prader** für die Piktogramme.

Wir hoffen, dass Ihnen dieser Umbau gefällt – für Lob, Kritik und Anmerkungen erreichen Sie uns über feedback@woz.ch.

Vorsichtig positiv grüsst
Das WOZ-Kollektiv

Leitartikel

Schweizer Medien wurden vom Techfieber gepackt. Sie schaden sich einmal mehr selber, meint Renato Beck.

Die dritte Welle der Selbstzerstörung

«I celebrate me, for the woman I became», singt Inga Rose mit grosser Soulstimme in ihrem Hit, der weltweit gerade die Charts anführt. Bloss, dass Inga Rose nie jene Frau geworden sein kann, weil Inga Rose noch nicht mal ein Mensch ist, sondern die Ausgeburt einer KI. Schon vor diesem Erfolg hatten sich Musiker:innen gegen ihre Verdrängung gestemmt.

«Shy Girl» heisst der Horrorroman von Mia Ballard, der es aus den Untiefen der Selbstpublikation in den renommierten Verlag Hachette geschafft hatte und drauf und dran war, mit viraler Wucht zum Bestseller zu werden, bis er vor kurzem als von einer KI geschrieben enttarnt wurde. Ein veritabler Skandal war die Folge.

Es sind die Vorboten einer neuen Normalität, in der Menschengemachtes von künstlich Generiertem nicht mehr zu unterscheiden sein wird. Doch wenn alles echt sein kann oder alles falsch, dann hat nichts mehr einen Wert.

Das gilt genau gleich für die Medienbranche. Nur wehrt sich dort anders als in der Musikindustrie und im Literaturbetrieb kaum jemand gegen den inflationären Gebrauch von KI. Dabei sind die Umwälzungen mindestens ebenso fundamental. Gerade in der Schweiz setzen Konzerne wie Startups ungehemmt auf den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Für sinnvolle Anwendungen, aber auch für geradezu selbstvernichtende.

Mit KI-Tools lassen sich Interviews einfach verschriftlichen oder riesige Datenmengen wie etwa die Epstein-Files in Sekundenschnelle auswerten. Das bringt nützliche Entlastungen für kleingesparte Redaktionen. Doch ist die KI nicht nur Hilfsmittel für Journalist:innen – sie ist längst auch deren Bedrohung.

Wer heute etwa eine Zeitung aus dem Medienuniversum Tamedia aufschlägt, kann nicht wissen, wer die Texte darin verfasst hat. Die zeichnenden Journalist:innen oder die KI? Nahezu ganze Texte, das machte die WOZ unlängst publik, können der Maschine entstammen, ohne deklariert zu werden. Shy Girl recherchiert und schreibt Leitartikel. Dabei sollte für Artikel nicht weniger gelten als für Poulets oder Mais: Wurden Antibiotika eingesetzt oder Gentechnik – oder eben Chat GPT –, gehört das ausgewiesen. Medien leiden sowieso schon unter einer Vertrauenskrise, mit dem KI-Boom verschärft sich diese nochmals dramatisch.

Die Schweizer Medienbranche kennt sich mit der Entwertung der eigenen Erzeugnisse bestens aus. Die Aussicht auf schnelle Gewinne hat immer schon dazu verleitet, das eigene Fundament zu untergraben. Erinnerung sei an die Epoche der Pendlerzeitungen in den nuller Jahren, als die Medienkonzerne ein halbes Dutzend Gratiszeitungen mit riesigen Auflagen auf den Markt

warfen, um ihre Konkurrenz auszuschalten. Und diese dann grösstenteils wieder einstampften, weil die Leute im Zug lieber aufs Handy schauten. Die Leidtragenden waren die Journalist:innen, die dutzendfach engagiert und kurz darauf wieder entlassen wurden. Und die Bezahlzeitungen, die rapide an Auflage verloren, weil Journalismus plötzlich kostenlos zu haben war.

Die Entwertungsstrategie kultivierten dieselben Verlage weiter, als sie im Onlinemarkt neue Gewinne witterten und deshalb umfassende publizistische Angebote digital kostenfrei verfügbar machten. Mit einem Klick liess sich gratis lesen, was am nächsten Tag in der abonnierten Zeitung

Wenn alles echt sein kann oder alles falsch, dann hat nichts mehr einen Wert.

stand. Als die Manager:innen dann Bezahlschranken hochzogen, um die Onlinereichweiten zu monetarisieren, stellten sie erstaunt fest, dass nur wenige Leute bereit waren, für etwas zu bezahlen, das eben noch gratis war.

Derzeit läuft die dritte Welle der Selbstzerstörung der Schweizer Medien. Vom Techfieber gepackt, überbieten sie sich mit dem flächendeckenden Ersatz von redaktionellen Prozessen durch KI. Kürzlich erklärte Ringier-CEO Marc Walder, wie er sich die Medienezukunft der Schweiz vorstellt: «Blick», «20 Minuten» und die NZZ würden digital überleben, alle anderen Titel eingehen. Walder muss nicht recht behalten, doch die Verlage wirken genau darauf hin. Noch dieses Jahr könnte es erstmals bei einem Grossverlag wegen der «Effizienzgewinne» mit KI zur Massenentlassung kommen.

Eine Gegenbewegung dazu ist leider nicht auszumachen. Eine öffentliche Debatte findet kaum statt und wenn, ist sie geprägt von naiver Techgläubigkeit. Und auch die Gewerkschaften scheinen nicht zu verstehen, was für gewaltige Veränderungen im Gang sind. Sie veröffentlichen wohlfeile Empfehlungen, statt gegen die Verlage mobil zu machen. Dass es auch anders geht, zeigt sich in den USA, wo vor zwei Wochen das Investigativportal «ProPublica» wegen des Unwillens, den Einsatz von KI zu begrenzen, bestreikt wurde.

Bei der WOZ finden wir, dass Texte selber geschrieben und korrigiert gehören, Bilder selber fotografiert und Illustrationen selber gezeichnet sein sollen. Das mag teuer sein und länger dauern. Doch es hat: einen Wert. ●

Kommentar

Um die Wirksamkeit der UBS-Regulierung zu prüfen, empfiehlt Enrico Kampmann einen Dezibelmesser.

KKS bleibt konsequent

Seit zwei Jahren läuft die UBS Sturm gegen strengere Eigenkapitalvorschriften. Nachdem sie die Credit Suisse zum Schnäppchenpreis übernehmen durfte – ein Akt, den sie gern als Dienst an der Allgemeinheit verkauft –, warnt sie ständig vor katastrophalen Folgen einer «Überregulierung».

Vergangene Woche erneuerte Verwaltungsratspräsident Colm Kelleher den nur dünn verschleierte Erpressungsversuch: Man wolle in der Schweiz bleiben, sehe sich aber verpflichtet, «geeignete Optionen» zu prüfen, um die Folgen «extremer Vorschläge» zu begrenzen. Übersetzt: Wer die UBS reguliert, riskiert ihren Wegzug.

Man muss es Finanzministerin Karin Keller-Sutter zugestehen: Trotz der Drohkulisse ist sie nicht einge-

knickt. Am Mittwoch präsentierte der Bundesrat die Eckpfeiler der neuen Too-big-to-fail-Regulierung. Auf Verordnungsstufe ist Keller-Sutter der Grossbank in einzelnen Punkten zwar entgegengekommen – etwa bei der regulatorischen Behandlung von Software, die weniger streng ausfällt als noch in der Vernehmlassung.

Beim Kernpunkt aber bleibt KKS hart: Auslandstöchter sollen vollständig mit Eigenkapital im Stammhaus unterlegt werden. Das bedeutet für die UBS einen zusätzlichen Kapitalbedarf von 22 bis 26 Milliarden US-Dollar. Allerdings: Hier hat das Parlament das letzte Wort. Und die Diskussion dürfte laut werden.

Im «SonntagsBlick» lieferte Ex-FDP-Ständerat Ruedi Noser bereits

Schützenhilfe. Er warnt vor einem «wegregulierten» Finanzplatz. Die CS sei schliesslich nicht an zu wenig Kapital, sondern an Managementfehlern gescheitert. Dass ausgerechnet Noser das sagt, ist bemerkenswert: Er sass im Verwaltungsrat der CS Asset Management Schweiz AG, die mit dem Vertrieb der berühmten Greensill-Fonds einen der kapitalsten Fehler in der Schweizer Bankengeschichte beging, der zum Niedergang der CS beitrug.

Ob die Vorschläge tatsächlich weit genug gehen, wird sich in den kommenden Tagen zeigen. Es lohnt sich, einen Dezibelmesser auf dem Paradeplatz aufzustellen. Es gibt kaum einen verlässlicheren Indikator für eine wirksame Regulierung als die Lautstärke des Protests aus der UBS-Chefetage. ●

Stop-Pillage-Kongress

Junge Aktivist:innen stellten in Lausanne radikale Fragen über Imperialismus und Rohstoffabbau. Wurden auch Antworten gefunden?

Facetten des Widerstands



Grundwasserverschmutzung und G7: Stop Pillage untersucht, wie Staaten und Konzerne weltweit Schaden anrichten.

Daniel Stern Text
Mathilde Widmann Foto
Lausanne

Man könnte dem Rapper Rafael «Tufawon» Gonzales und der Gewerkschafterin Janette Corcelius noch lange zuhören. Am vergangenen Samstag erzählen sie auf einem Podium in Lausanne, wie sich Zehntausende Bewohner:innen der US-Stadt Minneapolis letztlich erfolgreich gegen die Invasion von 3000 Beamten der Migrationsbehörde ICE wehrten. Die beiden wurden von der Konferenz Stop Pillage, was so viel wie «Schluss mit der Plünderung» heisst, eingeladen.

Stop Pillage ist eine Gegenkonferenz zum sogenannten Commodity Summit mehrerer Hundert Rohstoffhändler:innen und ihrer Financiers, die sich diese Woche im Lausanner Luxushotel Beau-Rivage treffen. Die Branche gehört neben der Finanzindustrie zu den umsatzstärksten Wirtschaftszweigen der Schweiz. Unternehmen wie Vitol, Mercuria oder Glencore machen mit dem Handel von Öl, Gas, Getreide oder Mineralien jährlich Milliardengewinne. Bei Krisen auf der Welt gehören sie meist zu den grossen Gewinnern, weil sie dank ihrem Marktwissen von den starken Preisschwankungen profitieren.

Doch über die Trader wird hier am Stop-Pillage-Gipfel «gegen Extraktivismus und Imperialismus» nur am Rande gesprochen. Die Rohstoffkonzerne stehen vielmehr stellvertretend für die systematische Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im Globalen Süden, die rassistische und unmenschliche Behandlung der Bevölkerung und die Ignoranz gegenüber den ökologischen Folgen. Das Kongressprogramm in Lausanne reicht von Technofaschismus über die Verschuldungsproblematik bis zum Kampf der Bäuerinnen und Bauern des Südens für Ernährungssouveränität.

Veganes Essen, brutale Tiger

Die Stop-Pillage-Konferenz findet im Kulturzentrum Pôle Sud statt, das im Herzen der Stadt liegt. Im Parterre sind ein Café und eine improvisierte Küche untergebracht. Die Ästhetik ist widerständig. Ein Wandbild zeigt einen Bauern mit Hut, mutmasslich aus Lateinamerika, umrahmt von zwei Tigern, die ihn zu beschützen scheinen und gefährlich ihre Zähne fletschen. Umrandet ist das Bild vom Schriftzug «Power to the pipl». Am Mittag gibt es veganes Essen, für das die insgesamt mehreren Hundert Kongressteilnehmer:innen guldig anstehen.

Auf den ersten Blick scheinen Gonzales und Corcelius aus Minneapolis nur wenig mit Stop Pillage und deren Motto zu tun zu haben. Doch sie haben eine Erfahrung gemacht, die für die Aktivist:innen in Lausanne von grossem Wert ist: Sie haben mit Solidarität und Aufruhr eine Veränderung bewirkt. In Europa unterwegs sind sie, weil sie hiesige Banken und Pensionskassen davon abbringen wollen, in US-Unternehmen zu investieren, die die ICE aktiv unterstützen.

Besonders im Visier haben sie den US-Konzern Palantir. Das Unternehmen des rechtsliberalen Peter Thiel hat ICE mit einer Datenanalyse-Software ausgestattet, die diese nun gegen die Migrant:innen einsetzt. Schweizer Banken und Versicherungen halten Aktien von Palantir im Wert von rund drei Milliarden Franken. Zu den grössten Anteilseignern zählen die Schweizerische Nationalbank und die UBS.

Der Stop-Pillage-Kongress kann also als eine Art Bestandesaufnahme des Imperialismus gelesen werden: eines umfassenden Systems der Machtausübung durch Staaten und Konzerne, das sich gegen Bevölkerungsteile sowohl in den Ländern des Nordens wie des Südens richtet. Der 32-jährige Azul, der nur so genannt werden will, und die 26-jährige Camille Delgrange gehören

zum Kernteam der Kongressorganisation. Sie interessieren sich, sagen sie, vorab für die wirtschaftlichen Ausprägungen des Imperialismus. «Es geht uns um die Schweiz mit ihrem Finanzplatz und den multinationalen Konzernen und deren Verbindungen zu den Eliten hier», sagt Delgrange. Und Azul ergänzt: «Gegen den Imperialismus zu kämpfen, heisst, von hier aus zu kämpfen.»

Was bedeutet Solidarität?

Der Stop-Pillage-Kongress ist vor vier Jahren auch von vielen jungen Aktivist:innen neu lanciert worden, nachdem er wegen der Covid-Pandemie ein paar Jahre lang ausfiel. Azul gehört dem Kollektiv Jaguar an, einem Zusammenschluss von Migrant:innen aus Lateinamerika in der Schweiz, die sich für Menschenrechte, die Umwelt und gegen den Imperialismus einsetzen. Delgrange arbeitet beim Genfer Kollektiv Break Free mit, das sich gegen die Finanzindustrie engagiert, die mit ihren Investitionen die Klima- und Biodiversitätskrise befeuert und die Menschenrechte missachtet.

Am Sonntagmorgen wird über internationale Solidarität debattiert. Und damit auch über eine Aktualisierung des Antiimperialismus. Was heisst es, solidarisch zu sein, wenn die Streitkräfte der USA und Israels den Iran bombardieren? Der Genfer Juan Tortosa von der Westschweizer Bewegungspartei Solidarités warnt: «Die Feinde meiner Feinde sind nicht meine Freunde.» Man müsse Wege finden, mit der Bevölkerung solidarisch zu sein, ohne dabei der Regierung und dem Machtapparat des Iran zu helfen. Béa Whitaker von der trotzkistischen französischen Partei Nouveau Parti anticapitaliste beklagt, dass etwa in Lateinamerika viele Linke die russische Invasion in der Ukraine fälschlicherweise als imperialistischen Krieg zwischen der Nato und Russland begriffen. Dieser Deutung müsse man eine andere entgegensetzen.

Aber wie ist man mit der Bevölkerung denn nun solidarisch? Solche Fragen werden am Podium nur gestreift. Die Diskussionen bleiben schlagworthaft. Unter Solidarität werden internationale Organisationsbemühungen und Kampagnen verstanden, wie etwa die Mobilisierung gegen den G7-Gipfel in Evian, der im Juni stattfindet. Es fällt auf, dass etwa die vielfältigen Proteste der sogenannten Generation Z des letzten Jahres kaum erwähnt werden. Die oft blutig niedergeschlagenen Bewegungen in Bangladesch, Kenia, Madagaskar oder Nepal sind hier kein Thema. Doch das liegt laut Delgrange nicht am fehlenden Willen, sondern an den Kapazitäten und Kontakten.

Dass so viele Leute an den Kongress gekommen sind, liegt wohl auch an Lausanne als Stadt, die in den letzten Jahren durch vielfältige und breite Proteste geprägt wurde. So nahmen Ende März Tausende an einem «antifaschistischen Karneval» teil. Auch die Demos gegen den Genozid im Gazastreifen, wie das Vorgehen der israelischen Armee etwa vom Uno-Menschenrechtsrat taxiert wird, haben hier Tausende mobilisiert. Azul und Delgrange sagen, man spüre diesen Aufbruch auch am Kongress. Doch was folgt darauf?

Zu ambitioniertes Versprechen

Am Sonntagabend steht eine letzte Veranstaltung an, um all die Facetten des nötigen Widerstands zusammenzufügen. Angekündigt sind «Bilanz und Perspektiven antiimperialistischer Kämpfe in der Schweiz». Aber dieses Versprechen scheint dann doch zu ambitioniert. Die Diskussion fällt aus. Der Kongress hat zwar vielfältige Möglichkeiten geboten, Leute kennenzulernen und sich mit verschiedenen Themen auseinanderzusetzen, doch um das Verbindende der einzelnen Veranstaltungen herauszuarbeiten, fehlt dann der Raum.

Stattdessen sitzen rund vierzig Personen im Kreis und diskutieren, wie es mit Stop Pillage weitergeht. Es sei geplant, eine nationale Koordination zu gründen, sagt Camille Delgrange: «Der Röstigraben muss endlich überwunden werden.» Der Finanzplatz und die multinationalen Konzerne müssten stärker unter Druck gesetzt werden. Am Montag marschieren dann rund 200 Personen durch Laussanes Strassen, um gegen den Rohstoffgipfel im «Beau-Rivage» zu demonstrieren. ●



Huldigung der Working Class: Zohran Mamdani streicht vor Anhänger:innen seine Erfolge heraus. Ryan Murphy, Getty

Hundert Tage im Amt

Noch nie hatte ein so linker Politiker in den USA so viel Macht. Nun muss er liefern: Kann Zohran Mamdani seine Versprechen als Bürgermeister von New York halten?

Er will noch viel mehr, als er darf



Zum Essen sind hier auch sozialistische Aktivist:innen zu Gast: Mamdani und Polizeidirektorin Jessica Tisch bei einer Pressekonferenz vor seiner Residenz. Leonardo Munoz, Keystone

Lukas Hermsmeier, New York

«Kommunist! Trojanisches Pferd! Judenhasser!» – Der Mann hinterm Zaun brüllt und tobt. Vielleicht sechzig Jahre alt ist er, von der Wollmütze bis zu den Schuhen schwarz gekleidet. «Das hier ist ein christliches Land! Der Islam ist keine richtige Religion!» Zwei Sicherheitsbeamte versuchen ihn zu beruhigen, doch ohne Wirkung. Und Zohran Mamdani? Der bleibt entspannt.

Ein Vormittag Ende März. Der neue Bürgermeister von New York City steht auf einer Brachfläche im Viertel Bedford-Stuyvesant. Kahle Bäume und Betonwände mit Graffiti umranden das Grundstück. Überwiegend Schwarze Familien wohnen in diesem Teil von Brooklyn. Alle paar Wochen macht ein neues Café auf, in dem dann vor allem weisse Zugezogene hinter ihren Macbooks sitzen. Über die Gentrifizierung Bed-Stuys wurden ganze Bücher geschrieben.

Um der Verdrängung etwas entgegenzusetzen, so erklärt es Mamdani den anwesenden Nachbarinnen und Journalisten, werden an dieser Stelle bald bezahlbare Wohnungen entstehen. Und zwar wesentlich schneller als sonst üblich. Mamdani stellt ein neues Programm vor, das Bauprojekte auf stadteigenen Flächen beschleunigen soll. Damit Bauvorhaben nicht jahrelang in bürokratischen Verfahren festhingen, werde die Regierung mit einer Reihe von Immobilienentwicklern zügig kooperieren.

Nach ein paar Minuten weicht Mamdani von seinem Skript ab. Es gehöre doch gerade zum Reiz New Yorks, «dass man von jedem etwas zu hören bekommt», sagt er mit einem Lächeln auf dem

Gesicht. «Wir müssen dafür sorgen, dass diese Stadt bezahlbar bleibt, sodass man weiter seine Politiker anschreien kann.»

Die Szene ist gleich aus mehreren Gründen interessant. Zum einen zeigt sie eine von Mamdanis Stärken, seine Gabe, Publikum und Umgebung einzubeziehen, sogar die ihm feindlich Gesinnten. Videoaufnahmen davon werden sich ein paar Stunden später viral verbreiten. Zum anderen bekommt man einen Eindruck davon, wie viel Rassismus Mamdani als Sohn indisch-ugandischer Einwander:innen und Muslim erlebt. Kein Tag vergeht, ohne dass der 34-Jährige beschimpft oder bedroht wird.

Deutlich wird beim Termin in Bed-Stuy noch eine weitere Sache, nämlich Mamdanis politische Ausgangslage. Er muss liefern. Sehr schnell. Deshalb auch das Programm zur Ankurbelung von Bauprojekten – eine von zahlreichen Initiativen in diesen Wochen, die die Handlungsfähigkeit seiner Regierung unter Beweis stellen sollen. Die Leute wollen etwas sehen, spüren, materielle Verbesserungen, konkrete Dinge. Wer einen so umfassenden politischen Wandel verspricht wie Mamdani, muss sich daran schliesslich auch messen lassen.

Abrechnung mit dem Liberalismus

Mit Heilsbringern ist es so eine Sache. In der Politik sollte man erst recht darauf verzichten, von einzelnen Menschen Wunder zu erwarten. Und dennoch, bei aller Vorsicht, fällt es schwer, in Mamdanis Wahlsieg nicht einen Paradigmenwechsel zu sehen, zumindest in Ansätzen.

Da ist ein junger und weitestgehend unbekannter Lokalpolitiker, der voller Stolz als demokratischer Sozialist auftritt, sich dazu noch prinzipientreu für palästinensisches Leben einsetzt, weshalb er immer wieder als Judenhasser diffamiert wird, und dieser Mann avanciert in der Welthauptstadt des Kapitalismus innerhalb weniger Monate vom Aussenseiter zum Geheimtipp, bis er schliesslich, trotz aller reaktionärer Gegenbemühungen, die absolute Mehrheit der Stimmen für sich gewinnt. So einen Aufstieg hat es in den

Zufrieden sind sowieso nie alle. Erst recht nicht in New York.

USA schlichtweg noch nie gegeben. «The Red Apple» (Der rote Apfel) schrieb die rechte Boulevardzeitung «New York Post» am Tag nach der Wahl. Mamdani reisst in einer Fotomontage Hammer und Sichel in die Luft. Die Titelseite hängt heute bei vielen Linken in der Wohnung.

Die Verstaatlichung aller Produktionsmittel steht erst mal nicht im Raum. Doch Mamdanis Erfolg hat schon jetzt Spuren hinterlassen, weit über die Stadt hinaus. Demokratische Politiker:innen nehmen sich plötzlich mit ganz anderem Ernst der «Bezahlbarkeitskrise» an, der enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten. Wahlkampfkampagnen ahmen den «Zohran-Style» nach. Medien aus aller Welt versuchen, das «Phänomen Mamdani» zu ergründen. Das letzte Mal gab es solch einen Hype bei Barack Obama.

Das rhetorische Talent haben Obama und Mamdani tatsächlich gemeinsam. Ideologisch jedoch trennt sie viel. Letztlich muss man Mamdanis Sieg als Ausdruck einer Verdrossenheit über jene Obama-Politik verstehen, als Abrechnung mit dem laschen Liberalismus so vieler demokratischer Führungskräfte, ja als Versuch einer linken Antwort auf die fehlende Antwort der Mitte auf den Faschismus.

Mamdani sprach im Wahlkampf nicht nur glaubwürdiger über Solidarität und Gerechtigkeit, als es Politiker:innen, die von Grossspendern und Lobbygruppen abhängig sind, je tun könnten. Er präsentierte dazu auch konkrete Reformvorschläge, die das Leben von Millionen Menschen erleichtern. Seine drei zentralen Forderungen – kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung, eine Mietpreisbremse sowie kostenlosen und schnellen Busverkehr – wiederholte der Kandidat so unermüdlich, dass sie bei den Rallies bald mitgerufen wurden. Genau diese Basis war es dann auch, die den Sieg ermöglichte. Mehr als 100 000 Freiwillige klopften im Wahlkampf an rund drei Millionen Türen. Angetrieben wurde das Ganze von den Democratic Socialists of America, der wichtigsten linken Organisation der Stadt.

Seit 1. Januar läuft in New York City nun also ein historisches Experiment: Nie zuvor hatte ein so linker Politiker in den USA solch eine Macht. Das scheint erst mal gut anzukommen, 56 Prozent der New Yorker:innen sagen aktuell, dass sich die Stadt

in die richtige Richtung bewege. Vor einem halben Jahr waren es nur 31 Prozent. Zugleich sind die Spielräume durch Haushaltsvorgaben und die allgemeine politische Konstellation begrenzt, sodass Enttäuschungen programmiert scheinen. Die Frage stellt sich: Was kann eine progressive Regierung in reaktionären Zeiten überhaupt bewegen?

Schlaglochpolitik

Stand heute lässt sich sagen: vieles. Obwohl Mamdani von seinem Vorgänger Eric Adams ein Haushaltsdefizit von 5,4 Milliarden US-Dollar übernommen hat und mit mächtigen Vetokräften aus der eigenen Partei konfrontiert ist, sind viele seiner Vorhaben auf dem Weg.

Bereits nach einer Woche stellte Mamdani zusammen mit Kathy Hochul, der Gouverneurin des Bundesstaats New York, einen Plan zum Ausbau der Kinderbetreuung vor. Noch in diesem Jahr werden Tausende zusätzliche Kita- und Krippenplätze entstehen. Ende 2029, wenn Mamdanis erste Amtszeit vorbei ist, sollen alle Kinder ab dem Alter von sechs Wochen kostenlos versorgt sein. Auch in der Wohnpolitik gibt es Fortschritte. Neben verschiedenen Neubauprojekten, die Mamdani präsentiert hat, besetzte er das Rent Guidelines Board mit neuem Personal. Das Gremium wird wohl bis Juni festlegen, dass die rund eine Million mietpreisgebundenen Wohnungen in den kommenden Jahren nicht teurer werden dürfen. Damit wäre die angekündigte Mietpreisbremse aktiv.

Dann wäre da noch die Idee der stadteigenen Supermärkte, die wie kaum ein anderes Projekt

Schlaglochpolitik betreibe eine Regierung, die sich unmittelbar um die kleinen und grossen Probleme der Stadt kümmere, sei es die Rekrutierung von Schneeschoppern im Blizzard, sei es das Entfernen der viel zu lange stehen bleibenden, Wohnungen verdunkelnden Baugerüste. Oder sei es der Plan, endlich ein neues Entsorgungssystem aufzubauen. Mit der Schlaglochpolitik stehe man in der Tradition des «sewer socialism» – Kanalisationssozialismus –, erklärte Mamdani in Anlehnung an die Stadt Milwaukee: Dort investierte die linke Regierung Anfang des 20. Jahrhunderts viel in die öffentliche Infrastruktur, baute Parks, Wohnungen, Abwassersysteme – und wurde dafür immer wieder gewählt. Vier Jahrzehnte am Stück regierten die «sewer socialists».

Wer dachte, dass Mamdani die sozialistische Rhetorik herunterfahren würde, sobald er im Amt ist, wurde an diesem Abend also eines Besseren belehrt. Das bemerkte auch US-Senator Bernie Sanders, der als Überraschungsgast auftrat. «Ich habe schon mit Hunderten von Bürgermeister:innen auf Bühnen gestanden», sagte er. Mamdani sei der erste in all den Jahrzehnten, der «stolz vom demokratischen Sozialismus spricht».

Doch ist es ein Spagat: Einerseits ist Mamdani so nah an der linken Bewegung wie kaum ein anderer Politiker. Sozialistische Aktivist:innen sind regelmässig zum Abendessen in die Gracie Mansion eingeladen, wie der Wohnsitz des New Yorker Bürgermeisters heisst. Andererseits ist Mamdani eben für die ganze Stadt verantwortlich, er muss im Wortsinn staatstragend sein. Zum Vorschein



Ein Bürgermeister für alle: Zohran Mamdani bei der St.-Patrick's-Day-Parade. Getty

bei Mamdanis Gegner:innen Red-Scare-Schnappatmung ausgelöst hat, Kommunismuspanik. Kürzlich gab er bekannt, den ersten von fünf Stadt-supermärkten im kommenden Jahr in East Harlem zu eröffnen. Nicht nur günstige Preise und gute Qualität sollen dort garantiert werden, sondern auch eine anständige Bezahlung der Beschäftigten.

Schwieriger wird es hingegen, das Versprechen «kostenloser und schneller Busse» zu erfüllen. Die für den öffentlichen Nahverkehr zuständige Behörde wird nicht von der Stadt, sondern vom Bundesstaat beaufsichtigt. Mamdani ist deshalb auf Gouverneurin Hochul angewiesen, die allerdings wenig von Gratisverkehr hält. Immerhin sollen auf 45 der rund 330 Buslinien bald die Fahrzeiten verkürzt werden. Diskutiert wird zudem, bestimmte Strecken temporär kostenlos zugänglich zu machen, etwa zur Fussballweltmeisterschaft im Sommer. Ob es über solche Pilotprojekte hinausgeht, ist fraglich.

Wenn man Mamdani in diesen Wochen erlebt, dann fällt immer wieder auf, wie zentral für ihn das Thema Arbeit ist. Er besucht Krankenpfleger:innen am Streikposten. Er eröffnet eine Anlauf- und Ausruststelle für Lieferdienstfahrer. Er hilft Strassenverkäufer:innen, indem er Vorschriften lockert. Dass New York die «beste Stadt der Welt» sei, liege an den «Millionen von Menschen, die jeden Tag unermüdlich arbeiten», sagte Mamdani Mitte April bei einer Rallye zum 100. Tag im Amt. Die ganze Rede war eine Huldigung der Working Class.

In seiner Rückschau hob er einen Erfolg ganz besonders hervor: die Reparatur der New Yorker Strassen. Mehr als 102 000 Schlaglöcher habe man seit Januar gefüllt, sagte er und lieferte dann auch gleich den Begriff dazu: «pothole politics».

kommt das auch in seiner Sprache. Sozialistisches Vokabular kombiniert er mit Wörtern, die in den vergangenen Jahren eher dem Marktliberalismus zugeordnet wurden. Seine Regierung stehe für «Effizienz» und «Exzellenz», sagt er etwa.

Bei seiner Amtseinführung sprach Mamdani vom Ziel der «abundance» (Fülle, Überfluss), ein Begriff, den die Autoren Ezra Klein und Derek Thompson mit ihrem gleichnamigen Buch im Diskurs verankert haben. Um die maroden Infrastrukturen der USA wieder in Schwung zu bringen, brauche es eine umfassende Entbürokratisierung, schreiben sie. Weniger Regeln, mehr bauen, bessere Demokratie, lautet die Devise. Dass Mamdani nun mit diesem Wort operiert, kann man als Anbiederung an die Mitte verstehen. Oder als klugen Schachzug, um bestimmte Konzepte für die Linke wiederzugewinnen. Und es stimmt ja auch: Mamdani will schnell bauen. Nur eben sozialverträglich. Das ist die epochale Aufgabe.

Angst vor einem Backlash

Ein anderer Kraftakt ist das Thema öffentliche Sicherheit. Mamdani hat ein Office of Community Safety ins Leben gerufen, das unter anderem Nachbarschaftsinitiativen stärken, der Gewalt präventiv entgegenwirken will. In Situationen psychischer Krisen soll nicht mehr zwangsläufig die Polizei entsendet werden, sondern Sozialarbeiter:innen. Auch an einzelnen Reformen im New York Police Department hält der Bürgermeister fest. Der Plan ist, die von vielen als rassistisch kritisierte «Gangmitgliederdatabank» abzuschaffen und die Spezialeinheit für Proteste aufzulösen.

Zum Frust vieler Linker scheint Mamdani eine Sache jedoch unangetastet zu lassen: das Budget

der Polizei. Rund elf Milliarden Dollar stehen dem Police Department pro Jahr zur Verfügung, mehr Geld als den Armeen der meisten Staaten. Vorstellbar ist zwar, dass Mamdani erst bestimmte Reformen zur Communitysicherheit durchbringen will, ehe er sich an die Polizeisubstanz wagt. Mindestens so wahrscheinlich ist jedoch, dass er diesen Kampf aus Angst vor einem Backlash gar nicht führen will. Für Letzteres spricht, dass er an der konservativen Polizeidirektorin festhält.

Ein grosses Fragezeichen schwebt auch über Mamdanis Ziel, neue Steuern für Einkommensmillionäre und grosse Konzerne einzuführen. Diese Forderung wird zwar von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet und hätte auch die notwendigen Stimmen im Parlament. Zustimmung braucht es allerdings auch von Hochul, und die stellt sich quer. Mamdani sieht bislang von einer direkten Konfrontation mit der demokratischen Gouverneurin ab. Er setzt auf Verhandlungen hinter den Kulissen. Zwei grösseren «Tax the Rich»-Kundgebungen ist er ferngeblieben. Mitte April konnte er sich mit Hochul immerhin auf eine neue Steuer für leer stehende Luxuswohnsitze einigen, die 500 Millionen Dollar pro Jahr bringen soll.

Hässliche Realpolitik

Mamdani will mehr, als er darf. Ein Problem, das viele Politiker:innen haben. Doch bei ihm fällt es eben besonders auf, weil er besonders viel will.

Verglichen mit früheren Bürgermeistern hat Mamdani deshalb mehr Executive Orders erlassen, sprich Verfügungen, für die es das Parlament nicht braucht. So wurde beispielsweise New Yorks Status als «Sanctuary City» (Stadt der Zuflucht) gestärkt. Krankenhäuser und Schulen sind angehalten, nur in absoluten Ausnahmefällen mit der Abschiebebehörde Immigration and Customs Enforcement (ICE) zu kooperieren. Parkplätze der Stadt werden den ICE-Kräften nicht mehr zur Verfügung gestellt. Durch seine zwei Besuche im Weissen Haus, die geradezu grotesk harmonische Bilder mit Präsident Donald Trump hervorbrachten, scheint es Mamdani zudem gelungen zu sein, eine ICE-Offensive von New York fernzuhalten.

Realpolitik kann hässlich sein. Und zufrieden sind sowieso nie alle. Erst recht nicht in New York.

Deutlich werden die Spannungen an einem Mittwochabend Anfang März, einen Monat vor der Hundert-Tage-Rallye. Mamdani hat zu einem «Rental Ripoff Hearing» in eine Universität in der Bronx geladen. Idee dieser «Mietbetrugsanhörungen» ist es, dass Mieter:innen auf Missstände in ihren Gebäuden und generelle Probleme in der Wohnungspolitik hinweisen können. Koordiniert werden die Veranstaltungen von zwei Abteilungen im Rathaus, die Mamdani extra geschaffen hat. Mit dem Office of Mass Engagement gibt es ein neues Amt, das Bürger:innenpartizipation ankurbeln soll. Das reaktivierte Office to Protect Tenants wiederum kümmert sich um den Schutz der Mieter:innen. Doch nicht alle in der Bronx fühlen sich von der Regierung geschützt.

Vor dem Eingang der Fordham University hat sich eine Protestgruppe von Menschen formiert, die in einer der stadteigenen Sozialwohnungen leben. Sie sind wütend darüber, dass sich der Bürgermeister in den ersten Monaten nicht stärker mit ihrer Situation beschäftigt hat. «Tax the Rich – Fund NYCHA», steht auf einem der Plakate. Mehr Steuern für Reiche, sodass die zuständige Behörde New York City Housing Authority endlich mehr Geld für Renovierungen bekommt.

Als Mamdani eine halbe Stunde später im Inneren der Uni die rund 200 Anwesenden begrüsst, geht er als Erstes auf den Protest ein. Viel zu lang seien NYCHA-Bewohner:innen von der Politik ignoriert worden, sagt er, Veranstaltungen wie diese heute Abend seien deshalb explizit für sie gedacht. Auch wenn er es nicht sagt: Mamdani scheint die Versäumnisse bei seiner Regierung zu erkennen.

Als die Reden vorbei sind, geht der wichtigste Teil los. In Seitenräumen sitzen Vertreter:innen der Stadt an Tischen, um die Fragen und Probleme der Leute aufzunehmen. Viele haben technische Anliegen, etwa zu Nebenkostenrechnungen oder zum Müllmanagement. Andere wollen einfach nur Frust über ihren Vermieter ablassen. Die Leiterin des Office to Protect Tenants, Cea Weaver, erklärt, dass die gesammelten Gespräche ausgewertet werden und am Ende in die Gesetzgebung einfließen sollen. Die Hearings sollen eine Plattform der Organisation sein.

Es sind Veranstaltungen wie diese, die den Anspruch der Mamdani-Regierung unterstreichen, eine andere Art von Staat zu entwickeln. Einen, der zuhört und offen ist, in dem die Leute Mitbestimmung erleben und fühlen. Dazu gehört dann auch, dass manche protestieren und pöbeln. ●

**NEIN ZUR
ABSCHOTTUNG**



**JOBS & LÖHNE
VERTEIDIGEN!**



1. Mai Feiern, Kundgebungen & Demonstrationen
→ erster-mai.ch

SVP-Initiative

Asylsuchende stehen im Visier der Initiative zur «10-Millionen-Schweiz». Miriam Behrens, Direktorin der Flüchtlingshilfe, erklärt die dramatischen Folgen einer Annahme.

«Die Zahl der Flüchtlinge wird völlig überschätzt»

Kaspar Surber Interview
Yoshiko Kusano Foto

WOZ: Frau Behrens, die Schweizerische Flüchtlingshilfe warnt in eindringlichen Worten vor der SVP-Initiative über eine «10-Millionen-Schweiz», die im Juni an die Urne kommt. In einem Positionspapier heisst es, die Vorlage würde bei einer Annahme das Asylrecht «mit voller Wucht» treffen. Warum?

Miriam Behrens: Es ist mir wichtig festzuhalten, dass die 10-Millionen-Initiative im Kern eine antieuropäische Vorlage ist. Sie greift die Zusammenarbeit mit der EU an, indem sie ganz konkret die Kündigung der Personenfreizügigkeit ab zehn Millionen Einwohner:innen fordert. Der Flüchtlingsbereich wird von der SVP gewissermassen missbraucht, um dieses strategische Ziel zu erreichen.

Woran zeigt sich dieser Missbrauch?

Daran, dass die Massnahmen zur Asylpolitik im Initiativtext als Erstes genannt werden, obwohl sie deutlich weniger ausformuliert sind als die Forderungen in der Europapolitik. Auch in ihrer Kampagne geht die SVP zuerst auf die Flüchtlinge los. Und das, obwohl der Asylbereich sehr wenig zum Bevölkerungswachstum beiträgt: Über die letzten zehn Jahre betrachtet, hat dessen Anteil an der Zuwanderung gerade einmal vierzehn Prozent ausgemacht. Wenn man die Schutzsuchenden aus der Ukraine abzieht, die in grosser Zahl vor einem Krieg in Europa flüchten, sind es sogar nur rund acht Prozent. Und in der ständigen Wohnbevölkerung machen Personen aus dem Asylbereich gerade einmal 2,5 Prozent aus. Es handelt sich also erkennbar um eine Sündenbockpolitik.

Warum sind ausgerechnet die Asylsuchenden der Sündenbock?

In der aktuellen globalen Lage wäre es für die SVP ungeschickt, Europa im Abstimmungskampf in den Vordergrund zu stellen. Die meisten Menschen zählen auf die Sicherheit, die uns die EU als verlässliche Partnerin bietet.

Die Flüchtlinge eignen sich aber auch deshalb als Sündenbock, weil ihre Zahl in der Öffentlichkeit völlig überschätzt wird. Wenn in den Medien

dauernd über sie gesprochen wird, erscheinen sie als Riesenproblem. Obwohl ihre Zahl klein ist, was auch für den Anteil der gerne kolportierten Gewalt und Kriminalität in diesen Gruppen gilt. Und um auch das noch anzufügen, von wegen Dichtestress: Die Geflüchteten leben äusserst bescheiden und brauchen gezwungenermassen wenig Wohnraum – ganz im Gegensatz zu den SVP-Milliardären in ihren Villen.

Was steht für die Asylsuchenden bei einer Annahme der Initiative zu befürchten?

Absehbar ist, dass bereits bei einer Bevölkerungszahl von 9,5 Millionen Menschen der Familienachzug abgeschafft würde – für vorläufig Aufgenommene, also für Kriegsvertriebene, wie für anerkannte Flüchtlinge, sprich für individuell politisch Verfolgte. Das könnte zwar allen Menschen ohne Schweizer Pass passieren, also auch den Arbeitsmigrant:innen. Der Schritt wäre verheerend für alle. Flüchtlinge würden aber besonders schwer getroffen, weil Familien auf einer Flucht fast immer auseinandergerissen werden und eine Flucht nie auf einer freiwilligen Entscheidung beruht.

Gibt es weitere absehbare Folgen?

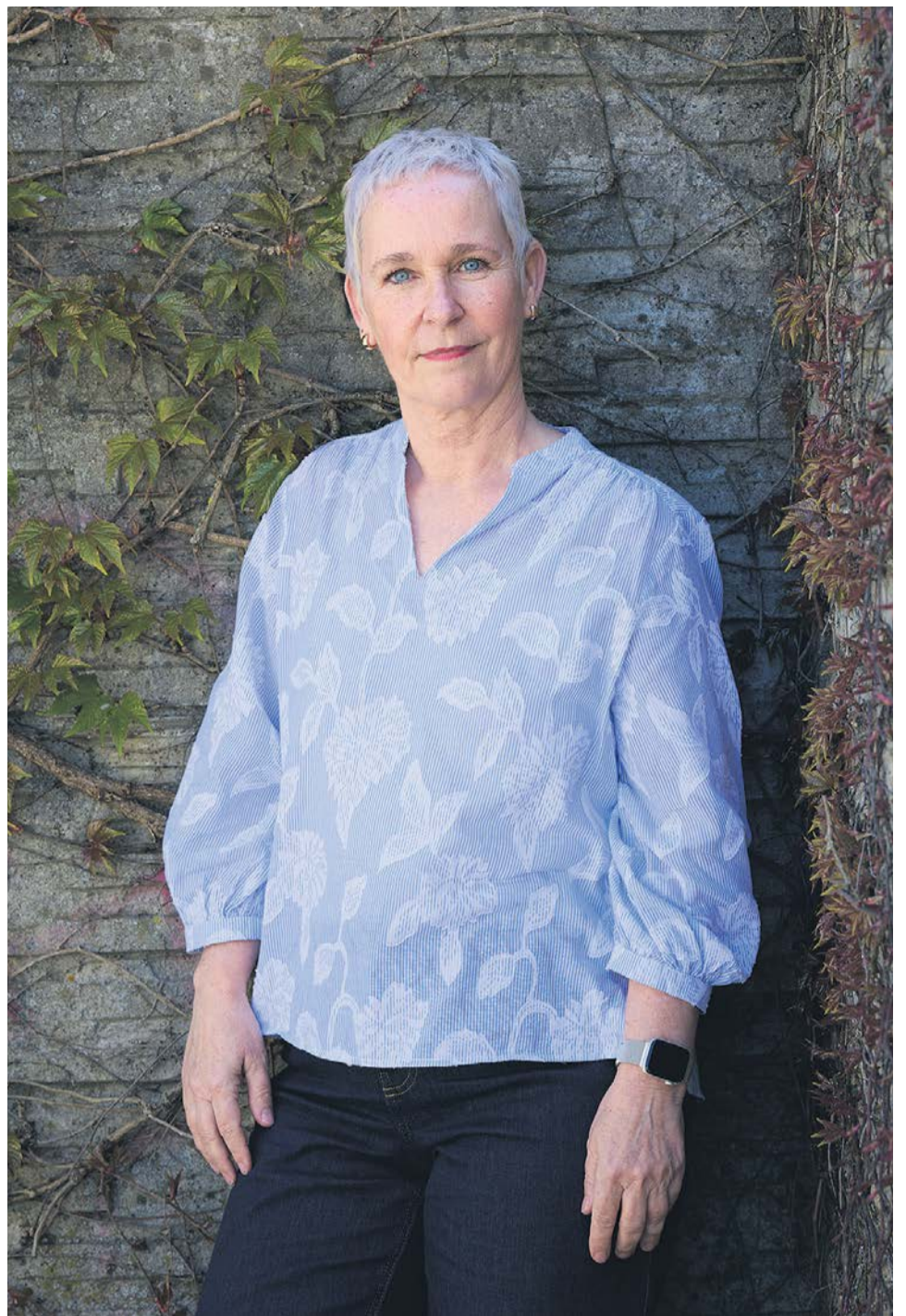
Gemäss Initiativtext soll den vorläufig Aufgenommenen auch jegliche Perspektive auf ein Bleiberecht genommen werden. Sie dürften also keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung mehr erhalten, geschweige denn das Schweizer Bürgerrecht.

Der Status F, den vorläufig Aufgenommene haben, sowie der Status S für Schutzsuchende aus der Ukraine bringen bereits jetzt eine behördlich verordnete Perspektivlosigkeit mit sich. Diese würde also gewissermassen in die Unendlichkeit verlängert?

Genau, die Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt würden noch stärker eingeschränkt, eine solche Regelung wäre ein Riesenhandicap. Welche Firma will schon jemanden einstellen, wenn in der Verfassung festgeschrieben steht, dass diese Person nie einen dauerhaften Aufenthalt erlangen kann?

Auch wenn die Integration von Geflüchteten kaum etwas mit der Initiative zu tun hat, ist sie im Abstimmungskampf ein Thema. SP-Mann Rudolf Strahm kritisierte in der NZZ, dass der Grossteil der Geflüchteten auch Jahre nach der Aufnahme noch Sozialhilfe beziehe.

Ich muss hier vehement widersprechen: Die Integration von Geflüchteten in der Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. Von den Personen im erwerbsfähigen Alter, die dem Asylbereich zugeordnet werden können, haben mehr als vierzig Prozent eine Arbeitsstelle. Mit jedem weiteren Jahr des Aufenthalts in der Schweiz steigt die Erwerbsquote. Die meisten füllen mit ihrer Tätigkeit Lücken auf dem Bau, im Tourismus, im Gastgewerbe, im Gesundheitswesen und in der Pflege. Leider, das zeigen Umfragen, die wir gemacht haben, herrscht aber auch unter Linken zum Teil der Eindruck vor, die Integration funktioniere nicht.



«Welche Firma will jemanden einstellen, wenn in der Verfassung festgeschrieben steht, dass diese Person nie einen dauerhaften Aufenthalt erlangen kann?»: Miriam Behrens.

Wir haben bisher von den Folgen der Initiative für die einzelnen Flüchtlinge gesprochen. Welche hätte sie für die Asylpolitik generell?

Im Initiativtext heisst es, dass die Schweiz ab einer Einwohner:innenzahl von zehn Millionen sämtliche «bevölkerungstreibenden» internationalen Abkommen kündigen müsse. Der Bundesrat nennt in seiner Botschaft als Beispiele die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention oder die Uno-Kinderrechtskonvention. Mit der Aufkündigung der Personenfreizügigkeit würden auch die Abkommen von Schengen und Dublin fallen.

Die Schweiz würde sich also aus der internationalen Zusammenarbeit im Flüchtlingsbereich verabschieden – und als Depositarstaat der Genfer Flüchtlingskonvention ein fatales Signal senden. Das Asylrecht würde ausgehöhlt. Aber längst nicht nur Asylsuchende wären von der Erosion betroffen. Die Menschenrechts- oder die Kinderrechtskonvention schützen ja auch Schweizer Bürger:innen.

Ist es völkerrechtlich überhaupt zulässig, eine Obergrenze für Schutzsuchende festzulegen?

Streng genommen ist das natürlich unzulässig, weil es ein zwingendes Völkerrecht gibt, das sich nicht aufkündigen lässt. Dazu gehört das Folterverbot, aus dem sich wiederum das Rückschiebeverbot ableitet. Das bedeutet, dass auch in Zukunft jedes Asylgesuch einzeln geprüft werden muss. All das weiss die SVP natürlich – trotzdem gaukelt sie vor, dass sich die Asylgesuche auf eine bestimmte Zahl beschränken lassen.

Die Gegner:innen sprechen von einer «Chaos-Initiative». Werden mit diesem Begriff die drastischen Folgen für Geflüchtete nicht unterschlagen?

Ja, ihnen droht mehr als nur ein Chaos. Ihre Rechte würden zurückbuchstabiert, insbesondere wenn das Parlament eine harte Umsetzung der Initiative verfolgen sollte. Wir waren deshalb auch nicht nur glücklich mit dem Slogan – aber letztlich muss man sich mit den vielen Komitees auf einen verständigen, der für alle passt.

Wie wird sich die Flüchtlingshilfe im Abstimmungskampf engagieren?

Wir machen eine eigene Kampagne mit einer Website, Onlinewerbung, Plakaten in den Städten.

Wir wollen nicht zuvorderst stehen, weil es sich klar um eine Anti-Europa-Initiative handelt. Aber natürlich müssen wir kontern, wenn Asylsuchende zu Sündenböcken gemacht werden. Solche Kampagnen haben ja auch reale Folgen für die Geflüchteten, weil die Fremdenfeindlichkeit und die Diskriminierungen zunehmen.

Wie spüren Sie die Folgen in Ihrer Arbeit?

Wir sind als Dachverband der Hilfswerke nicht in der direkten Arbeit für Flüchtlinge tätig. Aber in den sozialen Medien haben die negativen Kommentare bei uns zugenommen, ich wurde selbst auch schon persönlich bedroht. Wenn die SVP als Bundesratspartei vorangeht und so negativ über Asylsuchende spricht – dann fühlen sich einzelne auch zu Drohungen oder zu Gewalt ermächtigt.

Was ist aus Sicht der Flüchtlingshilfe derzeit die grösste Herausforderung in der Asylpolitik?

Die negative Grundstimmung gegen Geflüchtete in der Politik. Man kann es nicht anders sagen: Seit drei Jahren tobt sich das Parlament regelrecht an den Asylsuchenden aus. Die Zahl der Vorstösse, die sich negativ gegen sie richten, hat sich sicher verdoppelt. Das führt auch zu einer grossen Unsicherheit bei den Betroffenen, gerade was die vorläufige Aufnahme betrifft. Anstatt diese weiter auszuweiten, bräuchte es endlich einen Status des humanitären Schutzes für Kriegsvertriebene, wie ihn auch die anderen europäischen Staaten kennen.

Leider ist nicht zu erwarten, dass sich die Stimmung rasch ändert. Nach der «10-Millionen-Schweiz» folgt schon die «Grenzschutz»-Initiative der SVP.

Diese zielt dann direkt auf die Abschaffung des Asylrechts. Wer über einen sicheren Drittstaat eingereist ist, würde bei einer Annahme kein Asyl und keine vorläufige Aufnahme mehr erhalten. Heute kommen praktisch alle Flüchtenden auf dem Landweg. Die Umsetzung dieser Initiative ist wie auch die der «10-Millionen-Schweiz» völlig unrealistisch.

Manchmal frage ich mich, ob die SVP die Abstimmungen überhaupt gewinnen will. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass ihr die Dauerdebatte auf Kosten der Asylsuchenden dazu dient, die eigene Macht auszubauen. ●

Die SFH-Direktorin

Miriam Behrens (60) ist seit zehn Jahren Direktorin der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH). Zuvor arbeitete sie als Generalsekretärin der Grünen und für Pro Natura.

Behrens studierte Biologie und erforschte in einem Nationalpark in Côte d'Ivoire Schimpansen. Sie lebt mit ihrer Familie auf einem Bauernhof in Basel-land.

Die SFH, die in diesem Jahr ihr neunzigjähriges Bestehen feiert, hat gegen die SVP-Initiative ein hilfreiches Argumentarium verfasst. Es findet sich unter www.tinyurl.com/sfh-millionen.

Rüstungsreferendum

Fehlstart von Swissmem

Die Zahl der Unterschriften ist beachtlich: 76 000 Bürger:innen haben das Referendum gegen eine Lockerung der Kriegsmaterialausfuhr unterzeichnet. Von einer «Lex Rüstungsindustrie» sprachen die Gegner:innen, als sie das Referendum am letzten Freitag in Bern einreichten. Die Abstimmung wird noch in diesem Jahr erwartet. Als wollte die Rüstungsindustrie bestätigen, dass das Gesetz nach ihrem Gusto geschmiedet wurde, schaltete der Verband Swissmem gleichentags in der NZZ und im «Tages-Anzeiger» ein ganzseitiges Inserat. Es zeigt einen begeisterten Buben mit GSoA-Käppi, wie er einem finsternen Kriegsherrn ein Geschenk in Form der Schweiz überreicht.

Auf den sozialen Kanälen wurde sogleich gemutmasst, ob es sich beim Empfänger um Wladimir Putin oder um den israelischen Staatschef Benjamin Netanjahu handle – und das Inserat also auch noch antisemitisch gefärbt sein könnte. Die Frage muss angesichts der künstlerisch bescheidenen Zeichnung leider offenbleiben, wie sie überhaupt davon ablenkt, mit welchen Behauptungen Swissmem die Abstimmung gewinnen will: Ein Nein zum Kriegsmaterial, heisst es im Inserat, zerstöre «unsere Verteidigungsindustrie» und gefährde «die Sicherheit unseres Landes».

Wie der WOZ-Rüstungsreport Jahr für Jahr belegt, sind die gern beschworenen einheimischen Waffenmanufakturen längst Teil von globalen Konzernen. Die ersten beiden Plätze der grössten Exporteure teilten sich 2024 die Ableger der deutschen Rheinmetall in Zürich sowie des US-Riesen General Dynamics in Kreuzlingen. Auch die Behauptung, die Gesetzesänderung würde etwas zur Sicherheit beitragen, ist eine Verdrehung. Künftig sollen im Gegenteil 25 Staaten einen Freipass für den Waffenimport aus der Schweiz erhalten, darunter auch die USA, die derzeit einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Iran führen. Ganz grundsätzlich dürften alle Länder, die Schweizer Waffen gekauft haben, diese künftig weitergeben – sie können also auch in Bürgerkriegen landen und so zur globalen Unsicherheit beitragen. Von der Regelung ausgenommen wurde aufgrund des Drucks der putinfreundlichen SVP ausgerechnet die Ukraine. Vor diesem Hintergrund kündigt das provokative Inserat von Swissmem vor allem von der eigenen Argumentationsnot. ks

www.rüstungsreport.ch

Wetterleuchten

Anna Jikhareva und Daria Wild machen sich Gedanken über das Wesen dieser neuen Kolumne.

Von Badewannen und Bildschirmen

Es gibt erstaunlich viele Filme, die das Wetterleuchten im Titel tragen: einen russischen aus dem Jahr 1928 etwa, in dem ein Kleinbauer in den letzten Tagen des Zarenreichs zum Leutnant aufsteigt, bis er im Zimmer einer Prinzessin erwischt, daraufhin degradiert und ins Gefängnis geworfen wird (erst die Oktoberrevolution rettet den sozialen Aufsteiger aus seiner Misere); einen französischen von 1942, gedreht im besetzten Nizza, wegen seiner Klassenkritik von der Vichy-Regierung verboten und laut dem Lexikon des internationalen Films eine «drückende und schwüle» Inszenierung, «nicht ohne Peinlichkeiten»; oder gleich zwei deutsche Heimatfilme aus den fünfziger Jahren, einer vom selben Lexikon als «handelsüblicher Bergfilm» beschrieben, «ohne Konturen inszeniert, garniert mit schönen Landschaftsbildern», der andere als «naiv-gefällige Unterhaltung mit einem Übermass an Schicksalsknoten».

Abgesehen vom gemeinsamen Titel haben die Filme wenig mit dieser hoffentlich weder schwülen noch naiv-gefälligen Kolumne zu tun, wobei es darin

vielleicht schon mal ums Aufsteigertum, Klassenkritik oder den – inzwischen vor allem gern von rechts verwendeten – Begriff der Heimat gehen wird.

In den kommenden Wochen und Monaten wollen wir uns hier der Politik und dem Politischen in der Gegenwart widmen, mehr wundernd als wissend; schliesslich, so meinen wir, ruft das Leben in der Polykrise nach Orten, an denen Gedanken zur Probe ausgelegt werden können, ruft mal nach lautem Protest, oft aber auch nach leisen Erkundigungen. Dabei wollen wir nicht behaupten, Antworten, Erklärungen und Einordnungen bereit zu haben. Die «Kapitäne in ihrer Badewanne», als die Ulrike Meinhof in ihrer Erstkarriere als Journalistin die Gilde der Kolumnisten bezeichnet hat, haben noch selten einen Dampfer in klarere Gewässer geführt.

Vielmehr wollen wir uns hier Fragen widmen, die uns Woche für Woche begegnen, die Aktualitäten «neben den Ereignissen» betrachten, die das Nachrichtengeschäft antreiben. Zum Beispiel, worin sich die Bestrebung begründet, die Bevölkerung begrenzen, Gesellschaften schliessen zu wollen. Was eine illiberale Demokratie à la Viktor Orbán noch bedeutet, wenn die liberale Demokratie westlicher Prägung immer stärker ins Autoritäre kippt? Oder wie es um eine Bewegung steht, die sich einst den Kampf gegen die Globalisierung auf die Fahne schrieb und im Französischen schon immer den präziseren Namen Altermondialisme trug, die Utopie einer anderen, besseren Welt schon in der Bezeichnung mitdenkend. Fast schon aus der Zeit gefallen wirkt ja ihre derzeitige Mobilisierung gegen den nächsten G7-Gipfel angesichts unterbrochener Lieferketten und trumpscher Zölle.



Vielleicht spüren wir lange köchelnden Ideen nach, etwa der nach einer Verkürzung der Lohnarbeitszeit. Oder stellen Vermutungen an, etwa, dass der Wunsch nach einem Roboterstaubsauger weniger mit Entlastung im Alltag als mit der Arbeitsteilung im «Zu-spät-Kapitalismus» (wie die Theoretikerin Anna Kornbluh unsere Zeit nennt) zu tun hat.

Eher ausgeschlossen, dass wir hier «handelsübliche Bergfilme» besprechen, aber gut möglich, dass wir uns auch mal fragen, ob uns das gegenwärtige Weltgeschehen schon immer wie ein sehr schlechter Film vorkam – oder apokalyptische Fantasien auch nur eine westliche Mittelschichtsperspektive sind.

Wenn Kolumnist:innen nur Kapitane in ihrer Badewanne sind, dann ist das Wetterleuchten vielleicht auch nur das Blinzeln des von Bildschirmen erschöpften Auges. Aber irgendwie muss man ja durch diese stürmischen Zeiten zu navigieren versuchen, dem hinter Wolken verborgenen und am Horizont dräuenden, donnerlosen Gewitter nachforschen. ●

An dieser Stelle nehmen die WOZ-Journalistinnen Anna Jikhareva und Daria Wild abwechselnd die politische Grosswetterlage unter die Lupe.



Reklame

Mai
Live im

12.05.

Makaya
McCraven

28.05.

Elina Duni & Rob Luft

31.05.

Voodoo
Jürgens

30.05.

Tamikrest

01.05.

V.I.P. Session by JUR Records:
LTJ Bukem

02.05.

K.O.G.

08.05.

Magnifico

14.05.

Aaron Parks Little Big

15.05.

Style Bakery meets
Bounce Cypher Artists

16.05.

Yumi Ito

19.05.

Francesca Tandoi

21.05.

Vincent Courtois &
Colin Vallon

22.05.

Studio GDS im Moods:
Charlotte Dos Santos/
loophole

29.05.

Ghost-Note

Unterstützt von

Hauptsponsorin

moods

Stadt Zürich
Kultur

Kanton Zürich
Kulturförderung | SWISSLO

Zürcher
Kantonalbank

Neuordnung am Golf

Wo stehen die Golfstaaten im US-israelischen Krieg gegen den Iran?
Islamwissenschaftler Toby Matthiesen erläutert die unterschiedlichen Positionen.

Plötzlich in einen Krieg verwickelt

Toby Matthiesen

Der Krieg gegen den Iran und die Blockade der Strasse von Hormus haben die Bedeutung der Golfregion für die Weltwirtschaft verdeutlicht – und auch deren Verwundbarkeit aufgezeigt. In der Berichterstattung werden die Golfstaaten oft als uniformer Block beschrieben, doch es lohnt sich, ihre Unterschiede in den Blick zu nehmen.

Kuwait etwa war eines der ersten Länder der Golfregion mit grossen Erdöleinnahmen. Im Ersten Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak von 1980 bis 1988 unterstützte das Land den Irak, wurde später allerdings von diesem militärisch besetzt. Die Befreiung des Landes durch die USA führte zu einem erheblichen Ausbau der amerikanischen Militärinfrastruktur in der Region, in Kuwait selbst, aber auch in Saudi-Arabien. Aufgrund anhaltender Proteste gegen die Basen wichen die USA in den neunziger Jahren auf Katar aus – wo bis heute der grösste US-Luftwaffenstützpunkt der Region liegt.

In Bahrain wiederum übernahmen die USA den Marinestützpunkt der Briten, als diese 1971 abzogen. Damals war der wichtigste Kalte Krieger am Golf noch der Schah von Persien, und die US-Strategie war in erster Linie auf den Iran ausgerichtet – die sich erst langsam entwickelnden Golfstaaten waren zweitrangig. Das änderte sich schlagartig mit den stark gestiegenen Ölpreisen in den siebziger Jahren und der Islamischen Revolution im Iran von 1979.

Kooperation mit Israel

Seither ist die ganze Golfpolitik der USA auf eine Schwächung des Iran ausgerichtet. Allerdings erlaubte es gerade die US-Besetzung des Irak (und von Afghanistan), dass der Iran seine Macht sukzessive ausbauen konnte. Im Kontext der US-Kriege und der gleichzeitigen Stärkung des Iran vergrösserte sich einerseits die US-Militärpräsenz weiter und nahmen andererseits einige Staaten Kontakte zu Israel auf. In Donald Trumps erster Amtszeit gipfelte dies in den Abraham-Abkommen, der Normalisierung diplomatischer Bezie-

hungen von Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), dem Sudan und Marokko mit Israel. Seitdem heisst es immer wieder, weitere Golfstaaten würden bald folgen oder bereits mit Israel zusammenarbeiten.

Sichtbar wurde diese Kooperation im Arabischen Frühling, der eine grosse Bedrohung für die autokratischen Herrscher am Golf war. Insbesondere in Bahrain und in Kuwait gab es grosse Protestbewegungen. In Bahrain wurden diese von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit getragen. Niedergeschlagen wurden die

Proteste auch mit israelischer Hilfe – so kauften mehrere Golfstaaten die Spionagesoftware Pegasus ein, um Dissident:innen auszuhorchen. Auch im jetzigen Krieg kursiert die Behauptung, die Golfstaaten seien von Anfang an involviert gewesen und wollten den Konflikt verlängern. Von offizieller Seite wird das dementiert – doch es ist wichtig, die Position jedes Golfstaats separat zu analysieren.

Bahrain ist sicherlich an vorderster Front gegen den Iran aktiv – es wurde vom Iran stark beschossen und forderte im Uno-Sicherheitsrat die gewaltsame Öffnung der Strasse von Hormus. In den VAE gibt es unterschiedliche Auffassungen. Abu Dhabi, federführend in der Aussen- und Sicherheitspolitik, dürfte anderer Meinung sein als das weltoffene Dubai. Dort leben rund eine halbe Million iranischstämmige Menschen; das Emirat profitiert zudem enorm vom Handel mit dem Iran.

In Kuwait gibt es eine reiche schiitische Minderheit, die zur Herrscherfamilie gute Beziehungen pflegt. Zudem profitiert das Land stark vom Handel mit dem Iran und hat sich in der Vergangenheit für diplomatische Lösungen eingesetzt. Und doch wurde Kuwait in den letzten Wochen heftig angegriffen, und zwar nicht nur vom Iran aus, sondern auch von mit dem Iran verbündeten Milizen aus dem Irak. Der Iran begründet dies damit, dass aus Kuwait Angriffe auf iranisches Territorium stattgefunden hätten.

Saudi-Arabien seinerseits hat sich gegen den Krieg ausgesprochen, wurde aber auch stark attackiert. Hier sind US-Truppen auf Basen präsent, doch der Iran hat auch die Ölinfrastruktur bombardiert. Die Saudis sind zwar der Erzfeind der Iraner am Golf, hatten aber in den letzten Jahren nach chinesischer Mediation auf eine Entspannung mit dem Iran hingearbeitet. Auch weigert sich Saudi-Arabien offiziell, die diplomatischen Beziehungen mit Israel zu normalisieren, was viel bedeutsamer ist als die Position der kleineren Golfstaaten.

Und doch kann man davon ausgehen, dass Trump und seine Unterhändler auf ihren Reisen insbesondere nach Israel, Saudi-Arabien und in die VAE im letzten Jahr das Gefühl bekommen haben, der Iran sei ein gemeinsames Problem und die Golfstaaten stünden einem Krieg nicht allzu kritisch gegenüber. So würde sich erklären, wieso die USA und Israel die Golfstaaten immer wieder dazu aufriefen, offen auf ihrer Seite einzugreifen. Doch offiziell haben sich alle Golfstaaten gewei-

gert und einige den USA auch untersagt, ihr Territorium für Angriffe auf den Iran zu nutzen.

Gegen linke Guerillas

Bleiben noch die zwei Staaten, die eigentlich die engsten Beziehungen zum Iran haben: Katar und der Oman. Die Kataris teilen das grösste Erdgasfeld der Welt mit dem Iran, und obwohl sie sich konsequent gegen den Angriffskrieg gestellt haben und für ein Ende lobbyieren, haben die Iraner sogar dieses Feld angegriffen – und sich dabei auch direkt selber geschadet.

Der Oman unterhält ebenso gute Beziehungen zum Iran wie zu den USA. Der frühere Sultan Kabus bin Said hat es den Iranern immer zugutegehalten, dass sie ihm geholfen haben, die linke Guerillabewegung in Dhofar in den siebziger

Die Saudis arbeiteten trotz Erzfeindschaft auf eine Entspannung mit dem Iran hin.

Jahren zu besiegen. Und der Oman beherrscht bekanntlich die südliche Seite der Strasse von Hormus und eine sehr lange Küste am Arabischen Meer mit Häfen, in die Schiffe jetzt ausweichen. Der Oman dürfte denn auch von einer allfälligen Neuordnung der Strasse von Hormus profitieren – ob mit dem Iran zusammen oder dank Bestrebungen, die Strasse von Hormus möglichst zu umgehen. Und doch wurde auch der Oman vom Iran angegriffen, wenngleich weniger stark als die anderen Golfstaaten.

Wenn das Ende dieses Krieges kommt, werden die Golfstaaten ihre Bündnisse überdenken. Wahrscheinlich ist eine weitere Ausrichtung nach Asien, wohin mittlerweile auch die meisten Erdöl- und Erdgasexporte gehen. Die starke US-Anbindung hat den Golfstaaten bisher zwar ungeheuren Reichtum und Stabilität beschert. Nun hat sie sie aber in einen zumindest temporären Abschwung gerissen, der die Fragilität zumal ihrer Wirtschaft verdeutlicht hat. ●

Toby Matthiesen lehrt an der Universität Bristol zur Geschichte und Politik der islamisch geprägten Welt und schreibt derzeit ein Buch über den Aufstieg der Golfstaaten.



Trotz enger Beziehungen zum Iran wurde Katar angegriffen: Teil einer Flüssiggasanlage in Ras Laffan drei Tage vor Kriegsausbruch.

Hannibal Hanschke, Keystone

Warum vermittelt Pakistan?

Ein riskanter Balanceakt

Es ist ein kleiner Hoffnungsschimmer: Einen Tag vor Ablauf der Waffenruhe im Krieg gegen den Iran kündigte US-Präsident Trump am Dienstag an, diese auf Bitten Pakistans auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Er wolle warten, bis der Iran ein geeignetes Angebot für neue Gespräche in Islamabad unterbreite, so Trump.

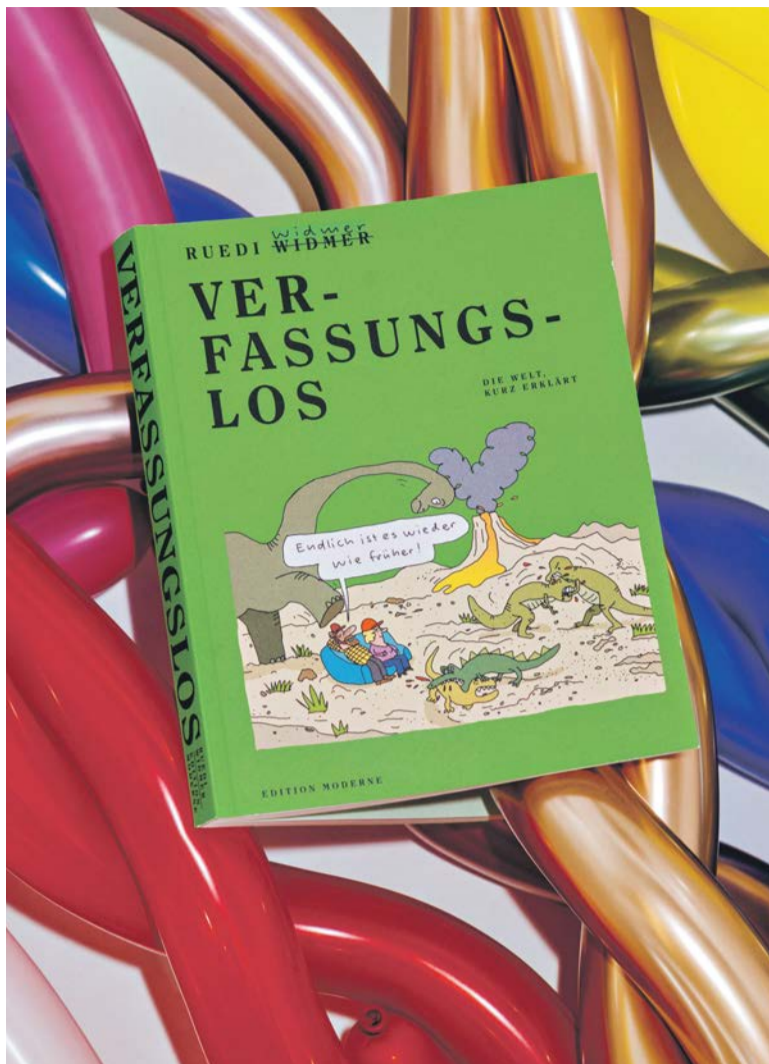
Für Pakistan als Vermittler dürfte das den Druck noch erhöhen. Denn während die Regierung mit den Verhandlungen ein erstaunliches diplomatisches Comeback hinlegt, wagt sie damit zugleich einen riskanten Balanceakt: Einerseits ist sie um ein friedliches Verhältnis zum Nachbarland Iran bemüht, mit dem Pakistan eine rund 900 Kilometer lange Grenze teilt. Fast ein Fünftel der rund 250 Millionen Pakistaner:innen sind zudem schiitische Muslim:innen, von denen sich viele religiös am iranischen Revolutionsführer als geistlichem Oberhaupt der Schiit:innen orientieren. Viele von ihnen sehen die Angriffe auf den Iran kritisch. Bereits nach der Tötung von Revolutionsführer Ali Chamenei Anfang März kam es im Land zu Massenprotesten, bei denen mindestens 24 Menschen starben.

Andererseits hat die pakistanische Regierung unter Ministerpräsident Shehbaz Sharif im vergangenen Jahr nicht nur sukzessive ihre Beziehungen zu US-Präsident Donald Trump ausgebaut, sondern auch zu dessen engstem Verbündeten

in der Region, Saudi-Arabien – etwa um wirtschaftliche Vorteile für die seit Jahren schwächelnde Wirtschaft zu erlangen. Erst im September schlossen Saudi-Arabien und Pakistan einen Verteidigungspakt, der beide Seiten verpflichtet, sich im Falle eines Angriffs gegenseitig zu unterstützen. Im Zuge des Irankriegs könnte dieser nun erstmals zum Tragen kommen: Bereits seit Beginn des Krieges war Saudi-Arabien mehrfach Ziel iranischer Raketen- und Drohnenangriffe geworden, die sich gegen militärische und zivile Einrichtungen richteten, insbesondere auch gegen die Energieinfrastruktur des Landes.

Pakistan hatte daraufhin laut Berichten der Nachrichtenagentur Reuters Anfang April gut ein Dutzend Kampf- und Transportflugzeuge in die Region entsandt und die iranische Regierung vor neuen Angriffen auf den Partner am Golf gewarnt. Im Gegenzug verkündete die saudische Regierung beinahe zeitgleich die Genehmigung eines drei Milliarden US-Dollar schweren Kredits, um Devisenvorräte für die pakistanische Wirtschaft aufzustocken.

Sollte der Konflikt nun erneut eskalieren und sich noch stärker auf die Golfregion ausweiten, dürfte damit auch der Druck auf Pakistan steigen, sich politisch und militärisch stärker zu positionieren. Spätestens dann wäre das Land wohl nicht mehr nur Vermittler, sondern auch selbst Teil des Konflikts. Julian Busch



Ruedi Widmer
Verfassungslos —
*Die Welt,
kurz erklärt*

Zeitlose Cartoons
zur Gegenwart

Bestseller:
Nach 13 Tagen ausverkauft
und jetzt in der
2. Auflage lieferbar!

208 Seiten, farbig
CHF 25

Crafische Literatur
→ editionmoderne.ch



**«Fundiert,
engagiert,
global.»**

Das entwicklungspolitische Magazin von
alliance sud
jetzt kostenlos abonnieren:




Sebstbestimmtes arbeiten, werde
Ego ElektrikerIn.

Ego
Elektriker-
genossenschaft

Elektroanlagen
und Netzwer-
kinstallationen



8408 Winterthur
Gewerbehau Hard 4
Telefon 052 222 18 08
www.ego-elektro.ch

I'm not in the business ...



... I am the business.

EDITION • LE MONDE diplomatique

Südamerika
Koloniale Narben, radikale Gegenwart

16 Franken
broschiert, 96 Seiten
ISBN 978-3-98682-041-1
+41 44 448 14 14
shop@woz.ch

woz.ch/shop
monde-diplomatique.ch
WOZ Die Wochenzeitung Hardturmstrasse 66 8031 Zürich



Da bin ich!



www.solinetz-zh.ch

**Jede
Blutspende
hilft**

**«Das alte habe
ich viel schöner
gefunden.»**



Die WOZ im neuen Layout



Lust auf ein kostenloses Probeabo? Bestellen Sie direkt via QR-Code oder woz.ch/gutschein/neuewoz. Und schicken Sie den Link auch an Freund:innen und Bekannte! Wer gleich ein Jahresabo löst, erhält zwei Monate gratis obendrauf.

EU nach der Wahl in Ungarn

Die EU-Kommission will das umstrittene Vetorecht der Mitgliedstaaten abschaffen. Doch das stellt das Kernverständnis der Union infrage.

Orbán geht, das Veto bleibt

Tobias Müller, Amsterdam

Am Tag nach der Wahlniederlage Viktor Orbáns forderte Ursula von der Leyen eine Weichenstellung: Europa solle das «Momentum» nutzen und «systematische Blockaden, wie wir sie zuletzt gesehen haben», künftig vermeiden, so die Präsidentin der EU-Kommission mit einem deutlichen Verweis auf Ungarn. Die CDU-Politikerin forderte, bei Abstimmungen des Rats der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten künftig durchwegs das Prinzip qualifizierter Mehrheiten anzuwenden. Für einen Entscheid braucht es demnach mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die zusammen nicht weniger als 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren.

Genau so geschieht es laut Rat schon heute bei «etwa achtzig Prozent der EU-Rechtsvorschriften». Von der Leyens Vorstoss hingegen bezieht sich auf den Rest: Aussen- und Sicherheitspolitik, Haushalt und Steuern, Bürger:innenrechte oder die EU-Mitgliedschaft, also «Angelegenheiten, die die Mitgliedstaaten als sensibel betrachten». Dort gilt das Einstimmigkeitsprinzip, um die Souveränität der jeweiligen nationalen Regierungen nicht zu beeinträchtigen und zentrale nationale Interessen wahren zu können. Jede von ihnen verfügt über ein Vetorecht. Und genau davon hat Ungarn in den vergangenen Jahren reichlich Gebrauch gemacht.

In diesem Frühjahr blockierte die Orbán-Regierung das neunzig Milliarden Euro schwere Hilfspaket für die Ukraine und neue Sanktionen gegen Russland. Überhaupt stellte sie sich gerne quer, wenn es um die Verlängerung oder Ausweitung dieser Sanktionen als Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine ging. Von insgesamt 48 in den

letzten fünfzehn Jahren eingelegten Vetos gehen ganze 21 auf das Konto Ungarns, gefolgt von Polen (7), das unter der rechten PiS-Regierung ebenfalls sehr vetofreudig war. In letzter Zeit tut sich auch die Slowakei darin hervor, auf diesem Weg Sanktionen gegen Russland zu verhindern oder zu verzögern.

Bratislava statt Budapest

Die Häufung der Vetos in den letzten Jahren spiegelt die geopolitischen Turbulenzen wider, in denen sich die EU befindet. Sie zeugt auch von den Zentrifugalkräften, die durch den rasanten Zuwachs rechtspopulistischer Parteien mit unverhohlenen prorussischen Politikern wie Orbán und dem slowakischen Premier Robert Fico auf die EU wirken. Fico betont denn nach der Niederlage seines Gesinnungsgenossen auch die Standhaftigkeit seiner Regierung: Die Verabschiedung des 20. Sanktionenpakets gegen Russland werde man in Bratislava nicht unterstützen.

Es ist offensichtlich, dass aus dem System zur Wahrung essenzieller nationaler Belange ein strategisches Instrument geworden ist, das immer gewohnheitsmässiger eingesetzt wird und eine Blockade der EU bewirkt. Ebenso offensichtlich ist vor diesem Hintergrund, dass die EU-Kommission nun Nägel mit Köpfen machen will: Im Europäischen Rat soll nach der Ära Orbán auch das Vetosystem Geschichte sein. Die Gelegenheit ist, davon zeugt die Forderung von der Leyens, günstig.

Auch ihr Parteikollege, der deutsche Aussenminister Johann Wadepuhl, pochte kurz vor der Wahl in Ungarn darauf, die EU solle sich vom Prinzip der Einstimmigkeit verabschieden, «um international ein handlungsfähiger Akteur zu

sein» und «wirklich erwachsen zu werden». Damit unterstrich er, was Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der damalige deutsche Kanzler Scholz schon vor drei Jahren formulierten: Für ein «souveräneres Europa, das Kontrolle über sein eigenes Schicksal hat» und ein stärkerer geopolitischer Akteur sei, gelte es, die europäischen Institutionen zu reformieren. «Um eine gewachsene EU funktionieren zu lassen, müssen wir dafür sorgen, dass die Beschlussformung effizienter wird.»

Ein Stock im EU-Rad

Seither hat sich der Druck auf die Union erheblich verstärkt. Zumal sie seit der Erschütterung der transatlantischen Verhältnisse mal ambitioniert, mal verzweifelt um ihre geopolitische Position ringt. Hinter dem Drängen auf eine Reform steckt eine simple Formel: Für mehr Gewicht auf der globalen Bühne braucht es mehr Dynamik und schnellere, effizientere Beschlüsse. Das Vetorecht macht den Europäischen Rat und damit die gesamte Union jedoch in der Praxis statisch und behäbig.

Ein zentrales Problem ist freilich, dass die Übertragung nationaler Souveränität nach Brüssel mit der damit zusammenhängenden weiteren politischen Integration ein überaus heikler Punkt ist. Skepsis bis offene Ablehnung gegenüber der EU gehören zum ideologischen Grundbaustein rechtspopulistischer Parteien auf dem Kontinent. Insofern geniesst das Vetorecht symbolische Bedeutung – als eine Art Stock, mit dem sich das Räderwerk der als supranationales Bürokratiemonster verteilten EU blockieren lässt.

Wie vertrackt diese Konstellation ist, zeigt sich daran, dass es zur Aufhebung der «Fesseln der Einstimmigkeit», wie von der Leyen es im September in ihrer «State of the Union»-Ansprache nannte, einen einstimmigen Ratsbeschluss benötigt. Ein solcher ist nach Orbáns Abwahl durchaus ein Stück nähergerückt. Zugleich richten sich nun besorgte Blicke nach Bulgarien: Mit dem Wahlsieg des prorussischen Expräsidenten Rumen Radew am Sonntag könnte Orbán in Brüssel bald einen Nachfolger bekommen. ●



Endlich Nägel mit Köpfen machen: Ursula von der Leyen. Thierry Monasse, Imago

Was weiter geschah

Privatjetmesse abgestürzt



Drei Jahre liegt die Aktion zurück: Im Mai 2023 stürmten über hundert Klimaaktivist:innen in Genf die European Business Aviation Convention & Exhibition – eine der grössten Verkaufsmessen für Privatjets in Europa –, um auf deren katastrophale Klimabilanz aufmerksam zu machen. Diese hat es in sich: Laut Studien verursachen Privatjets pro Passagier:in bis zu neunmal mehr CO₂-Emissionen als reguläre Flüge, pro Flug ist ihr CO₂-Ausstoss im Schnitt fast so hoch wie der jährliche Pro-Kopf-Ausstoss in der EU.

Nun haben die Veranstalter:innen des bisher jährlich stattfindenden Luxusevents eine überraschende Ankündigung gemacht: Sie sagten die diesjährige, für Anfang Juni angesetzte Veranstaltung kurzfristig ab. In einer Pressemitteilung erklärt die dahinterstehende European Business Aviation Association, man habe nicht die nötige Dynamik – also Nachfrage – erzeugen können. Branchenmagazine sprechen von Anpassungsschwierigkeiten an neue Marktbedingungen seit der Pandemie, dem Ausstieg einer US-amerikanischen Partnerorganisation im Jahr 2024 und wachsender Konkurrenz.

Welche Rolle der Protest vor drei Jahren und die dadurch generierte Aufmerksamkeit gespielt haben, lässt sich schwer beurteilen. Greenpeace Schweiz jedenfalls, das an der Aktion beteiligt war und seit Jahren ein Privatjetverbot fordert, begrüsst die Absage – und sieht darin auch ein Zeichen, «dass aktivistischer Protest sich lohnt». jkr

Nachtrag zum Artikel «Aviatik: Wie abgehoben kann man sein?» in WOZ Nr. 22/23.

Wohnpolitik

Der Bundesrat will die Lex Koller verschärfen – und spielt damit ausgerechnet der SVP in die Karten.

Warum denn «Gegenprojekt»?

Raphael Albisser

Weil Immobilien generell «wieder vermehrt der in der Schweiz ansässigen Bevölkerung vorbehalten werden» sollen, präsentierte der Bundesrat letzte Woche einen Vorschlag zur Verschärfung der «Lex Koller». Er will im entsprechenden «Gesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland» an einigen Schrauben drehen: Für Drittstaatenangehörige (also von ausserhalb der EU und der Efta) soll es schwieriger werden, Hauptwohnungen zu kaufen sowie Anteile an hiesigen Immobiliengesellschaften zu erwerben. Ausserdem sollen etwa eine Weiterverkaufspflicht nach dem Wegzug eingeführt und die bereits geltenden Kontingente für den Verkauf von Ferienwohnungen verkleinert werden.

Wenig zu erreichen

Von wem sich der Bundesrat, vor allem der zuständige SP-Justizminister Beat Jans, dabei wohl Zuspruch erhofft? Die Linke jedenfalls kämpfte jahrelang erfolglos für eine wirksamere Ausgestaltung der Lex Koller. Das Regelwerk ist ein wichtiger Pfeiler, um den hiesigen Wohnungsmarkt vor den Mechanismen des globalen Kapitalmarkts zu schützen. Seit Inkrafttreten 1985 wurde das Gesetz mehrfach verwässert, etwa in den

Neunzigern als Teil eines «Konjunkturstimulierungsprogramms», und in den nuller Jahren gar beinahe abgeschafft. So begrüsst nun vor allem die SP die Vorlage ihres Bundesrats: weil damit ein «Börsen-Schlupfloch für Anleger im Ausland» gestopft werde, wie die Partei verlauten liess.

Um linke Anliegen geht es dem Bundesrat mit seinem Vorschlag allerdings nicht – und hier liegt das grosse Problem. Was die Regierung nämlich präsentiert, versteht sie explizit als «Gegenprojekt» zur 10-Millionen-Initiative, mit der die SVP angeblich die Zuwanderung deckeln will, tatsächlich aber eine Entrechtung der migrantisches Bevölkerung anstrebt. Erreichen wird der Bundesrat diesbezüglich aber nichts. Eher im Gegenteil.

Vonseiten der SVP wird es nicht das kleinste Zugeständnis geben, das sich als Argument gegen ihre Initiative auslegen liesse – gerade jetzt, da sie das politische Geschehen wieder auf ihr liebstes Terrain gezerrt und eine grosse Migrationsdebatte angestossen hat. Die Partei spricht denn auch von «Symptombekämpfung» – und hat bereits gewonnen: Indem der Bundesrat die Lex Koller als «Gegenprojekt» inszeniert, folgt er der SVP-Erzählung, wonach die Zuwanderung für die Mietpreisexlosion der letzten Jahre verantwortlich zu machen

sei. Und nicht etwa der renditegetriebene Immobilienmarkt, der Profitdruck milliardenschwerer Unternehmen, der Anlagedruck der Pensionskassen und Fonds, die oft missbräuchlich hohen Mietzinse oder die gesetzliche Besserstellung von Vermieter:innen.

Hämische Reaktionen

Demgegenüber verblissen die Massnahmen des Bundesrats, die sich einzig gegen Drittstaatenangehörige richten. Das wissen auch bürgerliche Politiker:innen und interessierte Wirtschaftskreise, die einer wirksameren Wohnmarktregulierung freilich nie zustimmen würden, die jetzige Vorlage aber hämisch zerpfücken: als «Placebo» und «stumpfes Schwert» im Kampf gegen steigende Mietpreise, als «Nebelpetarde» und «Verzweiflungstat» einer handlungsscheuen Regierung. Um dann wie etwa Raiffeisen-Chefökonom Freddy Hasenmaile gleichzeitig zu betonen, dass «die Rufe nach einer Dosierung der Zuwanderung» selbstverständlich «legitim» seien, die Antwort aber nur in einer Entfesselung des Bauwesens von «strukturellen Bremsen» und «zahllosen Vorschriften» liegen könne.

Auch wenn gegen eine Verschärfung der Lex Koller wenig einzuwenden ist: So wie der Bundesrat sie verpackt, bläst er Wind in die SVP-Segel. ●

Die Affäre Lüscher

Der Genfer Anwalt und FDP-Politiker Christian Lüscher liess sich von Israel mandatieren, um eine Klage gegen Regierungsmitglieder in der Schweiz abzuwenden. Ein drastischer Fall der Verschleierung von Interessen im Bundeshaus.

Ein Nationalrat in fremden Diensten

Jan Jirát und Enrico Kampmann

«Christian und ich fühlen uns sehr geehrt, dem Staat Israel zu dienen», schreibt ein Partner der Genfer Kanzlei CMS am Mittwoch, 28. Juni 2017. Adressiert ist sein E-Mail an das israelische Justizministerium, genauer gesagt an das Department of Special International Affairs. Zuvor hat das Ministerium der Kanzlei ein langfristiges Mandat erteilt. Konkret geht es um «die Beratung und/oder Vertretung im Zusammenhang mit Strafanzeigen sowie allen weiteren relevanten rechtlichen Verfahren, die in der Schweiz gegen den Staat Israel oder seine Vertreter eingeleitet oder vorangetrieben werden». Die Kanzlei wird gemäss der Zusage «vom Staat Israel mandatiert» und «ausschliesslich vom Justizministerium» instruiert. Der Stundenlohn beträgt bis zu 650 Franken.

Mit «Christian» ist Christian Lüscher gemeint: Genfer FDP-Nationalrat von 2007 bis 2023 und zu diesem Zeitpunkt Parteivize und einer der medial präsentesten Politiker der Schweiz. Am selben Tag, als die Zusage eintrifft, erklärt Lüscher im Westschweizer Fernsehen RTS, er erwäge eine Kandidatur für den Bundesrat als Nachfolger von FDP-Aussenminister Didier Burkhalter. Während sich der Volksvertreter also überlegt, nach dem höchsten Amt im Land zu greifen, steht er als Anwalt frisch auf der Lohnliste eines fremden Staates. Offengelegt hat er das bis heute nicht.

Das Amt zur Werbung genutzt

Vertreter:innen Israels sind nicht erst mit dem jüngsten Krieg im Gazastreifen in den Fokus der internationalen Justiz geraten. Juristische Vorwürfe begleiten die israelischen Regierungen seit Jahrzehnten. Lüscher und seine Kanzlei wurden in erster Linie angestellt, um Tzipi Livni, eine der erfahrensten Politikerinnen Israels, gegenüber der Schweizer Bundesanwaltschaft zu verteidigen. Livni war an acht Regierungen unter drei Premierministern beteiligt und Aussenministerin während des Zweiten Libanonkriegs (2006) sowie des ersten Gazakriegs (2008/09), innerhalb der israelischen Streitkräfte «Operation gegossenes Blei» genannt. Aufgrund ihrer Verantwortung wurden im Nachgang in Belgien und Grossbritannien Verfahren gegen Livni eröffnet. Im Mai 2017 folgte eine Strafanzeige der Schweizer NGO Collectif Urgence Palestine – Genève (CUP) bei der Bundesanwaltschaft wegen «Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen».

Es ist wohl kein Zufall, dass Israel sich ausgerechnet an Lüschers Kanzlei wandte. Der heute 62-jährige Genfer ist für diese Art von Fällen der Richtige. 2015 vertrat Lüscher als Anwalt Abba Abacha, Sohn des früheren nigerianischen Militärdiktators Sani Abacha. Gemäss dem «Tages-Anzeiger» verhandelte er einen umstrittenen



Tzipi Livni, von 2006 bis 2009 israelische Aussenministerin. Gegen sie lag in der Schweiz eine Klage wegen Kriegsverbrechen vor.

Imago



Michael Lauber, von 2012 bis 2020 Bundesanwalt, wurde bei seiner Wiederwahl von Christian Lüscher protegiert.

Imago

Deal, wonach in Genf hängige Strafverfahren wegen «Beteiligung an einer kriminellen Organisation» eingestellt wurden. Im Gegenzug erhielt Nigeria blockierte Gelder des Abacha-Clans in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar zurück. Kritisiert wurde Lüscher, weil er gleichzeitig als Mitglied der nationalrätlichen Rechtskommission an der Revision der Lex Duvalier mitwirkte, die die Rückgabe ebensolcher Potentatengelder regelt. In der sogenannten Kasachstan-Affäre von 2015 sorgte ein Mandat für den kasachischen Exfunktionär Wiktor Chrapunow, der rund 250 Millionen Dollar veruntreut haben soll, für Kritik.

Lüschers problematische Mandate sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck eines strukturellen Problems der Schweizer Politik. Im Milizsystem verschwimmen die Grenzen zwischen politischer Einflussnahme und privater Erwerbstätigkeit – und nirgends tritt diese Vermischung so deutlich

Alle Versuche, mehr Transparenz zu schaffen, sind bisher gescheitert.

zutage wie bei den Anwalt:innen, die im Bundeshaus so gut vertreten sind wie keine andere Berufsgruppe. Rund jedes achte Parlamentsmitglied ist Anwalt:in oder Fürsprecher:in, im Ständerat gar jedes dritte. Anwalt:innen unterliegen dem Berufsgeheimnis, sie müssen weder Mandate noch Einkünfte offenlegen. Das schafft Spielräume.

Zwar müssen Parlamentarier:innen gemäss Parlamentsgesetz ihre Interessenbindungen offenlegen, doch das Berufsgeheimnis sticht diese Regel aus. Finanzstarke Akteur:innen, ob Reiche, Unternehmen oder eben Staaten, können so gezielt Parlamentarier:innen mandatieren, um Netzwerke, Kommissionssitze und Stimmrechte zur diskreten Einflussnahme zu nutzen. Komplett geheim, aber formell legal.

So warb CMS denn auch unverhohlen mit Lüschers politischem Amt, bevor der Zuschlag für das Mandat gesichert war. «Er ist vermutlich der bestvernetzte Prozessanwalt in der französischsprachigen Schweiz», schrieb sein Partner in einem früheren E-Mail ans Department of Special International Affairs. Und wie Recherchen der WOZ zeigen, prahlte Lüscher auch mit seinem direkten Draht zur Bundesanwaltschaft.

Israels «Lawfare»-Kampagne

Am Anfang dieser Recherche steht ein Datenleak aus dem israelischen Justizministerium. Es deckt die Jahre 2009 bis 2023 ab und stammt mutmasslich von einer dem Iran nahestehenden Hacker:innengruppe. Das Amnesty Tech Lab prüfte den Datensatz und fand keine Hinweise auf Manipulation. Das Netzwerk European Investigative Collaborations (EIC) hat bereits umfangreich über diese «Israel Files» berichtet.

Die Dokumente, die die WOZ in Kooperation mit dem EIC auswertete, zeigen, wie das israelische Justizministerium ab 2010 unter Premierminister Benjamin Netanyahu gezielt Strategien verfolgte, um eigene (Ex-)Regierungsbeamte vor der Strafverfolgung im Ausland zu schützen. Man spricht in diesem Zusammenhang von «Lawfare» – der Nutzung des Rechts als Waffe.

Zentral ist dabei das eingangs erwähnte Department of Special International Affairs. Die Abteilung wurde 2010 eigens geschaffen, um internationale Verfahren zu koordinieren, und besteht bis heute fort, allerdings heisst sie mittlerweile Department for International Law. Das offizielle Mandat der Abteilung bestand darin, «alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit internationalen Gerichtsverfahren [...] zu bearbeiten, die sich aus den Massnahmen des Staates im Kampf gegen

den Terrorismus ergeben». Gemäss internen Dokumenten von Ende 2020 hatte die Abteilung nach zehn Jahren «die Einstellung von Dutzenden von Straf- und Zivilverfahren weltweit gegen den Staat und seine hochrangigen Beamten» erreicht und eine Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag gegen den Staat Israel «um ein Jahrzehnt» verzögert.

Möglich machte die Erfolge die Zusammenarbeit mit mehr als einem Dutzend Anwaltskanzleien in Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, den USA, Italien, Schweden, Spanien, Griechenland, Südafrika und der Schweiz. Eine davon war CMS. Auf eine Anfrage der WOZ im Zusammenhang mit dem Mandat für Christian Lüscher hat das israelische Justizministerium nicht reagiert.

«Echtes Rowdytum bewiesen»

Die «Operation gegossenes Blei» dauerte 22 Tage. Offizielles Ziel war es, die Raketenangriffe aus Gaza auf Israel zu beenden. Als Israel am 18. Januar 2009 eine einseitige Waffenruhe verkündete, waren rund 1400 Palästinenser:innen getötet worden – darunter mehr als 300 Kinder – sowie 13 Israelis. Weite Teile des Gazastreifens lagen in Trümmern. Mehr als 20 000 Menschen waren obdachlos, Dutzende Spitäler und Schulen zerstört.

Journalist:innen, Menschenrechtsorganisationen und eine Uno-Untersuchungsmission dokumentierten zudem den Einsatz von weissem Phosphor – einer Brandwaffe, deren Verwendung in bewohnten Gebieten völkerrechtswidrig ist. Israelische Streitkräfte setzten die Substanz unter anderem bei Angriffen auf mindestens ein Spital ein. Ein späterer Uno-Bericht spricht von einer «vorsätzlich unverhältnismässigen Attacke» mit dem Ziel, die Zivilbevölkerung «zu bestrafen, zu demütigen und zu terrorisieren, ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage nachhaltig zu schwächen und ein wachsendes Gefühl von Abhängigkeit und Verwundbarkeit zu erzeugen».

Israels damalige Aussenministerin Tzipi Livni sagte kurz vor Kriegsende gegenüber den Medien, man habe der Hamas bewiesen, dass Israel ein Land sei, das mit aller Härte reagiere, wenn auf seine Bürger:innen geschossen werde – «und das ist gut so». Wenige Tage später doppelte sie in einem Fernsehinterview nach: «Israel hat im Verlauf der jüngsten Operation in Gaza echtes Rowdytum bewiesen, was ich auch verlangt habe.»

Der Austausch zwischen der Genfer Kanzlei und dem israelischen Justizministerium beginnt im März 2017. Anhand Dutzender E-Mails und Dokumente lässt sich rekonstruieren, wie eng die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen dem Department of Special International Affairs und Lüschers Kanzlei bis 2021 war – inklusive Rechnungen über mehrere Zehntausend Franken. Die Kontaktaufnahme erfolgte vor einem geplanten Besuch Tzipi Livnis an einer Veranstaltung in Lugano im Mai 2017. Mit ihrer Anwesenheit in der Schweiz wäre die rechtliche Voraussetzung für die Anhandnahme einer Strafanzeige erfüllt gewesen, mutmasslich wollte sich Israel im Vorfeld juristisch absichern.

Wie erwähnt wirbt CMS offensiv mit Lüschers Einfluss als Nationalrat. Ausschlaggebend für das Engagement dürfte jedoch auch ein anderer Faktor gewesen sein: Lüscher selbst bringt während des Mailverkehrs wiederholt seine guten Kontakte zum damaligen Schweizer Bundesanwalt Michael Lauber ins Spiel. So schreibt er im Juni 2017 an seine israelischen Kontakte: «Auf streng vertraulicher Basis möchte ich Sie darüber informieren, dass ich kommenden Montag um 6.30 Uhr eine Telefonkonferenz mit Herrn Lauber, dem Schweizer Bundesanwalt, haben werde. Selbstverständlich werde ich mich im Anschluss bei Ihnen melden.» Wenige Tage später erhält CMS den Zuschlag.

Etwa zehn Monate später, am 3. April 2018, schreibt Lüscher: «Liebe alle, Ich hatte heute die Gelegenheit, mit dem Schweizer Bundesanwalt zu

sprechen. Er teilte mir mit, dass die Strafanzeige gegen Frau Tzipi Livni formell abgewiesen wurde, was bedeutet, dass die Bundesanwaltschaft die Eröffnung eines Strafverfahrens abgelehnt hat. [...] Beste Grüsse, Christian».

Was genau zwischen der Anstellung Lüschers und der Nicht-Anhandnahme des Verfahrens vorgefallen ist, lässt sich aus dem geleakten Datensatz nicht nachvollziehen. Ebenfalls ist unklar, ob Lüscher sein Mandat für den Staat Israel Lauber gegenüber offenlegte. Klar ist aber, dass die Nachricht in Jerusalem gut ankam.

Zwei Tage später verfasst der israelische Generalstaatsanwalt Roy Schöndorf ein E-Mail an einen Vertrauten von Tzipi Livni sowie an mehrere Ministeriumsmitarbeiter:innen. Er bezieht sich darin auf die im Mai 2017 eingereichte Klage gegen Livni und schreibt: «Seitdem haben wir «hinter den Kulissen» gearbeitet, wobei unser Anwalt in der Schweiz informelle Gespräche mit dem Bundesanwalt der Schweiz zu diesem Thema geführt hat und sich von ihm auf dem Laufenden halten liess.»

Direkter Draht zu Lauber

Die Doppelrolle Lüschers werfe grundlegende Fragen zu Interessenkonflikten und Unabhängigkeit auf, sagt Reto Naegeli, Geschäftsleiter von Lobbywatch, einem Verein, der sich für mehr Transparenz in der Schweizer Politik einsetzt. Ein Parlamentarier habe die Interessen der Schweiz und seiner Wähler:innen zu wahren. «Lüscher hingegen hat die Interessen eines anderen Staates gegenüber Schweizer Behörden vertreten und dabei seine politische Funktion instrumentalisiert, um an Informationen zu gelangen.»

Demokratierechtlich sei das heikel: Kanzleien sei es möglich, mit dem Netzwerk eines Nationalrats zu werben, ohne dass dessen Engagement offengelegt werden müsse. Das – grundsätzlich legitime – Anwaltsgeheimnis könne so der Verschleierung von Interessenbindungen dienen und auch der Korruption Vorschub leisten.

Besonders problematisch ist für Naegeli dabei Lüschers Mitgliedschaft in der Gerichtskommission (2015–2019). Wer über die Wahl und die Abberufung von Richter:innen und Bundesanwalt mitentscheidet und zugleich für eine ausländische Regierung tätig sei, gerate unweigerlich in einen gravierenden Rollenkonflikt. Generell gelte: «Undeklarierte Interessenbindungen von Anwalt:innen in der Gerichtskommission sind ein Problem, denn diese wählen Richterinnen oder Bundesanwälte, denen sie später während eines Verfahrens gegenüberstehen könnten.»

In der Tat legte sich Lüscher 2019 bei der Wiederwahl von Michael Lauber zum Bundesanwalt gewaltig für seinen Kollegen ins Zeug. Und Lauber konnte die Unterstützung dringend gebrauchen. Ein Jahr zuvor war bekannt geworden, dass er sich mit Fifa-Präsident Gianni Infantino mehrfach zu unprotokollierten Gesprächen getroffen hatte zu einem Zeitpunkt, als die Bundesanwaltschaft mehrere Verfahren gegen Fifa-Funktionäre am Laufen hatte. Laubers erneute Kandidatur als Bundesanwalt war somit sehr umstritten. In der Kommission stellte sich Lüscher dennoch gegen die Mehrheit und beantragte Laubers Wiederwahl; in der Bundesversammlung verhalf er ihm dann 2019 mit einem engagierten Plädoyer erneut ins Amt.

Damals wurde in der Bundesversammlung kolportiert, Lüscher engagiere sich für Lauber, weil er als Anwalt Klient:innen vertrete, die im Visier der Bundesanwaltschaft stünden, und er so ein persönliches Interesse an dessen Wiederwahl habe. Das aktuelle Leak zeigt, dass dem in der Tat so war.

«Das Milizsystem führt zwangsläufig zu einem Spannungsfeld bezüglich der Unabhängigkeit der Parlamentarier:innen», sagt Urs Thalmann. Das werde man nie ganz auflösen können. Thalmann leitet die NGO Transparency International Schweiz, die sich gegen Korruption engagiert. «In der Schweiz gibt es regulatorische Lücken, dies auch bei Anwaltsmandaten», sagt



«Es gibt keine Doppelrolle», sagt Christian Lüscher. Und falls doch, ist sie vom Anwaltsgeheimnis gedeckt. Laurent Gilliéron, Keystone

er. Es sei kaum zu überprüfen, welche Anwält:innen ihrer Eigenverantwortung gerecht würden und Interessenbindungen offenlegten. «Bleiben politisch relevante Mandate bewusst intransparent, wird die Freiheit des Milizparlaments missbraucht. Wähler:innen haben ein Recht, zu erfahren, wessen Interessenvertreter:innen sie wählen», so Thalmann.

Christian Lüscher selbst erkennt keinerlei Problem: «Es gibt keine Doppelrolle», schreibt er der WOZ auf Anfrage. Weitere Antworten könne er keine geben, da «ich natürlich auch Dritten gegenüber weder die Existenz noch den Inhalt meiner Mandate offenlegen durfte». Seine Tätigkeit als Anwalt unterliege dem Berufsgeheimnis, und «eine Verletzung dieses Geheimnisses würde eine Straftat darstellen», so Lüscher. Der Schweizerische Anwaltsverband (SAV) wiederum mag sich nicht zu Einzelfällen äussern, schreibt aber, es sei Sache der betreffenden Anwält:innen, als Mitglied des Parlaments alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um die Verpflichtungen aus ihren jeweiligen Funktionen miteinander in Einklang zu bringen. «Es gibt keine spezifischen standesrechtlichen Regeln, die gelten, wenn ein Anwalt ein politisches Mandat ausübt», so der SAV.

Tzipi Livni kommt davon

Israels Strategie ist anscheinend aufgegangen. Trotz Haftbefehlen und Klagen in mehreren Ländern musste Tzipi Livni nie vor einem ausländischen Gericht erscheinen und wurde nie rechtskräftig verurteilt. Wie in so vielen Fällen liefen die zahlreichen angestregten Verfahren gegen Spitzenfunktionär:innen der israelischen Regierung somit letztlich ins Leere – auch in der Schweiz.

Christian Lüscher hatte schon 2009 versucht, für die FDP Bundesrat zu werden. Er scheiterte damals gegen Didier Burkhalter. 2017 verzichtete er schliesslich auf eine neuerliche Kandidatur und liess dem Genfer Parteikollegen Pierre Maudet den Vorzug. Dieser unterlag gegen Ignazio Cassis und stolperte ein Jahr später als Genfer Staatsrat über eine Korruptionsaffäre. Lüscher beendete seine politische Karriere mit dem Rücktritt aus dem Nationalrat 2023. Für die Kanzlei CMS hingegen ist er weiterhin tätig. Zudem präsidiert er mittlerweile mehrere Verwaltungsräte, etwa jenen des Genfer Flughafens oder der Zuger Investmentfirma EEII AG.

Auch wenn Lüscher vor drei Jahren zurückgetreten ist, bleibt die Affäre für die Gegenwart relevant. Sie zeigt, wie problematisch es sein kann, wenn Anwält:innen Mandate annehmen, die in direktem Zusammenhang mit ihrer Parlaments-tätigkeit stehen: Bislange scheiterten sämtliche Versuche, mehr Transparenz für Parlamentarier:innen mit Anwaltspatent zu schaffen. Zuletzt verlangte die damalige SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher 2009 mittels einer parlamentarischen Initiative, es müsse «eine verbindliche Regelung geprüft werden, wie mit Rechtsanwält:innen zu verfahren ist, die Mandate betreuen und sich auf ihr Anwaltsgeheimnis berufen». Die Staatsappolitische Kommission lehnte die Vorlage ab, diese wurde daraufhin zurückgezogen.

Für SP-Nationalrätin Min Li Marti, langjähriges Mitglied der Kommission für Rechtsfragen, besteht weiterhin Handlungsbedarf. «Das Grundproblem liegt in einem System, in dem Anwält:innen in der Kommission für Rechtsfragen und Krankenkassenvertreter:innen in der Gesundheitskommission sitzen», sagt sie. Das könne man nur lösen, indem entweder klare Ausstandsregelungen gesetzt würden oder das heute bestehende Milizsystem abgeschafft. Die Affäre Lüscher zeige: «Was nicht funktioniert, ist Eigenverantwortung.»●

Mitarbeit: Yossi Bartal

Die «Israel Files»-Recherchen innerhalb des Rechercheverbands European Investigative Collaborations sind hier zu finden: www.tinyurl.com/israel-files.

Widmer



Auf allen Kanälen

In Ungarn sollen die öffentlich-rechtlichen Medien erst mal abgeschaltet und dann neu aufgebaut werden.

Lügen am Morgen, zu Mittag und am Abend

Daniela Prugger, Budapest

In den meisten Ländern wäre es kaum mehr als eine Randnotiz, ein vertrautes Ritual politischer Öffentlichkeit: Der Oppositionsführer sitzt im Studio des öffentlich-rechtlichen Nachrichtensenders M1, beantwortet Fragen, stellt sich dem direkten Gespräch. In Ungarn jedoch fällt genau dieses Bild auf – weil es so lange gefehlt hat.

Seit eineinhalb Jahren war Péter Magyar, der bei der Parlamentswahl am 12. April einen Erdrutschsieg errang und Viktor Orbán und die Regierung von dessen Fidesz-Partei nach sechzehn Jahren ablösen wird, nicht persönlich im Studio von M1 zu sehen. Kein Interview, kein unmittelbares Gegenüber. Stattdessen existierte er dort vor allem als Projektionsfläche, als Figur in zugespitzten und hetzerischen Beiträgen, die das Bild eines Mannes zeichneten, unter dessen Führung der Krieg über Ungarn hereinbrechen werde.

«Es ist schön, hier zu sein», sagt Magyar zu Beginn des Gesprächs und lässt den Blick durchs Studio schweifen. Ein aufgeladener Satz. Wenige Tage nachdem er die Wahl mit einer Zweidrittelmehrheit gewonnen hat und das Land für Veränderung gestimmt hat, versichert der 45-jährige Jurist, dass er keinen persönlichen Groll hege, auch wenn er persönlich, seine Familie und die Zivilbevölkerung des Landes auf dem Sender jahrelang morgens, mittags und abends beleidigt worden seien. «Aber ein Punkt unseres Programms ist, dass diese Lügenfabrik ein Ende finden wird, sobald die Tisza-Regierung gebildet ist», sagt er.

Achtzig Prozent der Medien in Ungarn gelten als Fidesz-nahe. Auch Sender wie M1, die zur staatlichen Rundfunkholding MTVA gehören und über Steuern finanziert werden, sind unter Viktor Orbán zu einer Propagandaplattform geworden. Gefällig in der Berichterstattung über die Regierung und ein zentrales Instrument zur Verbreitung von Angst und Desinformation. «Wir wis-

sen, dass es keine perfekten Medien gibt», sagt Magyar im Interview. «Aber was hier seit 2010 geschieht – etwas, wonach sich Goebbels oder ein nordkoreanischer Diktator die Finger geleck hätten, wo kein einziges wahres Wort gesprochen wurde –, kann so nicht weitergehen.» Als die Moderatorin einwendet, die Suspendierung der Nachrichtenprogramme verstosse gegen das Gesetz, entgegnet Magyar, ihn hier des Rechtsbruchs zu bezichtigen, sei, «als würde ein Ladendieb die Polizei rufen».

Am 9. Mai soll die neue Regierung antreten, danach der Nachrichtenbereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zeitweise suspendiert werden: Fernsehen, Radio, Onlineportale. Das genaue Vorgehen wurde noch nicht kommuniziert. Derweil hat die Ankündigung in Ungarn weniger Empörung als Aufatmen ausgelöst. Denn die Frage, was mit dem Fidesz-nahen Rundfunk passieren wird, trieb viele um. Auch aus Sorge, dass die vergangenen sechzehn Jahre – Korruption, mögliche Gesetzesverstösse – nach der Wahl medial relativiert werden könnten. Die Dringlichkeit ist da: Was jetzt nicht gesichert und öffentlich gemacht wird, könnte verloren gehen. Laut Péter Magyar sollen in manchen Ministerien bereits Akten und Beweise vernichtet worden sein.

«Wir haben für Veränderung gestimmt und gegen Hass und Desinformation», sagt die Medienrechtlerin Bea Bodrogi. Die öffentlich-rechtlichen Programme würden längst nicht mehr die journalistischen Standards erfüllen. «Ich betrachte sie nicht als Medien und die Menschen, die dort arbeiten, nicht als Journalist:innen», so Bodrogi. In Ungarn gehe es jetzt darum, neu zu klären, was Journalismus überhaupt sei – und was nicht, gerade jetzt, wo es auch um Aufarbeitung gehe.

Doch die Veränderung werde Zeit brauchen. Sechzehn Jahre autoritäre Politik liessen sich nicht binnen 24 Stunden abschütteln, sagt Bodrogi. Es sei nicht möglich, die Leitung der Nachrichtenredaktion einfach auszutauschen. Dafür brauche es rechtlich tragfähige Wege, bei denen auch die Öffentlichkeit einbezogen werden müsse. Persönlich schenke sie der neuen Regierung Vertrauen, sagt Bodrogi. Schlimmer als bisher, so scheint es vielen, kann es kaum werden. ●



Aus der Küche des Wahnsinns

Karin Hoffsten wünscht sich mehr Vernunft.

Wir sind prima Primaten

Bei der Erwähnung von Wahnsinn kommt einer ja zwangsläufig Donald Trump in den Sinn, dem es gelingt, sich immer noch selber zu toppen. Oder haben Sie sich noch vor zwei Jahren vorstellen können, dass ein US-Präsident die KI ein Bildchen produzieren lässt, auf dem er als handauflegender Jesus die Lahmen und Siechen heilt? Und dann auch noch erstaunt beteuert, er habe sich doch nur als Arzt darstellen wollen? Was ja neben dem, was er sonst so treibt, völlig harmlos ist, aber erfreulicherweise sein evangelikales Umfeld aufschreckt.

Was im Hauptjob von Trump zu erwarten war, beschrieben vorausschauende Köpfe schon während seiner ersten Amtszeit detailliert. Von daher ist der rasende Demokratieabbau im eigenen Land ebenso wenig eine Überraschung wie das wirre Stolpern in Kriege gegen andere Länder. Beim Gedanken, dass ein Präsident, der Kim Jong-un versicherte: «Ich habe den grösseren Knopf!», un-



Bei Familie Somm liessen nämlich die Mädchen die Buben nicht im trauten Playmobilheim mitspielen, dafür wurde in der Hand der Knaben «jeder Besen zu einem Laserschwert und jeder Korb zu einer Handgranate». «Buben spielen gerne Krieg», weiss drum Herr Somm. Und «um zu siegen, muss man den Krieg üben», und «wer Krieg führt, braucht einen Feind», und den «finden Buben (später die Männer)» immer.

In seinem «Nebelspalter» machte sich Chefredaktor und Verleger Somm noch ausführlichere «Gedanken zum Iran-Krieg aus Sicht der Evolutionsbiologie», denn: «Trump ist wie alle Menschen ein Primat. Wir (und die Schimpansen) führen gerne Kriege.» So bleibe gültig, was Heraklit, «der grosse griechische Philosoph, schon wusste, ohne dass er etwas von der Evolution unserer Spezies geahnt hätte».

Ach, die alten Griechen ... die hielten sich ja auch gerne Sklav:innen. ●

Ach, die alten Griechen ...

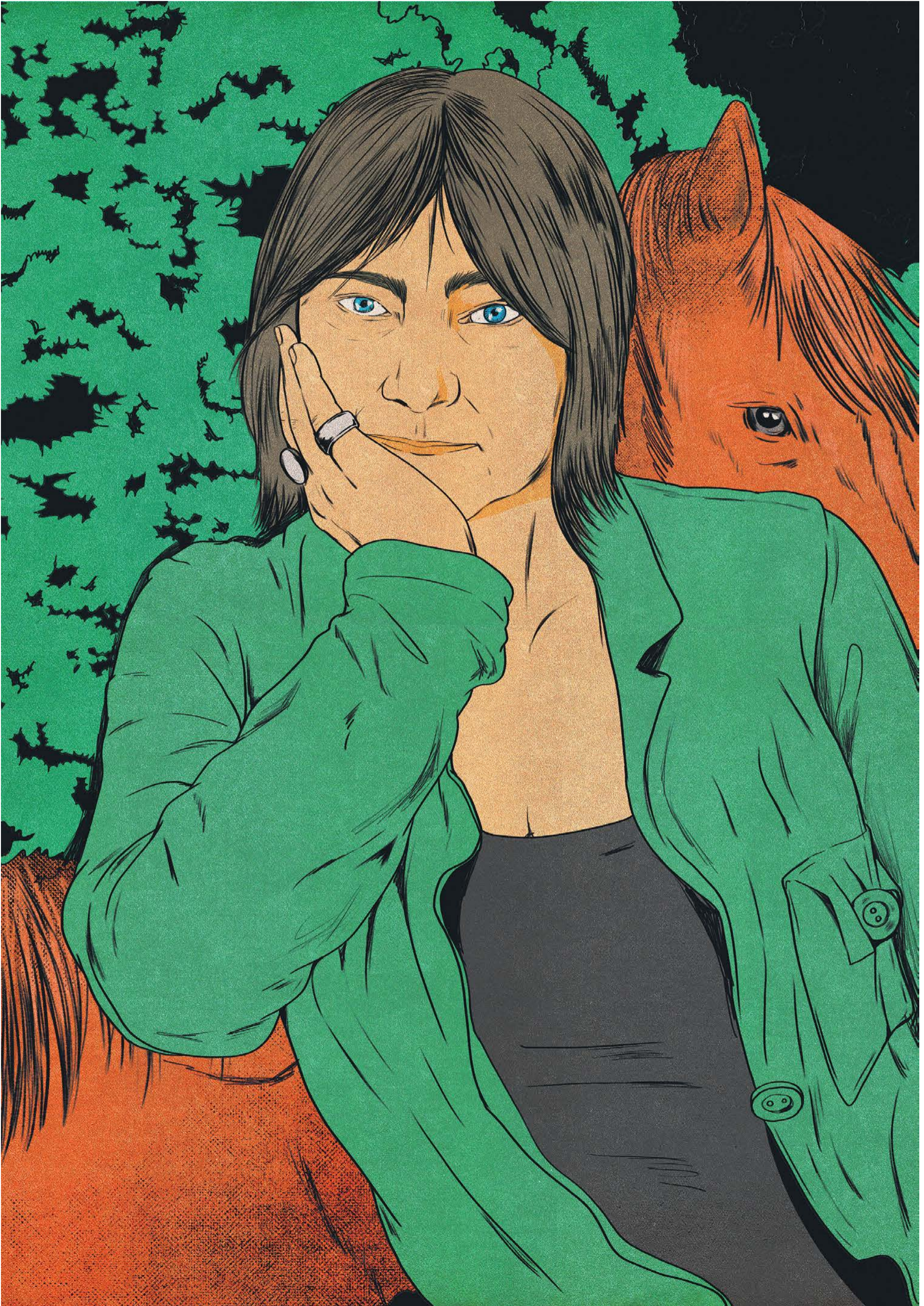
gehinderten Zugang zum berühmten Atomkoffer hatte, wurde es manchen schon damals schlecht.

Doch erstaunlicherweise gibt es in der Schweiz nach wie vor real existierende Trump-Verehrer, die bekanntesten zwei dürften Gianni Infantino und Markus Somm sein. Der eine verdient sich gerade mit den WM-Tickets seiner mafiösen Fifa einen goldenen Pimmel – Tickets fürs Endspiel werden laut «Tages-Anzeiger» derzeit für 10 990 US-Dollar gehandelt –, der andere versuchte in seiner «Sonntagszeitung»-Kolumne am Beispiel seiner Kinder nachzuweisen, dass – nach Heraklit – der Krieg eben doch der Vater aller Dinge sei.

Den Namen für die neue Kolumne verdankt Karin Hoffsten übrigens ihrer Freundin und WOZ-Leserin J. K., die damit beim Redaktionskollektiv einen Volltreffer landete.

In seinem neuen Film «Divine Comedy» nimmt uns Ali Asgari mit auf eine Odyssee durch Teheran ▷ **Seite 19** In den Spitälern würden die Beschwerden Schwarzer Menschen häufig

bagatellisiert, sagt die Ärztin Mireille Ngosso im Interview ▷ **Seite 26** Und Hausarzt Martin Walter erinnert sich an die Reaktor-katastrophe von Tschernobyl ▷ **Seite 27**



Ali Smith, gezeichnet von María Jesús Contreras

Florian Keller liest Ali Smith und will gar nicht aufhören ▷ **Seite 17**

Best Western

Dorothee Elmiger über Pancake-Maschinen und andere Merkwürdigkeiten Der Niedergang des Imperiums

Oft fragen mich die Leute zurzeit, wie lange ich denn noch bleiben wolle, in Amerika, und ich denke dann manchmal an Thomas Manns Novelle «Mario und der Zauberer». Ein Italienurlaub Ende der 1920er Jahre. Mitte August, Tyrrhenisches Meer. Aber die Stimmung im Badeort ist schlecht: «Gereiztheit, Überspannung». Es geht «national» zu, am Strand überall «patriotische Kinder».

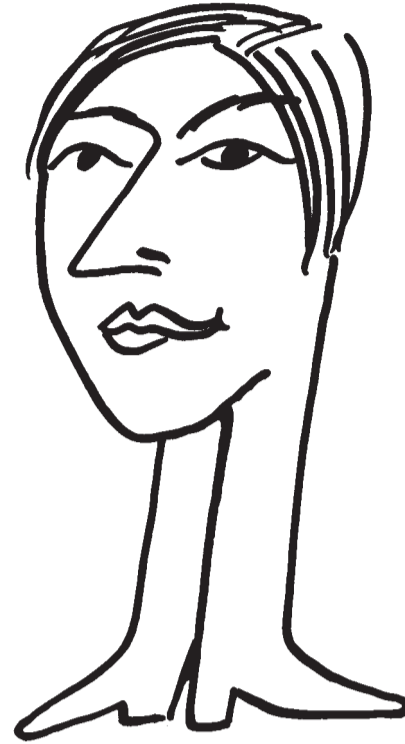
Der Erzähler und seine Familie fühlen sich unerwünscht im faschistischen Italien, trotzdem reisen sie nicht ab. «Wir blieben auch deshalb, weil der Aufenthalt uns merkwürdig geworden war und weil Merkwürdigkeit ja in sich selbst einen Wert bedeutet, unabhängig von Behagen und Unbehagen.» Gerade dann, wenn einem das Leben unheimlich werde, ungeheuer, dann solle man bleiben und «sich das ansehen und sich dem aussetzen, gerade dabei gibt es vielleicht etwas zu lernen». Später allerdings werden die Urlaubsgäste ihre

Entscheidung bereuen – noch wissen sie nicht, wie sehr sie in den hypnotischen Bann der Vorgänge geraten werden, wie schrecklich das Ende der Geschichte, wie gross der «Choc» sein wird.

Es sei doch irgendwie verständlich, als Schreibende da bleiben zu müssen, wo sich der Niedergang des Imperiums vielleicht am genauesten beobachten lasse, sagte ein Freund kürzlich am Telefon, und ich musste in diesem Moment daran denken, wie ich vor zwei oder drei Jahren einmal in einem Hotel irgendwo im Mittleren Westen übernachtet hatte. Gut möglich, dass es ein «Best Western» gewesen war – schmucklos und mit dünnen Wänden, vor den Fenstern leere Steppe, Grasland. Im Frühstücksraum hatte eine Pancake-Maschine gestanden. Und obwohl ausser mir niemand da war, kein Mensch, war fortlaufend Teig aus ihrem Inneren gequollen, hatte sich langsam und geräuschlos ausgebreitet.

Wie das Merkwürdige, das Unheimliche aufgeschrieben und übersetzt werden könnte, das frage ich mich oft in letzter Zeit. Obwohl unablässig über die US-amerikanischen Verhältnisse geschrieben wird, scheint in den Berichten zuweilen etwas zu fehlen. «Vielleicht eine Art Textur», sagt Henry, der Waliser, als wir uns in der Kneipe um die Ecke auf ein Euro Beer treffen. Die ganz spezifische Beschaffenheit des Alltags, durchdrungen von Diskursen und Ereignissen, Geschichte und Ökonomie. Eine Verwobenheit in der Welt. Rückkoppelungen.

Ja, das sei es vielleicht, was mich im Falle dieser Kolumne interessiere, sage ich: der Versuch, Texturen herauszuarbeiten. Ich wolle mir die merkwürdige Welt ansehen, und ich wolle alle möglichen Leute treffen – Flight Attendants, Backend-Entwicklerinnen, Trader, Kellner, Historikerinnen – und diesen Leuten alle möglichen Fragen



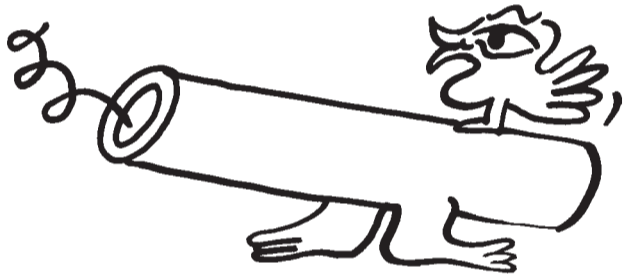
vorlegen. Ich wolle wissen, was sie umtreibe. Wie sie arbeiteten. Welche Theorien sie für richtig hielten, woran sie sich orientierten. Wie sie sich die Zukunft vorstellten.

Ein Detail aus Thomas Manns Novelle ist mir übrigens seltsam deutlich in Erinnerung geblieben: Wegen der vielen Fiat-Wagen, die ständig zwischen den Badeorten am Tyrrhenischen Meer hin- und hergefahren seien, heisst es an einer Stelle, habe eine dicke weisse Staubschicht die Lorbeer- und Oleanderbüsche am Rand der Landstrasse bedeckt. Ich weiss noch, dass ich lesend die betreffende Landschaft plötzlich ganz klar vor mir zu sehen meinte, wie mit Blitzlicht aufgenommen. Die Zeit, von der Mann berichtete, war in diesem Bild ganz real geworden: Etwas hatte sich mir gezeigt, was zuvor verhüllt gewesen war. ●

Dorothee Elmiger ist Autorin und lebt in Queens, New York.

Spatzen auf Kanonen

Porträt als Rorschachtest



Daniela Janser

Wer lässt sich heute noch in Öl malen? Eine oberflächliche Recherche ergibt: primär Blaublütler. König Charles etwa, seine Mutter Elizabeth selig, und auch die dänische Königsfamilie bestellte 2013 gleich ein ganzes Gruppenporträt bei einem angesagten Maler. Stumm ertragen sie danach jeweils auch den Spott des Fussvolks: wie gut dressierte, vergoldete Zirkusponys – die sie ja auch sind.

Nicht so der Demokrat Martin Neukom. Wie es langjähriger Brauch ist, lassen sich Zürcher Regierungsratspräsident:innen für eine Ahnengalerie im Walcheturm malen. Bloss war der grüne Regierungsrat auch mit der dritten Porträtskizze des Malers Hans Witschi noch nicht zufrieden. Der «SonntagsBlick» machte den Fall publik, mitsamt Neukoms Rückmeldungen an den glücklosen Maler. Sein Bild zeige einen «ängstlichen Mann, der demnächst aufgibt. Das bin ich nicht.» Er habe sich «drei Adjektive notiert: jung, modern, frisch. Wenn ich das Porträt anschau, ist es das Gegenteil davon.» Aufhorchen lässt ausserdem der Satz: «Ich fühle mich entstellt.»

Ins Staunen kommt man nicht nur über den kümmerlichen Kunstverstand – ist Kunst nicht per se Entstellung? –, sondern auch darüber, dass der Politiker schlecht recherchiert hat. Wie die naseweise Schwarmintelligenz im Netz sofort verkündete: Witschi ist keine Katze im Sack, sein Stil ist bekannt. Neukom hatte freie Künstler:innenwahl, entschied sich für Witschi – und wirft ihm nun vor, ein Witschi-Bild gemalt zu haben. Die Lage ist verfahren.

Was spricht gegen ein Fotoporträt? Die Fotografie ist ein, na ja, junges, modernes, frisches Medium, in dem sich etwa französische Staatspräsidenten und Bundesrät:innen gern porträtieren lassen. Allerdings ist da das Problem der Haltbarkeit, wie die Regierung einst zu Protokoll gab: Ölgemälde sind langlebiger. Bloss muss man dann fragen: Wer wird sich in ferner Zukunft noch für einwandfrei konservierte Porträts von Regierungsrät:innen im Sitzungszimmer 267 eines Zürcher Verwaltungsgebäudes interessieren? ●

Hans Witschi darf sich immerhin mit dem Hofmaler Hans Holbein dem Jüngeren verwandt fühlen. Dieser hatte bei einer Brautschau die künftige Frau des englischen Königs Heinrich VIII. zu schön gemalt – und fiel in Ungnade.

Schweizer Geschichte

Die SVP will das Saisonierstatut zurück. Eine Ausstellung in Zürich zeigt seine Unmenschlichkeit. Unrechte Parallelwelt



Wenig Rechte und gerade genug Lohn zum Steuern zahlen: Bauarbeiter in Zürich, 1962. Hans Krebs, ETH-Bildarchiv, Zürich

Daniela Janser

Unsichere, müde Blicke, oft an der Kamera vorbei, dazwischen ein zaghaftes Lächeln, ein verschmitztes Zwinkern; schweisstreibende Arbeit auf dem Bau, in der Küche, im Stall, erbärmliche Lebensbedingungen; An- und Abreisen am Bahnhof. Auf den Schwarzweissfotos und in vielen weiteren Dokumenten der Ausstellung «Wir, Saisoniers ...» erstet eine Welt, die in der Schweiz jahrzehntelang verdrängt und systematisch als fremd abgestempelt wurde.

Wenn in der Presse von «Saisoniers» aus Italien, Spanien oder Portugal die Rede war, dann meist in einem herablassenden, gönnerhaften, belehrenden Ton. Im Migros-Blatt «Wir Brückenbauer» heisst es 1946, die italienischen «Hausfrauen», die als «Haushaltsgeliebten» in die Schweiz geholt wurden, seien noch «nicht weiter als zu Polenta und Spaghetti vorgedrungen». Die NZZ schreibt 1967 von Arbeitern, die «im Organismus» einer Fabrik «eingesetzt werden», aber auch «Unterkünfte, Verpflegungs- und Erholungsmöglichkeiten» benötigten. Warum meinte man, betonen zu müssen, dass diese Arbeiter:innen auch Menschen sind? Entsolidarisierung als Strategie durch alle Instanzen.

Seit den dreissiger Jahren bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 bauten, flickten, putzten, bekochten und pflegten die Saisoniers und Saisonières die Schweiz. Sie trugen massgeblich zum Wohlstand des Landes bei, zahlten Steuern, erhielten dafür wenig Lohn und kaum Rechte. Bei der Einreise zwang man sie, sich aus-

zuziehen, sie wurden auf Krankheiten untersucht und abgefertigt wie Vieh. Nach neun Monaten mussten sie wieder ausreisen. Über die Jahre wurden sie auch in ihrer Heimat zu Fremden. Familiennachzug verweigerte die Schweiz: ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Schwangere mussten gehen, Eltern ihre Kinder verstecken, was weiteren seelischen Schaden anrichtete.

«Wirtschaftsfreundlich» und überhaupt eine gute, praktische Sache sei das Saisonierstatut gewesen, heisst es im Zusammenhang mit der «10-Millionen-Schweiz»-Initiative nun wieder. Wer mit diesen zynischen Phrasen im Kopf durch die gut recherchierte und erschütternde Ausstellung geht, gerät in Rage.

Im Raum zur Geschichte des Saisonierstatuts wird nochmals die «Überfremdungsinitiative» von James Schwarzenbach aufgerollt, die etwa der Historiker Damir Skenderovic klar als Vorläuferin der neusten SVP-Initiative sieht. Schwarzenbach, Sohn eines reichen Zürcher Textilfabrikanten, war ein Faschist und Antisemit im demokratischen Pelz eines Nationalrats. Eine Filmaufnahme zeigt ihn als populistisch und leutselig, wenn er sich an Fans wandte, eiskalt und verleumderisch, wenn er Widerredner abfertigte. Man denkt sofort an heutige Demagogen. Schwarzenbachs Initiative wurde 1970 mit 54 Prozent Nein-Stimmen nur knapp verworfen. «Wir, Saisoniers ...» legt nahe: Eine wuchtige Ablehnung der SVP-Initiative am 14. Juni wäre auch eine Geste der Anerkennung des Unrechts, das den Saisoniers und Saisonières angetan wurde. ●

► «Wir, Saisoniers ...» in: Zürich, Photobastei, Sihlquai 125, bis 21. Juni. photobastei.ch

Literatur

Endlich Ali Smith lesen? Unbedingt! Man muss es ja nicht gleich so besessen nachholen wie unser Autor.

Alles, was mit Wörtern möglich ist

Florian Keller Text

María Jesús Contreras Illustration

Bücher, heisst es irgendwo bei Ali Smith, brauchen Zeit, um uns zu dämmern. Man könnte es auch umgekehrt sagen: Bücher können warten, sie haben alle Zeit der Welt – und wir sind es, die manchmal etwas länger brauchen, bis sie uns dämmern.

So gesehen war es ein Glück, dass ich viel zu lange brauchte, um endlich bei Ali Smith zu landen. Bei «Gliff» war das, ihrem 13. Roman, der nun, anderthalb Jahre später, auf Deutsch erschienen ist. Ich hätte nicht sagen können, was es war, aber es musste danach gleich noch ein Buch von ihr sein, dann noch eins und noch eins. Ich konnte nicht aufhören, und alle diese früheren Bücher von ihr waren ja schon da und warteten. Ein ganzes Jahr ging das so, dazwischen schob ich auch andere Bücher, schliesslich macht eine solche Fixierung auf Dauer etwas einfältig – und ging dann doch wieder zurück zu Ali Smith, noch eins und noch eins. Es war eine Offenbarung.

Eine Entdeckung? Kann man nun wirklich nicht behaupten. Seit ihrem zweiten Roman («Hotel World», 2001) stand die schottische Autorin viermal auf der Shortlist für den prestigeträchtigen Booker Prize, bekommen hat sie ihn noch nie. In den vergangenen Jahren hat sie auch eindrücklich gezeigt, wie Literatur fast in Echtzeit auf die

«Ein Roman ist schwer zu führen, er liest uns genauso, wie wir ihn lesen.»

Ali Smith

Gegenwart reagieren kann: Ab 2016 schrieb sie, jeweils im Abstand von einem Jahr, vier lose miteinander verwobene Romane, für jede Jahreszeit einen, in denen sie nebenbei auch die seismischen Verschiebungen rund um den Brexit verarbeitet. Längst zählt die 63-Jährige zu den ganz Grossen der englischen Gegenwartsliteratur. Im deutschsprachigen Raum scheint das bis heute nicht so recht angekommen zu sein. Ob sich das jetzt ändern könnte?

Wut gegen die Maschine

Die Farbe ist noch frisch, als die Kinder nach Hause kommen: eine rote Linie, sauber um das Haus gezogen. Buchstäblich ausgegrenzt, ziehen die beiden Geschwister Briar und Rose mit dem Freund ihrer Mutter weiter. Auf dem Parkplatz eines grossen Supermarkts übernachten sie in seinem Camper, aber am anderen Morgen auch hier das gleiche Bild. Über Nacht hat jemand eine signalrote Markierung um den Camper gemalt.

So fängt das an in «Gliff», mit Linien, die Repression und Ausschluss signalisieren. Wie sie gezogen werden? «Superbe Grenzer», so liest Briar auf dem Gerät, das man sich wohl so ähnlich vorstellen kann wie diese Schubkarren, mit denen Fussballfelder markiert werden. Eine richtige «Schrottmachine», sagt Briar nach einem Akt der Sabotage auf offener Strasse: «Sind wir es nicht wert, dass man uns mit etwas eindrucksvollerer Technik tyrannisiert?»

Es gibt dann immer beides in «Gliff», die superrudimentäre Begrenzung wie auch die hochtechnisierte Überwachung. Gewalt nur als

Zeichen, sie ist erst der Anfang in diesem Roman, dem bislang wohl politischsten aller Bücher von Ali Smith. Worauf sie damit reagiert? Viele Kritiken hätten sich ja darauf festgelegt, dass «Gliff» in Grossbritannien angesiedelt sei, antwortet die Autorin per Mail: «Möglich – aber für mich ist das Buch überall dort angesiedelt, wo es eine Google Map gibt, die uns via Gucci und Chanel zeigt, wo es langgeht.»

Bloss nicht blocken

Ein dystopischer Roman also. Gewöhnlich heisst das: Aus den Echos von heute wird eine unwirtliche, repressive, totalitäre Welt entworfen, damit sich ein heroischer Widerstand dagegen formieren kann. Aber so läuft das nicht bei Ali Smith, die sich als Autorin immer weniger an irgendwelchen Regeln orientiert. Und wenn doch, erfindet sie unterwegs lieber ihre eigenen.

Im Original sticht diese Offenheit in jedem ihrer Bücher sofort ins Auge. Der deutsche Verlag macht das nicht mit, aber auf Englisch sind alle ihre Bücher seit «Hotel World» nicht in Blocksatz gedruckt, wie bei Prosa üblich, sondern geflattert. Wie es dazu kam? «Das ist einfach so passiert, vor 25 Jahren, als eines meiner Bücher ungeblockt gedruckt wurde. Wahrscheinlich, um den Text länger zu machen, als er war? Ein Verlegertrick?» Egal, es schien ihr richtig. Seither gilt bei Ali Smith immer Flattersatz, als visuelles Zeichen einer programmatischen Offenheit, wie sie sagt: «Er fordert das Auge auf, Unterschiede zu akzeptieren. Möge der Block immer entblocken!»

Sie beruft sich auch gerne auf Simone de Beauvoir: Wozu überhaupt einen Roman schreiben, wenn man schon von Anfang an wisse, wo er hinführe? Romane seien elastisch, sagt Ali Smith, das sei eines der Geschenke dieser Erzählform: Sie zeigen uns, dass sich die Dinge immer auch anders ordnen liessen. Und ein Roman suche immer seinen eigenen Weg: «Wenn man das nicht geschehen lässt, arbeitet man nicht richtig mit dem Buch.» Es sei ein wenig, wie auf einem Pferd zu reiten: «Ein Roman ist riesig, viel grösser als du, schwer zu führen, auf natürliche Weise unberechenbar, er liest uns genauso, wie wir ihn lesen, und er ist bereit, mit uns zu arbeiten, solange wir einander respektieren in unserem je eigenen Wesen.»

Die beiden Geschwister in «Gliff», benannt nach einem Song von Tom Waits, sind bald auf sich allein gestellt. Auf einem ehemaligen Schularial finden sie eine Schar von «Unverifizierbaren», die dort unterm Radar der Überwachung hausen – eine zusammengewürfelte Ersatzfamilie auf Zeit, ein Schutzraum auch vor den staatlichen Zugriffen draussen, die an die ICE-Truppen erinnern. Ein Pferd spielt eine wichtige Rolle, ebenso Max Frisch, später dann: Zeitsprung in eine noch feindlichere Gegenwart. Und dazwischen auch mal eine politische Parabel wie ein Märchen, über einen Herrscher, der von der Asche des Widersachers heimgesucht wird, den er umbringen liess.

So klug, wie sie sind

Das könnte anstrengend sein, dieser Grad von freihändigem Erzählen. Warum es das bei Ali Smith nicht ist? Wer das zu erklären versucht, landet bei Gegensätzen, die bei ihr eben keine sind. Ist das experimentelle Literatur? Irgendwie schon, aber auf sehr beiläufige Weise. Sprachverliebt? Unbedingt, aber nie gekünstelt oder aufgeblasen. Auch dort, wo es um Kunstbetrachtung geht oder philosophisch wird, bleibt der Ton einfach, zugewandt. Das erklärt vielleicht auch, wieso der

deutsche Markt immer noch etwas fremdelt mit dieser Autorin. Dass das Ernste auch spielerisch sein kann und das Schwere ganz einfach, das gilt hier immer noch als suspekt.

Ali Smith selbst nennt das Erzählen eine Form von Gastfreundschaft, zugleich archaisch und frisch. Fiktion sei eine Art, einander in einer Geschichte willkommen zu heissen, also immer auch eine Form von Inklusion: «Eine Erzählung, die Menschen ausschliesst, ist keine Erzählung – das wäre dann eher Politik. Eine Erzählung mit einer anderen Agenda als der Erzählung selbst ist näher an der Definition der Lüge.»

Ihre Übersetzerin Stefanie Jacobs sieht das ähnlich mit diesem absolut unpräzisen Ton. Auch sie ist neu bei Ali Smith, vor «Gliff» waren deren Bücher von Silvia Morawetz übersetzt worden. Gerade dieser schlichte Stil sei eine Herausforderung, sagt Jacobs, etwa bei den Tonlagen der Geschwister: «Sie müssen kindlich klingen und doch auch so klug, wie sie sind.»

Sie oder er? Ja!

Tatsächlich schreibt niemand so phänomenale Kinder wie Ali Smith. Wie jetzt Rose, die kleine Schwester in «Gliff», die auch dann kluge Dinge sagt, wenn sie Wörter falsch benutzt. Zu einem Jungen mit Smartwatch sagt sie: «Hat dir noch niemand erzählt, dass anonym das neue digital ist?» Später bekommt sie erklärt, dass man einen Pass brauche, damit man unterwegs beweisen könne, «dass wir wir sind». Aber ein Pass beweise doch nicht, «dass wir wir sind», erwidert Rose: «Wir beweisen, dass ein Pass ein Pass ist.»

Bei Ali Smith begegnet man immer wieder solchen Kindern, meist sind es Mädchen, die die Dinge vom Kopf auf die Füsse stellen. Wie das Kind in «Frühling» (2021), das durch verschlossene Türen gehen kann und der Mitarbeiterin eines Ausschaffungsgefängnisses erklärt, dass es nur eine Frage der Definition sei, Grenzen nicht als etwas Trennendes zu sehen, sondern als etwas Verbindendes: «Was, wenn wir Grenzübergänge zu Orten erklären würden, an denen man selber doppelt möglich würde, wenn man drübergeht.» (Natürlich sagt die Frau dann, das sei mehr als nur doppelt naiv.)

«Beides sein» (2016), so hiess auch schon ein Roman von Ali Smith. Und ein Echo davon findet sich auch in «Gliff», wo die Geschlechtsidentität von Briar, dem älteren der beiden Geschwister, im Text ganz selbstverständlich offen und unmarkiert bleibt. (Auf Deutsch geht das weniger leicht als im Englischen, aber die Übersetzung löst das

gut.) Briars Geschlecht ist auch gar kein Thema, bis eine der Unverifizierbaren es doch genau wissen will: «Bist du ein Mädchen oder ein Junge?», fragt sie. Briar darauf, ganz cool: «Ja, sagte ich.» Entweder oder? Ja!

Ali Smith macht auch lustige Sachen mit Satzzeichen, da sind dann nicht mal knifflige Übersetzungen nötig. In «Sommer» (2021) zum Beispiel, wo sie im Kapitel über einen superschlauen, superanstrengenden Teenager immer mal wieder einfach ein Ausrufezeichen zwischen den Absätzen setzt, als würde er das Gesagte so bekräftigen:

Oder jetzt in «Gliff», wo eine Mutter auf Fragen ihres Kindes antwortet. Statt dass die Fragen ausformuliert wären, steht zwischen den Antworten jeweils nur ein Satzzeichen, wie das fragende Gesicht eines Kindes:

Und dann ist da noch dieser dystopische Klassiker, mit dem die Autorin in den Kapitelüberschriften spielt. Da wandelt sie den Titel von «Brave New World» immer wieder ab, ersetzt einzelne Buchstaben oder räumt sie aus – bis zuletzt aus dem Restbestand der Zeichen eine neue Ahnung von Zukunft aufscheint: «ave n (i) r».

Das ist es, was diese Ali Smith auf so unangestrenzte Art einzigartig macht: diese grenzenlose Neugier auf alles, was in der Sprache steckt und was alles möglich ist mit Wörtern – mit solchen, die wir tagtäglich benutzen, und anderen, die es scheinbar gar nicht gibt, wie «Gliff». Sie ist zufällig darauf gestossen, um dann zu merken, dass es dieses Wort tatsächlich gibt, mit einer Vielzahl von Bedeutungen: «Aufregend, wie etwas so Kleines, vermeintlich Bedeutungsloses vor meinen Augen Dimensionen annahm.»

Wörter schreiben fest und ziehen Grenzen, sie sind Instrumente der Kontrolle. Aber sie öffnen auch Fluchtwege. Das ist die Gegenmacht, die Ali Smith in «Gliff» entwirft. Wie sagt eine Figur im Buch einmal: «Du ahnst nicht, welche Türen sich öffnen, wenn ein Wort den Weg aus einer Sprache in eine andere nimmt.» ●



► Ali Smith: «Gliff». Roman. Aus dem Englischen von Stefanie Jacobs. Luchterhand Verlag. München 2026. 304 Seiten.



IM KINO AB 16.4.2026
mit vielen
Veranstaltungen
zum Thema
Nachhaltiges Bauen

ein Film von
Gabriele Schärer

Barbara Buser

Pionierin der Nachhaltigkeit

Rote Fabrik
Seestrasse 395
8038 Zürich
www.rotfabrik.ch

Do. 23.04.26 Clubraum 20:00
SHKOON
Support: 3YOONI
Eintritt frei für Personen des Asylbereichs.
Nur solange verfügbar.

Müde, Schnarchen und
nächtliche Atemaussetzer?
Es könnte Schlafapnoe sein.

Immer müde?
Machen Sie den Schlafapnoe-Risikotest
der Lungenliga!

www.lungenliga.ch/test

LUNGENLIGA
Mehr Luft fürs Leben

Mit der Zeit wird das
alles zur Gewohnheit.

Dino-Erlebnis für die ganze Familie!
März - Sept. '26

Geöffnet: Mi-So
10.00-18.00 Uhr
in den Schulferien
Mo-So

weitere Infos:
dinoworld.ch

DIE DINOX LIVE!

Wädenswil
„Dinoworld“ beim
Kreisel Zugerstrasse/Rietwisstrasse

Helfen Sie uns, Sexarbeiter*innen
in rechtlichen und sozialen Anliegen
zu unterstützen.

www.xeniabern.ch
IBAN CH61 0900 0000 3003 7914 2
Danke für die Spende!

XENIA
FACHSTELLE SEXARBEIT

MOSTRA INTERNAZIONALE
D'ARTE CINEMATOGRAFICA
LA BIENNALE DI VENEZIA 2025
Official Selection

DIVINE COMEDY

Directed by ALI ASGARI · Iran

JETZT IM KINO

«Eine scharfzüngige Satire
mit trotzigem Geist.»

SCREEN DAILY

EXKLUSIVE VORSTELLUNG MIT REGISSEUR
Zürich | Sa, 25. April | 18 Uhr | Arthouse Piccadilly

trigon-film

Café Bar Volière

Inseliqua

April Saisonstart

GUTE PFLEGE
HEISST:
FACHWISSEN

gute-pflege-heisst.ch

Überall für alle
SPITEX
Schweiz

Ein Kilometer ist aber ziemlich lang hier!

MALEN MIT OLGA PRADER

BUCHHANDEL ODER CPRESS.CH
ISBN 978-3-907333-08-2

hö **hörkombinat**
+ **:Politik**

Ungarn intern # 109
Einschätzungen
nach der Wahl

Unser Gast:
Áron Mikus
WOZ-Autor

Alle kennen Viktor Orbán, den soeben abge-
wählten, rechtsautoritären ungarischen Premier-
minister. Wenige kennen seinen Nachfolger
Péter Magyar. Wir haben einen ungarischen
Journalisten zur Lage im Land befragt.

Welchen Kurs wird Ungarn einschlagen?

Der Polit-Podcast von
Elvira Isenring und Dominik Dusek
Aktuelle Themen im Hintergrundgespräch
mit Journalist:innen von:

WOZ TSÜRI **das LAMM**
SURPRISE WAV >dnip

Ab 26. April 2026. Überall, wo es Podcasts gibt.
Ausserdem zu hören auf:
Radio RaSa: 27. April, 11 Uhr | Radio RaBe: 28. April, 12 Uhr
Radio LoRa: 30. April, 15 Uhr | Radio Stadtfilter: 1. Mai, 19 Uhr

Literatur

Schock im Nationaltheater

Silvia Süess

«Du musst deinen Körper, deinen Verstand und ja, auch das, deine Libido in dieses Haus einbauen.» So spricht die Intendantin des serbischen Nationaltheaters zu Dina, die sie als Schauspielregisseurin anstellen will. Die Anfrage kommt überraschend für die dreissigjährige Dramaturgin, die gerade mit einer komplizierten Liebesgeschichte beschäftigt ist: Sie war bisher in der freien Theaterszene unterwegs und hat nie ein grösseres Haus geleitet. Abzusagen ist keine Option. Also landet sie in diesem geschichtsträchtigen Haus in Belgrad mit 637 Angestellten, starrer Hierarchie, genau definierten Funktionen und null Spielraum für eine Schauspielchefin.

«Nationaltheater» lautet der Titel des soeben erschienenen Romans der serbischen Dramaturgin und Theaterautorin Tanja Šljivar. Sie war selbst Schauspielchefin am Belgrader Nationaltheater. Doch ihr Buch ist keine Autobiografie. Vielmehr ist es eine fikionalisierte, witzige und immer wieder ins Absurde kippende Abrechnung mit einem Betrieb, der so oder so ähnlich an vielen Orten stehen könnte. Sie habe einen Schock erlitten, als sie ans Nationaltheater gekommen sei, sagte Šljivar an einer Lesung Mitte April in Bern, weil sie keine Ahnung gehabt habe, was alles für Aufgaben hinter einer einzelnen Aufführung stünden.

Sie erzählt nun Geschichten dieser ins Haus eingemauerten Menschen, die keine Namen tragen, sondern nur mit ihrer Funktion bezeichnet werden: Da gibt es den Sicherheitschef, der auch für die Überwachung der Angestellten zuständig ist. Es gibt die Staatsschauspielerin, die viel mehr verdient als alle anderen, es gibt die Ankleiderin oder den



Kennt den Schauspielbetrieb aus eigener Erfahrung: Tanja Šljivar.

Marija Janković

ehemaligen Schauspielregisseur, dessen Schatten ständig durch die Räumlichkeiten huscht. Während die Schauspielchefin das Theater zu einem «Ort des Dialogs» machen will, tauchen alte Geschichten über das Haus auf, Mails von Besucher:innen werden abgedruckt – und die unterschiedlichsten Vorstellungen, was dieses Nationaltheater sein soll, werden erkennbar.

Dass es Dina nicht lange aushalten wird, ahnt man gleich zu Beginn. Auch Šljivar ist nicht lange geblieben. Doch was sie mit ihrem ersten Roman aus dieser kurzen Zeit herausgeholt hat, ist grossartig. ●



► Tanja Šljivar: «Nationaltheater». Roman. Aus dem Serbokroatischen von Maša Dabić. Suhrkamp Verlag. Berlin 2026. 236 Seiten.

Film

Mit Satire das Regime blossstellen: So unverfroren wie Ali Asgari in «Divine Comedy» hat sich noch kaum ein iranischer Filmemacher über das System mokiert.

Wenn Drohnen Drogen bringen



Zuckerwattesüßer Gruss an die Zensurbehörde: Italienisch angehauchter Roadtrip in «Divine Comedy». Trigon Film

Franziska Meister

«Der Hund muss raus», sagt die Stimme aus dem Off. Sie gehört dem Minister for Guidance and Culture – die Kultur spielt allerdings eine Nebenrolle. Zumindest, solange sie nicht streng islamisch und in Farsi daherkommt. Und Hunde gelten im Islam nun mal als unreine Tiere. Aber auch das ist letztlich nebensächlich. Im Zentrum steht das Ritual der Unterwerfung, ein unheimliches Déjà-vu für den Filmemacher Bahram auf der Leinwand wie für das Publikum im Kino: Dasselbe Büro, dieselbe starre Cadrange, wieder sind Früchte, Süßigkeiten und Tee einladend ins Bild gesetzt, ja sogar die Stimme aus dem Off ist noch dieselbe, jene von «Herr Chegini», der bereits in Ali Asgaris «Terrestrial Verses» (2023) Zensur bis zur Verstümmelung des Filmskripts übte.

Gewechselt hat in Asgaris neuem Film «Divine Comedy» nur die Person des Zensurierten. Aber selbst das spielt letztlich keine Rolle. Weil in «Divine Comedy» alle Protagonist:innen vor der Kamera in gewisser Weise Varianten ihrer selbst spielen. Ein Vexierspiel mit dem Mullahregime des Iran, das dieses im Gewand der Komödie womöglich noch präziser und tiefer trifft. Es entspinnt sich als eine Art Roadmovie auf rosa Vespa: Nachdem Chegini Bahram beschieden hat, sein Film werde nie zur Aufführung kommen, macht sich dieser zusammen mit seiner Produzentin Sadaf auf die Suche nach einem Ort in Teheran, wo er seinen Film trotzdem zeigen kann – doch das Regime lautet überall. Ein Spiessrutenlauf beginnt.

Werbespot für Glace

Mutig ist das – und frech sowieso –, wie Asgari hier in der Gestalt von Bahram aufgreift und weiterspinnt, was ihm mit «Terrestrial Verses» am eigenen Leib widerfuhr: Sein Film wurde mit einem Aufführungsverbot belegt, er selbst für zwei Monate unter Hausarrest gestellt. Dass er eine Dreherlaubnis erhalten hätte für eine Fortsetzung davon? Undenkbar. Offiziell eingereicht hat Asgari deshalb nur den Antrag für einen Glacewerbespot. Die inszenierte Italianità in «Divine Comedy» mit der rosa Vespa und dem bärtigen Bahram, der durch die Strassen Teherans surft wie einst Nanni Moretti in «Caro diario» durch Rom: ein zuckerwattesüßer Gruss an die Zensoren. Mit garantiert bitterem Nachgeschmack, hockt Bahram doch im Sozios, die Vespa lenkt Sadaf, eine Frau, noch dazu mit blau gefärbtem Haar. Bereits in «Terrestrial Verses» hat sie damit das Mullahregime zur Weissglut getrieben.

Im realen Leben ist Sadaf Asgari, Nichte des Regisseurs und Schauspielerin, dafür mit einem Berufsverbot belegt worden. Auch andere Pro-

tagonist:innen wie Bahram Ark und sein Zwillingbruder Bahman sind als Filmemacher intim vertraut mit den Schikanen und Unterdrückungsmustern des Regimes. Und man merkt rasch: Hier spielt ein Ensemble (es ist weitgehend dasselbe wie in «Terrestrial Verses»), das genau weiss, wo es in dieser «göttlichen Komödie» mit seinen Schelmereien ansetzen muss, um das System dort zu piesacken, wo es am meisten wehtut.

Auf ihrer Odyssee durch Teheran kreuzen Bahram und Sadaf allerlei kauzige Figuren. Dabei entfalten die Begegnungen zuverlässig anarcho-witzige Situationskomik – mit Dialogen, die zwischen vergnüglichem Geplänkel und scharfzüngigem Schlagabtausch changieren. Dass die Irrfahrt immer tiefer in eine Unterwelt führt, in der ein paar Gramm Kokain hilfreicher sind als ein moralischer Kompass, führt zum Kern dessen, was unter der Oberfläche des Erzählten vieldeutig mitschwingt.

Wenn etwa der Drogenkurier eine Drohne das Koks überbringen lässt, ist das vielleicht eine witzige Überraschung. Doch im Unerwarteten schlummert auch das Bedrohliche: die Drohne als Herrschaftsinstrument, das überwacht und straft. Was erwartet Bahram an jener Adresse, zu der ihn ein unbekannter Anrufer dirigiert, der die rosa Vespa offenbar aus der Luft verfolgt? Es ist – die wohl deutlichste Anspielung auf Dantes «Göttliche Komödie» – die Hölle, inszeniert als düstere Bar, in deren Hintergrund immer wieder ein Feuer züngelt. Der Teufel tritt in Gestalt eines Schergen des Kulturministers auf, der Bahram mit Alkohol

und einem regimegefälligen Filmprojekt lockt. Ein Zufall, dass der Film ausgerechnet hier ins Stocken gerät und Längen entwickelt?

Ironische Distanz auch zu sich selbst

Grossartig hingegen ist, wie die realen Figuren als Varianten ihrer selbst in vielfachen satirischen Volten auch sich selbst zum Teil der Farce machen. So ist Bahrams Zwillingbruder mit seichten, regimegefälligen Komödien reich geworden (im realen Leben machen die beiden zusammen anspruchsvolles Arthousekino), als einziges Relikt seiner künstlerischen Ambitionen hängt Jean-Luc Godard übergross und in Schwarz-Weiss über dem Designsofa. «Wenn du damals gewusst hättest, dass du solche Filme drehen wirst», fragt ihn Bahram, «hättest du dann noch Filmemacher werden wollen?» Als Antwort holt sein Bruder eine Waage, stellt zufrieden fest, dass er heute zehn Kilo mehr wiegt als Bahram.

Schliesslich steht Bahram doch noch vor der Leinwand und verkündet (nicht zuletzt als Vertreter von Regisseur Asgari), jetzt, wo er seinen Film endlich im Iran zeigen dürfe, fühle er sich wie im Himmel. Und dann ist ausgerechnet er es, der in einer letzten ironischen Volte zur Zensur schreit, weil das Tier der Gastgeberin die Vorführung stört: «Der Hund muss raus.» ●

«Divine Comedy». Regie: Ali Asgari. Iran 2025. Jetzt im Kino. Spezialvorstellung in Anwesenheit von Regisseur Ali Asgari in Zürich: Arthouse Piccadilly, Samstag, 25. April, 18 Uhr.

Reklame

DO 30.04. ORCUTT SHELLEY MILLER ^{US} Domi Chansorn ^{CH}

MI 13.05. GREAT LAKE SWIMMERS ^{CAN} Portland ^{BEL}

DI 19.05. PACIFICA ^{ARG}

FR 22.05. WAY DYNAMIC ^{AUS} Claire my Flair ^{CH}

MO 08.06. GOOD FLYING BIRDS ^{US}

DI 30.06. JON SPENCER ^{US}

FR 03.07. UPCHUCK ^{US}

DI 04.08. THIS WILL DESTROY YOU ^{US} Mascara ^{FR}

MI 09.09. ANDA MORTS ^{AT}

Ab 19:15 h Türöffnung | Ab 20:30 h Konzerte | bogenf.ch

Kunst

Nach ihrer Flucht vor dem NS-Terror hat sich Gerta Silberberg ein Leben lang um die Restitution von Bildern aus der Sammlung ihrer Schwiegereltern bemüht. Eine Spurensuche zu den Unrechtsgeschichten hinter den kalten Rechnungen der Stiftung Bührlé.

«Die Toten stellen uns Aufgaben, oder?»

Giulia Bernardi Text
Ursula Häne Foto

Neuruppin ist eine Stadt, der man ihre Geschichte ansieht. Sie hat sich in den öffentlichen Raum dieser Kleinstadt in Brandenburg eingeschrieben, blitzt zwischen den aufgeräumten Strassen und den gepflegten Fassaden auf, an der Karl-Marx-Strasse zum Beispiel, einst ein Ort mit vielen jüdischen Geschäften, heute mit Stolpersteinen ausgelegt. Ich gehe, lese: Hier wohnte Emilie Drucker. Hier wohnte Emma Anker. Hier wohnte Edith Frank. Ihre Biografien sind bruchstückhaft festgehalten, Geburtsjahr, Deportationsjahr, dazwischen liegt das unausformulierte Leben, das vor dem Nazismus und der Shoah war.

In der Karl-Marx-Strasse und später an der Fischbänkenstrasse wuchs auch der jüdische Unternehmer und Kunstsammler Max Silberberg auf. Ich kenne seinen Namen aus der Schweiz, aus der Sammlung Bührlé in Zürich, wo sich heute ein Gemälde befindet, das einst ihm gehörte. Sein Name spielt für Zürich keine Rolle, hier in Neuruppin aber lese ich ihn nun auf einer Hinweistafel, die Ende Februar eingeweiht wurde. Etwa dreissig Personen hatten sich zur Einweihung versammelt; es gab Musik, eine Ausstellung als Hommage an Max Silberberg. Sogar eine Nachfahrin der Familie hatte sich gemeldet, als sie vom Anlass erfuhr, und bot dem Museum Neuruppin Fotografien sowie persönliche Objekte als Schenkung an. Die beiden Initianten, der lokale Galerist Johannes Bunk und der Mäzen Günter Hommel, trugen Abschnitte aus dem Leben von Max Silberberg vor; seine Ausbildung als Kaufmann, seine Stelle als Prokurist bei der Firma M. Weissenberg, seine Rolle als Mitinhaber, seine Sammlung in Breslau, die er gemeinsam mit seiner Frau Johanna Silberberg aufgebaut hatte.

Im Gespräch mit den Initianten spürt man ihren Wunsch, einen Unterschied machen zu wollen, eine Form von Verbundenheit, wenn Johannes Bunk zum Beispiel erzählt, dass ihn Max Silberberg begeistert habe, sein Engagement für Kunst, obwohl er doch aus einer ganz durchschnittlichen Familie gekommen sei. Gleichzeitig scheint Bunk auch etwas richtigstellen zu wollen: Er habe allen und gerade denen, die es nicht hören wollten, erzählt, dass Max Silberberg sehr viel länger in Neuruppin geblieben sei als Theodor Fontane oder Karl Friedrich Schinkel, die hier mit Plätzen und Denkmälern gewürdigt werden.

Auch Günter Hommel war beeindruckt vom beruflichen Erfolg von Max Silberberg, weswegen er verstehen wollte, wie ihm diese ungewöhnlich schnelle Karriere gelang. Also begann Hommel vor über zwei Jahren zu recherchieren: in Archiven, in den Bauakten von Neuruppin, in genealogischen Datenbanken. Lücken zwischen den Jahreszahlen, zerstörte Dokumente und fehlendes Wissen ziehen sich wie ein roter Faden durch unsere Gespräche und mit ihnen auch das Bedürfnis, sich ebendiesen Lücken zu nähern, zu verstehen, wie es zu diesem oder jenem Schritt gekommen war. Als Nächstes plant Hommel die Verlegung von vier Stolpersteinen in Breslau: für Max und Johanna Silberberg, für ihren Sohn Alfred und ihre Schwiegertochter Gerta.

Historisches Gewissen

Es gibt Städte, denen man ihre Geschichte ansieht. Und es gibt solche, wo Geschichte verschwindet, oder vielleicht eher: zum Verschwinden gebracht wird. «Wie kann ich euch vom Aufatmen abhalten? Denn den Toten ist damit nicht geholfen», fragte die Schriftstellerin Ruth Klüger Anfang der 1990er Jahre. Die Rede von «Wiedergutmachung», von historischen Wendepunkten oder einer vermeintlichen «Stunde null», bei der eine neue Zeitrechnung beginnt, wies Klüger dezidiert

zurück, hatte stets die Kontinuitäten im Blick, schrieb so kompromisslos über die Vergangenheit wie über deren Bewältigung in der Gegenwart.

Auch in Zürich blitzt diese vermeintlich bewältigte Vergangenheit immer wieder auf, zum Beispiel in der Sammlung Bührlé im Kunsthaus, das in den vergangenen Jahren, zunächst ganz unfreiwillig, zum Schauplatz einer erinnerungspolitischen Auseinandersetzung wurde, mittlerweile aber versucht, die Rolle gewinnbringend für sich zu nutzen. So hiess es etwa 2023 in einer Medienmitteilung, die die Eröffnung der letzten Sammlungspräsentation ankündigte: «Die Gemälde selbst haben keinen Anteil an dem unfassbaren Unrecht, das in der Zeit des Nationalsozialismus ausgeübt worden ist. Sie legen aber Zeugnis davon ab und sind Anlass, der Opfer des NS-Terrors zu gedenken.» Und wieder muss ich an Ruth Klüger denken: «Das Volk der Touristen, das heute nach München strömt, geht erst zum Marienplatz, um das hübsche Glockenspiel zu geniessen ... und fährt dann nach Dachau zu den Baracken.»

Klüger blickt in dieser Passage kritisch auf die deutsche Erinnerungskultur. Sie beschreibt, wie «das historische Gewissen jeden sensiblen Zeitgenossen» dazu verpflichte, Orte wie Dachau oder Buchenwald zu besuchen, dort die eigene Erinnerungsarbeit öffentlich kundzutun, «an einer solchen Stätte zu photographieren oder, besser noch, sich photographieren zu lassen». Wo aber zieht das historische Gewissen die Mehrheitsgesellschaft in einem Land hin, in dem es keine «Museumskultur der KZs» gibt, bis heute kein Mahnmal für die Shoah? Könnte es für die Schweiz vielleicht auch heissen: Das Volk der Touristen, das heute nach Zürich strömt, geht erst zum Fraumünster, um die Fenster von Chagall zu geniessen ... und fährt dann in die Sammlung Bührlé?

Die Enteignung selbst vornehmen

In der Sammlung Bührlé befindet sich auch das Gemälde «La Sultane» von Édouard Manet, das vor dem Nazismus im Eigentum der Familie Silberberg war. Ab 1933 wurde sie verfolgt und enteignet, Breslau galt für das NS-Regime sogar als «Musterbeispiel» ihrer Verfolgungspolitik. 1935 mussten Max und Johanna Silberberg ihre Villa unter Zwang und unter Wert dem Sicherheitsdienst der NSDAP überlassen, der darin eine «ideale Lösung für die Dienststelle» sah. 1935 und 1936 wurde ein grosser Teil ihrer Sammlung und ihrer Wohnungseinrichtung an mehreren «Judenauktionen» bei Paul Graupe in Berlin versteigert – vieles konnten sie durch den erzwungenen Umzug und die finanzielle Notlage, die sich immer weiter zuspitzte, nicht behalten. 1937 mussten sie das geschätzte Gemälde von Manet verkaufen; 1938 wurde ihr Sohn Alfred ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt, die Firma M. Weissenberg «arisiert», die verbliebenen Werke aus der Sammlung wurden beschlagnahmt oder mussten zwangsverkauft werden.

Diese Schicksale zeigen, dass die Verfolgten ihre Enteignung oft selbst in die Hand nehmen mussten. Gerta Silberberg schrieb nach dem Krieg: «Meine Schwiegereltern fühlten sich nicht imstande, die «Ablieferung» ihrer Silbersachen selbst vorzunehmen. Daher habe ich deren Silbersachen, ich glaube im März 1939, im Städtischen Pfandleihamt in Breslau abgegeben.» Im August 1939 gelang Alfred und Gerta Silberberg die Flucht nach England, Max und Johanna Silberberg blieben in Breslau. Die Gründe dafür sind nicht überliefert, in der Literatur finden sich dazu Formulierungen wie «denkbar ist»: Denkbar ist, dass sie aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters die Flucht nicht mehr schafften; denkbar ist, dass es ihnen finanziell noch möglich gewesen war, die Ausreise von Alfred und Gerta Silberberg zu finanzieren, aber nicht mehr ihre eigene.

1941 wurden sie über das Zwischenlager Kloster Grüssau nach Theresienstadt und Auschwitz deportiert. Alfred Silberberg liess seine Eltern am 8. Mai 1945 für tot erklären. Selbst Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhielt er keine definitiven Angaben zu ihrem Schicksal.

Das Recht, zu schweigen

Nach dem Krieg bemühten sich Alfred und Gerta Silberberg um rechtliche und finanzielle Anerkennung. Das geht aus den «Entschädigungsakten» hervor, die sich heute im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen befinden. Diese Akten bezeugen die Bringschuld der Betroffenen, die einseitig verteilte Beweislast, selbst Jahrzehnte nach dem Krieg. In einem Brief von 1962 forderte die zuständige Aussenstelle Arnberg/Westfalen die Anwälte von Gerta Silberberg dazu auf, den «Verfolgungshergang» doch bitte noch mal zu belegen. Verlangt wurde ein Abstammungsnachweis, ein Deportationsnachweis ihrer eigenen Eltern, Julius und

Auch in Zürich blitzt die vermeintlich bewältigte Vergangenheit immer wieder auf, zum Beispiel in der Sammlung Bührlé.

Margot Bartnitzki, und Auskunft darüber, ob und ab welchem Zeitpunkt diese den Judenstern tragen mussten. Die Antwort der Anwälte folgte prompt, kritisierte die «abgerundeten Phrasen», die Ignoranz bezüglich der Beweisnot. «Die Antragstellerin weiss nicht aus eigener Kenntnis, ob ihre Eltern den Judenstern getragen haben. Hätten sie es nicht getan, so hätten sie gegen das Gesetz verstossen. Haben Sie ein Recht, das anzunehmen?»

Ich lese diese Akten, sehe Seite für Seite, wie Alfred und Gerta Silberberg durchleuchtet wurden, aufgefordert wurden, dieses oder jenes doch noch mal zu belegen, Lebensläufe zu schreiben über sich selbst oder ihre Familienmitglieder, Dokumente und Jahreszahlen zu liefern an eine gesichtslose Bürokratie; kein Beamter musste je seinen Namen preisgeben. 1963 schrieb Gerta Silberberg in einem Brief an einen ihrer Anwälte: «Die Behörden sollen nicht vergessen, dass ich in der fraglichen Zeit ein junges Mädchen war, die nie daran dachte, dass genaue Daten viele, viele Jahre später so wichtig sein würden.» Bei ihrer Flucht nach England war sie 25 Jahre alt.

Und während ich lese, überkommt mich jeder Seite auch ein Gefühl der Grenzüberschreitung, und ich verstehe erst jetzt, warum die Nachfahr:innen von Gerta Silberberg, die ich vor einigen Monaten kontaktiert und nach Auskunft gefragt hatte, sich dazu entschieden, nicht über ihre Familiengeschichte zu sprechen; und ich verstehe erst jetzt, dass man nicht nur das Recht hat, die eigene Geschichte zu erzählen, sondern auch das Recht, darüber zu schweigen.

Eine wichtige Akteurin

In Leicester wohnten Alfred und Gerta Silberberg in einem Haus etwas ausserhalb des Stadtzentrums, in der Nähe eines grossen Parks. Gerta Silberberg, die in Breslau eine Lehre als Buchhändlerin absolviert hatte, konnte in England bis 1950 nur als Dienstmädchen zu einem Wochenlohn von unter zwei Pfund arbeiten. Das geht aus einem Lebenslauf hervor, den sie bei der Aussenstelle Arnberg/Westfalen – wohl mehrmals – eingereicht hat. «Ich wiederhole die Angaben, die ich in dem

bereits überreichten Lebenslauf gemacht habe», schrieb sie der zuständigen Stelle.

Es ist schwer zu rekonstruieren, wie sich die Nachkriegszeit für das Ehepaar gestaltete. Spürbar wird aber, dass sich die beiden Handlungsspielräume erkämpften. Ab den sechziger Jahren, auch das geht aus den «Entschädigungsakten» hervor, bemühte sich Alfred Silberberg, Werke aus der Sammlung seiner Eltern ausfindig zu machen. In den Akten wird unter anderem das Bild «Die grosse Brücke» von Gustave Courbet erwähnt, das 1935 an einer der «Judenauktionen» in Berlin versteigert werden musste und danach in die Kunsthalle Hamburg gelangte. «Dieses Bild war Eigentum meines in Auschwitz verstorbenen Vaters», schrieb Alfred Silberberg 1968 in einem Brief an die zuständige Stelle in Deutschland. «Es war ein Zwangsverkauf, um aus seinem Privatbesitz Kapital für seine Firma zu schaffen, die als jüdische Firma infolge der damaligen Verfolgungsmassnahmen in Schwierigkeiten geraten war.» Ausserdem seien die NS-Behörden nicht willens gewesen, solche Kulturgüter in jüdischem Besitz zu lassen. «Ich beabsichtige unter diesen Umständen, einen Rückerstattungsantrag für dieses Bild zu stellen.» Eine Einigung fand in den siebziger Jahren statt.

Nach Alfreds Tod führte Gerta Silberberg diese Bemühungen weiter. 1999 wurden ihr, als sie bereits 85 Jahre alt war, drei Werke von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin restituiert, darunter die Zeichnung «L'Olivette» von Vincent van Gogh und das Gemälde «Selbstbildnis mit gelbem Hut» von Hans von Marées, das einst im Speisezimmer von Max und Johanna Silberberg gehangen hatte, wo man sich zum allsonntäglichen Mittagessen traf. Auch diese Werke mussten, wie das Bild von Courbet, 1935 an einer der Auktionen bei Paul Graupe in Berlin versteigert werden. Die Restititionen wurden als Präzedenzfälle erachtet, Gerta Silberberg war vermutlich die erste britische Nachfahrin, die eine Rückgabe erwirken konnte.

Britische Zeitungen griffen den Fall damals auf. Ein Aspekt, der wiederholt erwähnt wird, sind die schmerzhaften Erinnerungen, die die Angelegenheit für Gerta Silberberg wachrufe. Sie habe nicht vor, die Zeichnung von van Gogh zu behalten, sondern wolle mit dem Verkaufserlös 140 weitere Werke ausfindig machen, die sich einst in der Sammlung ihrer Schwiegereltern befunden hätten. So steht es in einem Artikel im «Daily Telegraph», in dem Gerta Silberberg auf einem Bild zu sehen ist. Sie steht vor ihrer Wohnungstür in Leicester, hat sich bei zwei Frauen eingehakt, blickt direkt in die Kamera. Ich kann ihren Gesichtsausdruck nicht genau deuten, doch ihre Aussage – das einzige direkte Zitat, das im Artikel vorkommt –, dass sie sich wünsche, ihre verbliebenen Jahre weiterhin bescheiden und ruhig zu verbringen, lässt bei mir Zweifel an meiner Recherche aufkommen: Hätte Gerta Silberberg je in dieser Öffentlichkeit stehen wollen?

Gleichzeitig scheint sie mir eine wichtige Akteurin zu sein, die mit ihren Forderungen Institutionen zwang, ihren Teil der Aufarbeitung zu leisten. Doch als solche scheint sie nie anerkannt worden zu sein, ihr Name wird auf keiner Tafel erinnert, und findet sie mal Erwähnung, dann als Betroffene, als Ehefrau, als Schwiegertochter. Müssten ihre Bemühungen um Aufarbeitung nicht erwähnt werden, zum Beispiel in jenen namhaften Museen auf der ganzen Welt, in der sich heute Werke aus der Sammlung Silberberg befinden? Ihr Sinn und Streben nach Gerechtigkeit, das zwischen den Zeilen dieses Artikels so deutlich spürbar wird?

Beim Sichten weiterer Artikel kommt in der «Times» auch eine Nachbarin von Gerta Silberberg zu Wort. Sie freue sich sehr für Frau Silber-



1937 unter dem Druck der NS-Verfolgung verkauft: «La Sultane» von Édouard Manet (oben Mitte), ehemals im Besitz der Familie Silberberg, wird als Teil der Sammlung Emil Bührle im Kunsthaus Zürich ausgestellt. Die Stiftung Bührle strebt einen «dauerhaften Erhalt» des Werks in Zürich an.

berg, fügt dann aber an, dass es dafür irgendwie auch zu spät sei. «In a way it all seems far too late.»

Das Ganze umdrehen

Im August 1999 forderte Gerta Silberberg die Restitution der «Nähsschule im Waisenhaus Amsterdam» von Max Liebermann. Das Bild befand sich im Eigentum der Stiftung Bündner Kunstsammlung in Chur und wurde im Mai 2000, innert weniger Monate, restituiert. Wie zuvor bei der Stiftung Preussischer Kulturbesitz wurde auch in diesem Fall die Verfolgungsgeschichte von Max Silberberg anerkannt: Die finanzielle Notlage, die den Verkauf des Bildes 1933 oder 1934 zur Folge hatte, wurde auf die NS-Verfolgung zurückgeführt. Beat Stutzer, damaliger Direktor im Bündner Kunstmuseum, hatte die Restitution begleitet und schrieb 2014 in einem Artikel, dass man sich dazu «moralisch verpflichtet» gefühlt habe. Rückblickend sagt Stutzer, dass die Washingtoner Prinzipien, die 1998 verabschiedet wurden und den Umgang mit NS-verfolgungsbedingten Verlusten definierten, in Schweizer Museen rege diskutiert wurden. «Von Aufbruchstimmung kann aber keine Rede sein.» Seine Kolleginnen und Kollegen habe er zum Teil als zurückhaltend oder gar abwehrend wahrgenommen. «Man wollte es erst mal auf die lange Bank schieben und abwarten, wie es sich entwickelt.» Doch wenn bei einem Werk ein Verdacht bestehe und sich dieser bestätige, dann gebe es keinen Grund, das hinauszuzögern. «Man kann das Ganze ja auch umdrehen und fragen: Was spricht denn gegen eine Restitution?»

Ebenfalls im August 1999 wurde Gerta Silberberg auf das Bild «L'Allée des marronniers au Jas de Bouffan» von Paul Cézanne aufmerksam. Wie die Zeichnung von van Gogh, die Bilder von Courbet und Marées wurde auch dieses 1935 bei der Auktion von Paul Graupe in Berlin versteigert. Erworben wurde es durch den Künstler Carl Roesch aus dem thurgauischen Diessenhofen. Ob direkt bei der Auktion oder danach, ist nicht bekannt. Das Bild galt zunächst als verschollen, tauchte dann aber 2004 im Nachlass von Carl Roesch auf.

Die Familie Roesch entschied sich, das Bild nach dem Tod von Urs Roesch, dem Neffen von Carl Roesch, der den Nachlass geerbt hatte, zu

verkaufen. 2018 wurde eine «gütliche Einigung» zwischen der Roesch-Stiftung und dem Gerta Silberberg Discretionary Trust erzielt. Gerta Silberberg selbst war 2013 verstorben und erlebte die Einigung nicht mehr. Das Bild wurde im Auktionshaus Grisebach versteigert, der Verkaufserlös zwischen den Parteien aufgeteilt.

Aus dem Archiv der Familie Roesch geht hervor, welche Abwägungen bei der Einigung vorgenommen wurden. In einem Brief an die Anwaltskanzlei, die den Silberberg Trust vertrat, schrieb Thomas Roesch, der Sohn von Urs Roesch, wenige Tage vor der Einigung: «Die Familie Roesch ist selber direkt vom Holocaust betroffen gewesen.» Wann genau Carl Roesch das Bild erstanden habe, könne nicht mehr eruiert werden. «Sicher ist aber, dass er das nicht direkt an den «Judenauctionen» tat. Und sicher ist auch, dass ihm beim Kauf nicht bewusst war, dass das Aquarell aus einer Zwangsversteigerung stammt.» In Anbetracht dieser Umstände sei er der Überzeugung, dass mit 40 Prozent des Verkaufserlöses der Beitrag zur Wiedergutmachung der Familie Roesch geleistet sei. Darauf antwortete die Anwaltskanzlei, dass gerade wegen des vergleichbaren Schicksals eine gleiche Aufteilung des Verkaufserlöses eine gerechte und faire Lösung im Sinne der Washingtoner Prinzipien sei. Schliesslich einigten sich die Parteien auf eine Aufteilung von 45 zu 55 Prozent zugunsten der Roesch-Stiftung.

Ungleiche Beweislast

2001 forderte Gerta Silberberg die Restitution des Bildes «Thunersee mit Stockhornkette» von Ferdinand Hodler. Dieses befand sich im Eigentum der Simon-und-Charlotte-Frick-Stiftung als Dauerleihgabe im Kunstmuseum St. Gallen. «Mein Vater war der Meinung, dass wir auf diese Anfrage nicht eintreten sollten», sagte Eugen Frick 2014 im «St. Galler Tagblatt». «Ich muss dem Willen meines Vaters weiter entsprechen. Von unserer Seite gibt es keinen Kontakt zu den Erben.» Diesen – und damit meint er vermutlich den Silberberg Trust – warf er zudem vor, dass es ihnen gar nicht um die Kunst gehe: «Sie wollen nur das Geld.» 2023, rund zehn Jahre später, kam es zu einer «Einigung». Das Bild blieb im Eigentum der Frick-Stiftung und im Kunstmuseum St. Gallen.

Trotz dieser «Einigung» wird in der dazugehörigen Medienmitteilung angezweifelt, dass es sich bei der «Stockhornkette» um einen NS-verfolgungsbedingten Verlust handelt: Es habe nicht restlos geklärt werden können, ob der Verkauf des Bildes im Zusammenhang mit der NS-Verfolgung oder der Wirtschaftskrise stand oder ob er beiden Umständen geschuldet gewesen sei. «Ob Hodlers Landschaft daher [...] als Raubkunst zu gelten hat, blieb kontrovers.» Während der Verkauf an einer der «Judenauctionen» zuvor von mehreren Institutionen – ob in Berlin oder in Chur – als NS-verfolgungsbedingter Verlust bewertet wurde, war das der Frick-Stiftung nicht Beweis genug – wobei sich die Frage stellt, wie die Stiftung ihre Behauptung begründete, der Verkauf habe mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu tun gehabt.

Eine ähnliche Haltung wird auch bei der Stiftung Bührle spürbar. 2002 forderte Gerta Silberberg die Restitution des Bildes «La Sultane». 2025 – über zwanzig Jahre später – gab die Stiftung eine «Vergleichslösung» bekannt: Das Bild bleibt in ihrem Eigentum, über die Details wurde Stillschweigen vereinbart. Nachdem die Stiftung zunächst infrage gestellt hatte, dass das Bild Max Silberberg überhaupt gehört hatte, relativierte sie schliesslich die Verfolgungsgeschichte der Familie Silberberg: Der Grund für die finanzielle Notlage sei nicht die NS-Verfolgung ab 1933, sondern die Weltwirtschaftskrise von 1929 gewesen.

Einen Beleg liefert die Stiftung weder in ihrer Provenienzforschung noch in ihrer Medienmitteilung. Die Verkaufsumstände seien schlichtweg unterschiedlich beurteilt worden, lautet die verknappte Erklärung, eine von vielen «abgerundeten Phrasen», wie sie mir auch in den «Entschädigungsakten» begegnet sind. Inwiefern unterscheidet sich das Infragestellen der Verfolgten in den Jahrzehnten nach dem Krieg vom Infragestellen ihrer Nachfahr:innen heute? Inwiefern wird daraus nicht eine Kontinuität der Bringschuld, der ungleich verteilten Beweislast, der ungleich verteilten Ressourcen – rechtlich, zeitlich, finanziell – spürbar, ein Machtgefälle, das keine «Stunde null» kennt?

Während das Kunstmuseum St. Gallen auf die «bedeutende Sammeltätigkeit» und das «mäze-

nische [...] Engagement» der Frick-Stiftung verweist und seine Verantwortung darin sieht, «die sichtbare Präsenz von Gemälden selbst mit umstrittener Herkunft zu gewährleisten», schreibt das Kunsthaus Zürich in einer Medienmitteilung: «Sie [die Stiftung Bührle] strebt Verhandlungslösungen an, welche einen dauerhaften Erhalt der betreffenden Werke im Kunsthaus Zürich ermöglichen.» Als Beispiel dafür wird das Bild «La Sultane» angeführt. Dieser dauerhafte Erhalt sei mit «substanziellen» finanziellen Beiträgen der Stiftung verbunden.

Groteske Umkehrungen

Es ist zugleich ein substanzieller Beitrag an den Status quo: an die Behauptung, dass «die» Öffentlichkeit Anspruch auf eine solche Sammlung hat – die neuerdings in einer Salonhängung zu sehen ist – und deren Erhalt angeblich eine Form von Gedenken ermöglicht. Statt bei einem Bild wie «La Sultane» einen Eigentumswechsel vorzunehmen, der das erlittene Unrecht anerkennt – und nicht mal zwingend bedeuten würde, dass das Bild nicht mehr öffentlich gezeigt werden kann –, investiert die Stiftung Bührle substanzielle finanzielle Beiträge gegen diese Anerkennung und für den Erhalt der eigenen Sammlung. In diese Logik reiht sich auch die Zürcher Kunstgesellschaft ein, deren Präsident die Suche nach gerechten und fairen Lösungen als eine potenzielle «Enteignung» bezeichnete. «Dann könnten ja gleich die Täter den Opfern verzeihen, dass die Opfer sie in eine schwierige Gewissenslage gebracht haben», würde Ruth Klüger vielleicht entgegnen.

Ruth Klüger erinnert uns nicht nur an die grotesken Umkehrungen der Gegenwart. Sie erinnert uns auch daran, dass es möglich ist, sie infrage zu stellen, einen radikalen Perspektivenwechsel vorzunehmen, von Menschen wie Gerta Silberberg zu lernen. Denn: «Die Toten stellen uns Aufgaben, oder?» ●

PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchefonds des Fördervereins ProWOZ. Unterstützen auch Sie unsere Arbeit – mit einer Spende oder langfristig mit einem Gönner:innenabo. Alle Informationen unter www.prowoz.ch.

Kleininserate

Allgemeines

Thematische **Rundgänge durch Zürich** mit **STATTREISEN!** Immer samstags von Mai bis Oktober. Saisonstart am 2.5. mit der Führung «Rotes Zürich» (Treffpunkt: 10 Uhr vor Coop Bahnhofbrücke).
Jahresprogramm auf stattreisen.ch

Ankauf von Kunst, Gemälde, Skulpturen, Grafik, auch Appenzeller usw. **Auch ganze Sammlungen.**
mark.henle@sunrise.ch, 079 729 07 26.

Arbeitsraum

Shiatsu-therapeutin sucht Praxisraum wegen Auflösung der bestehenden Praxis. Ab Juni, spätestens am 1.11.26 in der Stadt Zürich, für 1 bis 2 Tage/Woche. Ich wünsche mir eine interdisziplinäre Gemeinschaftspraxis.
079 811 50 23, www.shiatsu-break.ch

Begegnung

Frau (70) sucht Mann (±70) mit kulturellen Interessen im Umkreis von Basel für tiefsinnige Gespräche, gemütliches Zusammensein und Gestalten von Gemeinsamem. Ich lasse mich gerne überraschen. Bitte mit Foto.
Chiffre 13598

Bildung

Willst du raus? Werde biodynamische:r Landwirt:in!
Biodynamische Ausbildung Schweiz – die alternative Landwirtschaftsschule in Rheinau ZH.
Zweitausbildung für jedes Alter, inklusive EFZ-Lehre in Biolandbau und Betriebsführungskurs.
Online-Infoabend:
Dienstag, 5. Mai, 18.00–19.30 Uhr
Anmeldung: info@bdas.ch
www.demeterausbildung.ch

Dienstleistungen

allrounders.ch – Packen wir's an! Aufräumcoaching, Alltagshilfe & Haus-Support in Zürich. Für Jung & Alt. Zuverlässig und sympathisch. Ruf unverbindlich an unter: 079 651 32 76

Durst



Ferien

Ferien in grosser alter **Villa am Lago Maggiore**, mit traumhafter Aussicht, Nähe See. Ideal für Familien.
villa-piccolo-mondo.ch

Berlin Mitte: Tolle 2,5-Zi.-Whg., Balkon, Blick auf Fernsehturm, im Mai und Juni zu mieten (Wochenpreis: CHF 700).
su.wagner@icloud.com

Sardinien zwischen Meer und Bergen Drei Ferienhäuser rund um den Golf von Orosei zu vermieten – baden an wunderschönen Stränden, wandern und Velo fahren in der wilden Barbagia, Dorffeste entdecken und Essen und Wein geniessen.
Freie Termine: suedsicht.ch/sardinien

Ferienhaus

Griechenland, Kefalonia: Haus mit Meersicht. Direktflug von Zürich.
www.theakefalonia.com

Ferienwohnung

Kalabrien / Capo Vaticano: Sommer im Herbst verlängern!
19.9.–17.10.26, **Wohnungen für 4 Pers., ab 75 €/Nacht, inkl. Liegestuhl & Sonnenschirm, direkt am Meer.** Ideal für 1–2 Wochen. Mit ÖV aus der Schweiz erreichbar.
Info: www.kalabrien-ferien.ch, ferien@kalabrien-ferien.ch, Tel. 071 744 77 60.

Generisches Berlin?
No thanks.
Unique Riga.



THE ESTATE
retreat@theestate.ch
airbnb.com/h/riga-parkview-i
airbnb.com/h/riga-parkview-ii

Recht auf Rechte. Frei Platz Zürich
Rechtsarbeit Asyl & Migration
www.freiplatzaktion.ch
IBAN: CH77 0900 0000 8003 8582 1

Film

Pop-up-Kino 29.4.26: HÖNGG **HERBSTFEUER – Brandfall Grandhotel Waldhaus**
www.herbstfeuer.ch

Gesundheit

Craniosacral-Therapie & Coaching
Bei Stress, nach Unfällen, zur Entspannung. Zürich, Nähe Bhf. Stadelhofen.
www.marlenrusch.ch

Gewerbe

Dängeli und Partner – Malerarbeiten mit Naturfarben. Seit 45 Jahren. Renovationen, Wohnungswechsel, Werterhaltung. Konsequenz, preiswert, kreativ. Grosses Fachwissen.
Kontakt: naturfarben@gmx.ch, 079 413 77 06.

Kultur

Florawoche, 13. bis 20. Juni 2026. Ferien- und Bildungszentrum **Salecina**, 7516 Maloja, www.salecina.ch, Tel. 081 824 32 39

LoveLove

Nachdenkliches Huhn, 66, in Luzern zu Hause, sucht philosophischen Bären mit Humor in ähnlichem Alter für eine verbindliche Beziehung mit allem, was dazugehört. Ich bin beweglich an Körper (ziemlich) und Geist (sehr), gern unterwegs in geistigen, natürlichen und kulturellen Welten und immer offen für Neues und Weiteres, das uns ein- und gefällt. Wie viel Gemeinsames wir teilen, wie viel Individuelles wir einzeln beibehalten wollen, finden wir zusammen heraus. pippi-la-sofia@posteo.de

CHANCENLOSHOFFNUNGSVOLL: mährischerkauz (82/187/56) gehbeh. gestrandet am walensee. autohaus & bootdafürm. neuropathieprolaps & basaliomschach & pianospielervermisst frauamtisch & imbett. micha drobny schulhaus4/8885/0817103397

Veranstaltungen

Salon Betty im Bistro Rosa, Basel Kabarett und Talk am Sonntag, 26. April 2026, um 17 Uhr. Betty Dieterle im Gespräch mit **Annette Keller**, Theologin und ehemalige Direktorin der JVA Hindelbank.
Salon Betty im Theater STOK, Zürich Kabarett und Talk am Montag, 27. April 2026, um 20 Uhr. **Ladies Night mit Satirikerin Rebekka Lindauer und Pianistin Lena Schmidt.**
Vorverkauf: www.bettinadieterle.ch

WOZu warten?
SPENDEN SIE SCHON HEUTE!

www.insieme-zuerich.ch
POSTKONTO: 80-42085-1

Wein

WEIN in der BOX
www.chateaux-carton.ch

Wohnen

Wohnen in 14er-Wg (Ebikon LU) Ab Herbst suchen wir Menschen, die Lust haben, sich in das gemeinschaftliche Wohnen einzubringen und das Leben und den Ort aktiv mitzugestalten. Freuen uns auf dich:
Riediwg@protonmail.com

Vermiete wochenweise gemütliche Doppelzimmer mit fantastischem Ausblick oder gesamte Wohnung im wunderschönen **Val Lumnezia, GR**. Sie teilen sich eine moderne Küche und ein einfaches Badezimmer, Wohnzimmer mit Arbeitsplatz, Gartenterrasse. Dorf-laden, Bio-Käserei, ÖV, Wanderwege in die Surselva, Greina-Hochebene und Badensee in unmittelbarer Nähe. Freie Wochen im Mai, Juni & Juli 2026.
Tel 077 494 08 45

1,5-Zi.-Dachwohnung, 48 m², in altem Haus mit 6 Wohnungen in Hinteregg ZH, per 1. Juli 26

Wir sind eine selbstverwaltete Genossenschaft mit 6 Erw. & 3 Kindern und suchen neue HausbewohnerInnen. Mitarbeit am gemeinsamen Unterhalt von Haus und Garten. Guter ÖV-Anschluss, Miete CHF 780, Genossenschaftsanteil CHF 13 000 pro Erw.
Tel. 076 310 81 07 und 044 420 16 66

4,5-Zi.-Wohnung, 98 m², in altem Haus mit 6 Wohnungen in Hinteregg ZH, vorauss. per 1. Sept 26

Wir sind eine selbstverwaltete Genossenschaft mit 6 Erw. & 3 Kindern und suchen neue HausbewohnerInnen. Mitarbeit am gemeinsamen Unterhalt von Haus und Garten. Guter ÖV-Anschluss, Miete CHF 1 330, Genossenschaftsanteil CHF 13 000 pro Erw.
Tel. 076 310 81 07 und 044 420 16 66

Zu Verkaufen

Aktien Turbinenbräu AG zu verkaufen. Angebot per Mail an:
franz.boeni@bluemail.ch

Zwei Anteilsscheine der freien Gemeinschaftsbank Basel à CHF 1 000 werden unter Wert abgegeben. Gerne Kaufangebot an 079 575 33 43.

Stellenanzeigen

Kluger Kopf und helfende Hände dringend gesucht für Ihren Betrieb/ Ihre Organisation? Inserieren Sie jetzt auf der gemeinsamen Stellenplattform von WOZ und KAMPA-JOBS. Sie sind sofort mit Ihrem Angebot online und auf Wunsch auch am nächstmöglichen Termin an dieser Stelle.

www.woz.ch/jobs

Branchenverzeichnis

Im kleinen Kompendium für ein gutes Leben finden Sie engagierte Anbieter:innen aus diversen Branchen.

Auch online unter:
www.woz.ch/branchen

Attraktives

Vinylalbum

aus den

späten

Fünzigern

sucht **kurvige**

Bobbahn.

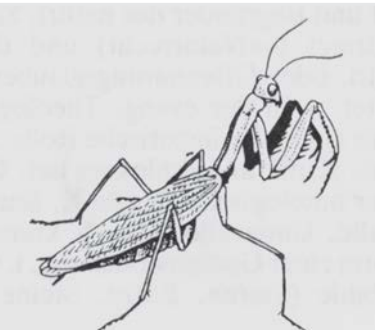
Kurz gesucht, schnell gefunden: Im WOZ Markt finden Sie Kleininserate, das Branchenverzeichnis und das Jobportal für engagierte Betriebe unter einem virtuellen Dach.

www.woz.ch/markt



Erfassen Sie Ihr Kleininserat auf woz.ch/markt/klins/aufgeben

Mensch oder Hund, was soll's?



Gottesanbeterin in Fangstellung

KOCHEN FÜR DEN FRIEDEN



Helfen Sie Cuisine sans frontières dabei, Konflikte zu lösen und Gemeinschaft zu fördern:

Spendenkonto und IBAN:
85-135043-2
CH05 0900 0000 8513 5043 2
cuisinesansfrontieres.ch

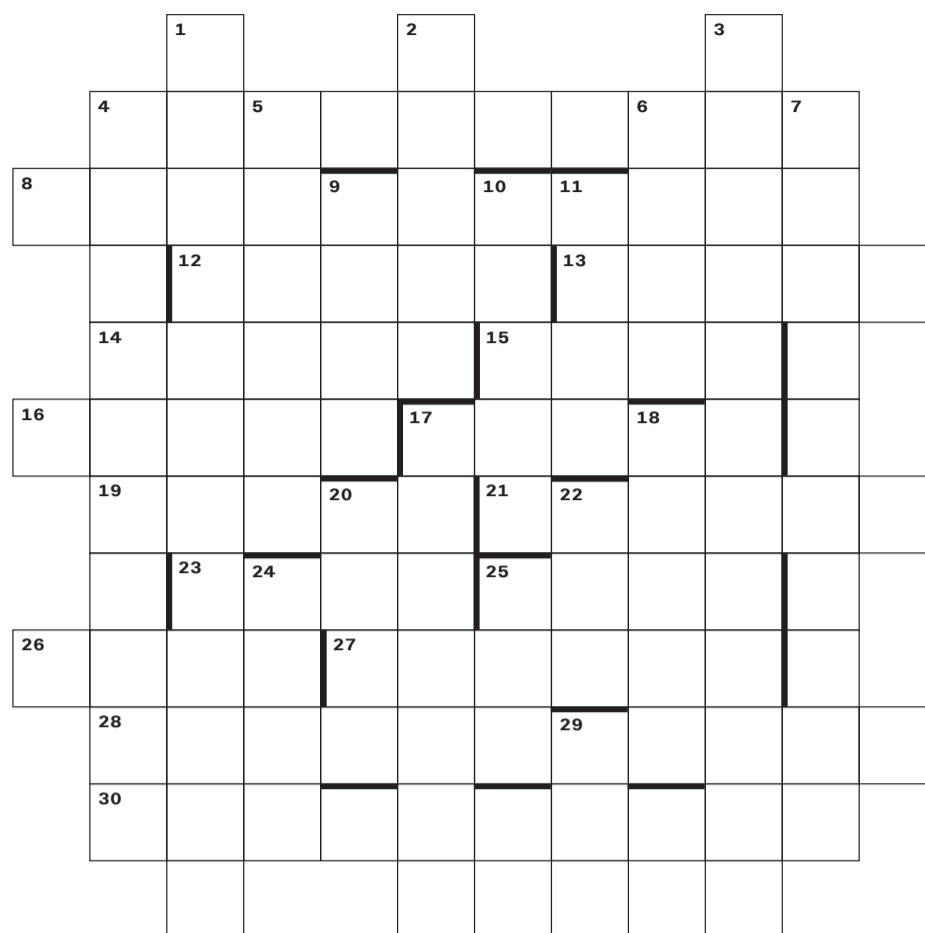
Kreuzwoz Nr. 817

waagrecht (i = j = y)

4 Ist gefragt bei der Bronchitisbekämpfung 8 Hier sollte jemand beim Drehen stets die Klappe halten 12 Die sollte berücksichtigen, wer nahe am Wasser gebaut ist 13 Ein bekanntes Mannsbild, bleibt infolge Litterings liegen 14 Diese und mehr: Sammelobjekte des Jetsets 15 Mit ihm verbunden: nicht Wüsten, aber Steppen (Vorname) 16 Element, namentlich von Helios' Schwester inspiriert 17 Waffenplatz, von welschen Rekrut:innen nur im Ausgang genossen 19 Enthalten mal Brot, mal Käse 21 Meist paarweise Unterstützung unseres täglichen Wasserhaushalts 23 Führt, in den Spass eingebaut, eher zum Torerfolg als zwischen die Berge 25 Ist museal geworden, sei es im Prado oder in den Uffizien 26 Werden in London häufig über Gebühr erhoben 27 Parasitentransitstrecken bei Schlechtgelaunten 28 Volks-, aber nicht unbedingt völkerverbindende Gewohnheiten 30 Steht bei der Aufnahme in die Kirche im Mittelpunkt

senkrecht (i = j = y)

1 Wenn beim Deal mehrere Seiten involviert sind 2 Treffen nicht beim Date, aber beim Rendezvous aufeinander 3 Entscheidet sich, Nüstern betrachtet, manchmal sehr knapp 4 Als Alternative zu Wolke sieben akzeptable Ruhestätte 5 Ist dazu geschaffen, beim Kommunizieren ein Lächeln hervorzurufen 6 In der welschen Erbfolge der Erstgenannte 7 Solche Stücke dienen nicht dem Glücke 9 Wird in Baden-Baden Öl gefördert? Teilweise schon 10 Na also, sagte Marianne, als sich der TGV endlich in Bewegung setzte 11 Ertönte weit und breit in der nördlichen Bronzezeit 17 Schwerwiegendes Adjektiv würde mit einem Buchstaben dreh zu einem geschätzten 18 Gängige Art, alten Plunder sprachlich upzucyclen 20 Was am Audiovisuellen ohne Worte wirksam ist 22 An jedem Skirennen teilnehmender Landsmann 24 Ein Linsengericht bekam ihm nicht gut 25 Nicht der geringste unter Brüdern 29 Eiskalt durchgreifende Behörde



Lösung von Kreuzwoz Nr. 816 (WOZ Nr. 15/26)

waagrecht 5 WINDMUEHLE 10 KONTRAE 12 IUNG 13 TRIEBWERK 14 KLEE 15 THEORIEN 16 RITEN 18 HILL 21 MALBEC 22 INDI 23 BISCOTTI 25 ARG 26 DESTIN 27 EMOII 29 TOTO 30 RAMSCH 31 DUFT 32 MANIOK
senkrecht 1 HINTERLIST 2 HUEBEN 3 VERWOHNT 4 PLURI 5 WOHLHABEND 6 DRITTE 7 MAEH 8 HIER 9 ENKELTRICK 11 TREIBSTOFF 17 ECONOMI 19 IDIOM 20 LIAISON 22 ITER 24 CITTA 28 MANO

Leser:innenbriefe



Widerwärtig

«**Migrationspolitik: Wolfsberger Fantasien**», WOZ Nr. 15/26

Auf Schloss Wolfsberg ein «White Paper» zu diskutieren, um das «intelligenteste Land der Welt» vor unerwünschter Zuwanderung zu bewahren: White Supremacy nach Schweizer Art – ausgesprochen widerwärtig.

Walter Felix Schweiter,
per E-Mail

Zu hysterisch?

«**Kollapsbewegung: Aber in den Wald müssen wir nicht**», WOZ Nr. 15/26

Herzlichen Dank für den sehr guten Artikel. Sehr gut, der sprach einmal Klartext – heisst, wir wissen zwar, dass eine Katastrophe kommt, aber wir wissen nicht, wie sie uns erreicht, und sie kommt nicht auf der ganzen Welt auf einmal. In vielen sogenannten Entwicklungsländern ist sie schon da. Und wie gehen wir mit den Flüchtlingen von dort um?

Ursa Baltensperger, Wattwil

Danke für die vielen guten Artikel, die ich voller Genuss, Abscheu, Mitgefühl, Freude und anderen Emotionen in der WOZ lesen kann. Zum Text «Kollapsbewegung» füge ich bei, dass ich das Wort «Klimaschutz» irreführend finde, weil es nicht das benennt, was wir im Grunde schützen wollen. Wenn wir Massnahmen ergreifen, die zur Folge haben, dass sich das Klima nicht noch mehr erhitzt, und somit unsere Lebensgrundlagen pflegen, dann schüt-

zen wir uns Menschen selbst. Für mich ist mein Einsatz und der Einsatz aller Menschen für ein gemässigttes Klima Menschenschutz. Und den Umkehrschluss zu denken und zu beobachten, macht mich fertig. Aber wenn ich in mein Umfeld schaue, habe ich das Gefühl, dass ich zu hysterisch bin. Um so mehr tut es mir gut, solche Artikel zu lesen, in dem Menschen ähnliche Gedanken äussern.

Simon Mattmüller, Basel

Explosiver Dünger

«**Energiekrise: Die Autonomie beginnt beim Dünger**», WOZ Nr. 15/26

Im Artikel fehlt eine Erklärung, wie es zu dieser gigantischen Ammoniak- beziehungsweise Düngerproduktion gekommen ist. Das damalige Wettrennen, ein Verfahren zu finden, mit dem sich Ammoniak synthetisch herstellen lässt, war getrieben von der Nachfrage nach Salpetersäure, um daraus Sprengstoffe herstellen zu können ...

Hanspeter Willi, Domat/Ems

Aus dem Herzen

«**Umweltpolitik: Weiter wachsen – einfach ohne Öl?**», WOZ Nr. 13/26

Wieder spricht mir die Redaktorin aus dem Herzen und benennt, was zu selten benannt wird, nämlich, dass wir unbedingt über das ewig gepredigte «Wirtschaftswachstum», das nicht aufgeht, sprechen müssen (und auch über Energiereduktion). Es wird zu viel über technische Möglichkeiten geredet und über den Vorrang der Wirtschaft vor der Umwelt (zuletzt in China beobachtet, wo das Umweltthema in den Hintergrund gerückt ist, seit die Wirtschaft nicht mehr so läuft). Auch dass die Redaktorin in Erinnerung ruft, dass die Reduktion von CO₂ nicht das einzige Umweltproblem ist, sondern auch Bio-

diversität, Artensterben, Verseuchung mit Chemikalien et cetera, ist so wichtig, denn das Thema Klimawandel wird oft zu einseitig betont. Danke für den Kommentar!

Brigitte Koller, per E-Mail

Ein besonderes Highlight

«**Autorinnen in Afghanistan**», Serie, zuletzt in WOZ Nr. 15/26

Die WOZ überrascht regelmässig mit spannenden Geschichten. Das ist Journalismus vom Feinsten, auch wenn ich inhaltlich nicht mit allem einverstanden bin. Ein besonderes Highlight waren die acht Texte von Autorinnen aus Afghanistan. Vielen herzlichen Dank! Falls es eine Möglichkeit gibt, diese Serie fortzusetzen, würde es mich riesig freuen. Für uns als Leser:innen, aber auch für die mutigen Frauen in Afghanistan (und in anderen Ländern dieser Welt).

Cornelia Diethelm, Kölliken

Korrigenda

Das Bild zum Artikel «Neustart in Nepal: Bewegung an der Macht» in Nr. 16/26 zeigt den neuen nepalesischen Premierminister Balendra Shah mit der Schweizer Botschafterin. Bei der Vertreterin der Schweiz handelt es sich allerdings nicht um Elisabeth von Capeller, wie in der Bildlegende steht, sondern um deren Nachfolgerin Danielle Meuwly.

Im Artikel «Honigbienen: Schwärmen zum Glück» in derselben Ausgabe steht in einer Bildlegende, Rauchwerk mache die Bienen schläfrig, und sie würden darum nicht stechen. Auch das stimmt nicht. Der Rauch simuliert einen Waldbrand und treibt die Bienen zurück in die Waben. Wir bitten für diese Fehler um Entschuldigung.

Politour



Korruption

Korruption unterläuft das Vertrauen in Verfahren und Institutionen. Der Soziologe Ueli Mäder im Gespräch mit der Ethnologin Lucy Koechlin, die sich während ihrer langjährigen Mitarbeit am Zentrum für Afrikastudien der Uni Basel und dem Institute on Governance unter anderem mit organisiertem Verbrechen und Fluchtgeldern befasst hat.

► **Rheinfelden** Hotel Schützen, Bahnhofstrasse 19, Mi, 29. April, 19.30 Uhr.

Effingerstrasse

Zum Beispiel die Effingerstrasse: Wem gehört sie? Wer verkehrt auf und an der Effingerstrasse, und wer hat ein Recht, da zu wohnen oder zu protestieren? Gespräche, Film, Musik, ein Quiz und die Heftvernissage des Magazins «Neue Wege».

► **Bern** Schulhaus Brunnmatt, Singsaal, Brunnmattstrasse 16, Sa, 25. April, 17 bis 19 Uhr.

Partisanenrepublik Ossola

1944 existierte in der Region Domodossola kurzzeitig eine freie Partisanenrepublik, die regen Austausch mit der Schweiz pflegte. «Kampfzone Ossola», das neue Buch von Raphael Rues und Andrej Abplanalp, entwirrt das komplexe Geflecht zwischen italienischen Partisan:innen, deutschen und faschistischen Truppen sowie Schweizer Behörden. Buchpräsentation mit den Autoren sowie Andreas Rieger (Gruppo per la Memoria 1943–1945).

► **Zürich** Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum, Stadelhoferstrasse 12, Mi, 29. April, 18.30 Uhr.

Sans-Papiers

Ihr Leben spielt sich in gesellschaftlichen, rechtlichen und sozialen Zwischenräumen ab: Mitglieder des Sans-Papiers-Kollektivs Bern sowie der Kollektive aus Basel haben eindrückliche Texte über ihre Erfahrungen verfasst und lesen daraus.

► **Bern** ONO – Das Kulturlokal, Kramgasse 6, Do, 30. April, 20 Uhr. Infos und Anmeldung unter onobern.ch/events/zwischenraume.

Impressum
Herausgeberin WOZ Die Wochenzeitung: Genossenschaft infolink, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich, woz.ch **Pakete / Express:** 8005 Zürich

Die Genossenschaft infolink gehört ausschliesslich den Zeitungsmacher:innen. Die WOZ ist unabhängig; über inhaltliche Fragen entscheidet die Redaktionskonferenz.

Zentrale: 044 448 14 14, woz@woz.ch
Abos: 044 448 14 44, abo@woz.ch
Inserate: 044 448 14 23, inserate@woz.ch

Wemf-beglaubigte verkaufte Auflage: 18 678
Reichweite: 99 000

Gönnner:innenabo: 590 Franken **Jahresabo:** 295 Franken **Ermässigttes Abo:** 177 Franken **Probeabo:** 8 Wochen für 25 Franken. Alle Informationen unter woz.ch/abo

Redaktion
Politik: Raphael Albisser (ral), Renato Beck (reb), Susan Boos (sb), Bettina Dytrich (dyt), Anna Jikhareva (jik), Jan Jirát (jj), Enrico Kampmann (eka), Judith Kormann (jkr), Adrian Rilkin (adr), Sarah Schmalz (saz), Daniel Stern (ds), Kaspar Surber (ks), Ayse Turcan (ayt), Daria Wild (wil) **Kultur:** Daniel Hackbarth (had), Daniela Janser (dj), Florian Keller (flo), Franziska Meister (mei), Silvia Süess (süs) **Gesellschaft:** Çiğdem Akyol (cak), Bettina Dytrich (dyt), Uğur Gültekin (urg), David Hunziker (huz), Franziska Meister (mei), Meriem Strupler (mes), Lukas Tobler (lut) **Briefe/Politour:** Stephan Müller **Abschluss:** Armin Büttner (abü), Mike Niederer (mn), Roman Schürmann (sc) **Redaktionsleitung:** Renato Beck, Daniela Janser, Florian Keller – rl@woz.ch

Produktion
Korrektorat: Ulrike Frank, Tobias Hoffmann, Marlene Kalt, Iris Leutert **Bild:** Florian Bachmann, Beatrice Geistlich, Ursula Häne **Digitale Kanäle:** Georg Bauer (technisch Verantwortlicher), Dinu Gautier (dig), Uğur Gültekin (urg) **Layout und Grafik:** Marcel Bamert, Alina Günter, Anabel Keller, Sarah Pia

Verlag
Aboservice: Conny Adams, Claudia Gillardon, Roman Stäheli **Buchhaltung:** Arnaud Duvoux **Desk, Archiv:** Georg Bauer, Iris Schär, Roman Stäheli **Informatik:** Martin Clalüna, Cyril Müller, Lorenz Schori **Inserate:** Alice Bucher, Sira Negri, Roger Odermatt, Florian Schlessmann **Personal:** Iris Schär, My Hang Thai **Werbung:** Claudia Gillardon, Dominik Müller, Camille Roseau **Verlagsleitung:** Claudia Gillardon, Camille Roseau, Roman Stäheli

Ständige Mitarbeiter:innen: Tabea Andres, Jan Ole Arps, Giulia Bernardi, Julian Busch, Thomas Bürgisser, Karin Cerny, Dorothee Elmiger, Andreas Fagetti (fa), Emran Feroz, Jürg Fischer (fi), Alice Galizia (aga), Franziska Grillmeier, Lukas Hermsmeier, Annette Hug, Karin Hoffsten (kho), Erich Keller, Stefan Keller, Toni Keppeler (kep), Philipp Lichterbeck, Rahel Locher, Enis Maci, Meret Michel, Franz Moor (fm), Tobi Müller, Tobias Müller, Nelly Tügel, Eva Pfister, Daniela Prugger, Ralf Ruckus, Anne-Christine Schindler (acs), Dominic Schmid (dos), Barbara Schweizerhof, Peter Stäuber, Michelle Steinbeck, Romy Strassenburg, Hans Stutz, Martina Süess, Lotta Suter (ls), Franziska Tschinderle, Basil Weingartner, Dorothea Wuhler, Pit Wuhler, Florian Wüstholtz (fw), Raul Zelik, Marc Zitzmann, Andreas Zumach **Cartoon:** Ruedi Widmer

Zeitungsdesign: A Language, Stoecklin & Wilson **Piktos:** Olga Prader **Druck:** CH Media Print AG

Leser:innenbriefe: WOZ Die Wochenzeitung, Briefe, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich; briefe@woz.ch

Nachdruck von Texten und Bildern: nur nach Absprache mit dem Verlag.

Förderverein / Recherchierfonds: ProWOZ, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich, prowoz.ch, IBAN CH48 0900 0000 8002 2251 0

Herausgeberin «Le Monde diplomatique»: «WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG» (IMAG) und «taz», Berlin, geben den deutschsprachigen «Monde diplomatique» heraus. Erscheint monatlich als Beilage der WOZ und kann auch separat abonniert werden.

Zentrale: 044 448 14 14, diplo@woz.ch
Inserate: diploinserate@woz.ch
Wemf-beglaubigte verkaufte Auflage: 19 559
Abos: woz.ch/abo

Spielgruppen

Sie leisten frühkindliche Bildung und Betreuung, sogar Integration. Doch die Arbeit von Spielgruppen ist wenig anerkannt, und viele kämpfen ums finanzielle Überleben. Hilft Professionalisierung weiter?

Waldtorte im Bürzelbaum



Für die Kinder soll es ein Abenteuer sein, die Leiter:innen hätten gern verlässlichere Bedingungen. Die Waldfüchse der Spielgruppe Bürzelbaum im Wald ob Näfels.

Janine Schneider Text
Samuel Trümpy Foto

Die grelle Sonne empfängt uns zusammen mit den erwartungsvollen Eltern, als wir aus dem kühlen Wald hinaustreten. Die Kinder hüpfen voraus – ihr erster Tag in der Waldspielgruppe liegt hinter ihnen. Ein Mädchen sagt stolz zur Mama: «Ich hab's geschafft!» Zum ersten Mal hat sie ganze fünf Stunden ohne ihre Eltern verbracht: Lieder gesungen, ein Kreisspiel erlebt, Feuer gemacht und zusammen mit den anderen Kindern den Wald entdeckt.

Etwa 65 Prozent der Dreijährigen in der Schweiz besuchen eine Spielgruppe, so zählt es der Schweizerische Spielgruppen-LeiterInnen-Verband (SSLV). Doch im Gegensatz zu Kindertagesstätten zählen Spielgruppen nicht zur familienergänzenden Betreuung und sind deshalb nicht bewilligungspflichtig. «Grundsätzlich kann in der Schweiz jede und jeder eine Spielgruppe eröffnen – ohne Aufsicht, Qualitätskontrolle oder Ausbildung», erklärt Ramona Howald vom SSLV.

Das weiss ich auch aus eigener Erfahrung: Seit drei Jahren leite ich neben meiner Tätigkeit als Journalistin eine Waldspielgruppe des Vereins Dusse Verusse. In dieser Zeit haben die Diskussionen um Professionalisierung und Qualitätskontrolle branchenintern Fahrt aufgenommen.

Kein Geld vom Kanton Bern

«Die Spielgruppe hat deutlich an Sichtbarkeit und Wertschätzung gewonnen», sagt Howald. Gleichzeitig sind die meisten Spielgruppen chronisch unterfinanziert, und die Unterschiede zwischen den Kantonen sind gross: Einige fördern Spielgruppen als Teil der frühkindlichen Bildung, in den meisten fehlen aber Qualitätsvorgaben, verlässliche Rahmenbedingungen oder langfristige Finanzierungsmodelle. So zum Beispiel im Kanton Bern.

Margarete Fieguth ist Präsidentin der Berner Fach- und Kontaktstelle Spielgruppen (FKS) und arbeitet in der Spielgruppe Musigdösli in Brugg. Sie kritisiert die fehlende gesellschaftliche Anerkennung: «Ich hüte ja nicht nur Kinder – ich bin Pädagogin im Frühbereich!» Die kaum regulierte Situation im Kanton empfindet sie als unzulänglich. Gelder spricht Bern keine – einzelne Gemeinden unterstützen ihre Spielgruppen, in vielen stehen diese jedoch allein da. Immer wieder höre

man bei der FKS ausserdem von Gruppen, die von Leiterinnen ohne Ausbildung geführt würden, keine sichere Umgebung böten oder in denen eine Betreuungsperson allein mit zwanzig Kindern arbeite. «Aber wir haben da überhaupt keine Handhabe.»

Die als Verein organisierte FKS versuchte, den Kanton von einer Bewilligungspflicht zu überzeugen, dieser lehnte ab: Zum einen fehle die gesetzliche Grundlage, zum anderen befürchte man mehr administrative Hürden und damit eine Reduktion des Angebots. Stattdessen hat sich Bern für eine Lösung entschieden, mit der die FKS nicht wirklich glücklich ist: Seit 2023 brauchen Spielgruppen eine Kitabewilligung, wenn sie Kinder mehr als drei Stunden am Tag oder neun Stunden in der Woche betreuen. Fünftündige Waldspielgruppen, wie sie mein Arbeitgeber Dusse Verusse seit dreissig Jahren anbietet, müssten also theoretisch die Auflagen einer Kindertagesstätte erfüllen. Kontrolliert wird das allerdings nicht.

Die Kantone Freiburg, Uri und Wallis verfügen bereits seit längerem über eine Bewilligungspflicht. In Glarus regelt seit 2023 das neue Kinderbetreuungsgesetz, dass Spielgruppen mit öffentlichen Leistungsverträgen eine Bewilligung benötigen. Der Kanton steckt zurzeit mitten in der Umsetzung. «Das ist kein Misstrauensvotum», betont Claudia Eberle von der kantonalen Fachstelle Gesellschaft. «Im Gegenteil: Wir wollen die wichtige Arbeit der Spielgruppenleiterinnen auch würdigen.» Sie gehe davon aus, dass die bestehenden Spielgruppen den in Anlehnung an den SSLV erstellten Qualitätskriterien genügen.

Glarus gehört zu den wenigen Kantonen, die Spielgruppen als Teil der frühkindlichen Bildung anerkennen und unterstützen. Ein Augenschein vor Ort zeigt jedoch, dass die Spielgruppen auch dort mit einer grossen Herausforderung kämpfen: der Finanzierung.

Bei den Waldfüchsen

Plötzlich geht es steil bergauf, einige Kinder springen schon voraus, die kleineren keuchen hintendrin. Ein Junge wischt das alte Herbstlaub beiseite: «Buschwindröschen!» Die ersten Frühlingsboten haben auch die schroffen Hänge des Glarnerlands erreicht. Die Kinder hängen den Rucksack an die Waldgarderobe – ein Holzbrett mit der Aufschrift «Spielgruppe Bürzelbaum, Waldfüchse». Durch die noch laublosen Bäume

sieht man auf die Linthebene, flach wie ein Pfannkuchen, und das 5000-Einwohner:innen-Dorf Näfels. Die sieben Kinder zwischen zweieinhalb und fünf Jahren beginnen sofort, in der Erde zu graben, «Suppe» zu kochen und Laub zu rechen. «Zuerst haben sie Zeit fürs Freispiel», erklärt Karin Gallati. «Nach dem Znüni erzählen wir dann jeweils eine Geschichte, singen und tanzen.»

Karin Gallati und Silvia Manser leiten jeden Mittwochmorgen die Waldspielgruppe in Näfels. Ihr Hintergrund ist beispielhaft für viele Spielgruppenleiterinnen: Beide haben selbst mehrere Kinder, suchten nach der ersten Zeit als Mutter

«Viele Arbeiten bleiben unbezahlt.»

Ramona Howald, Schweizerischer Spielgruppen-LeiterInnen-Verband

und Hausfrau wieder nach einem niederschweligen Einstieg ins Berufsleben. Die Arbeit in der Spielgruppe bot sich dafür an. «Während die Kinder in der Schule sind, können wir arbeiten und sind rechtzeitig fürs Mittagessen wieder zu Hause», sagt Manser. Beide Frauen haben eine Ausbildung zur Spielgruppenleiterin abgeschlossen. Eine solche kann bei privaten Anbietern absolviert werden. Bisher fehlt jedoch ein eidgenössisch anerkannter Diplomalweg.

Ihr Arbeitgeber, die Spielgruppe Bürzelbaum, betreibt mehrere Innen- und Aussenstandorte im Kanton Glarus. Manser und Gallati verdienen im Stundenlohn 32 Franken, für einen Morgen also 96 Franken. Je nach Ausbildung können Spielgruppenleiter:innen beim Bürzelbaum bis zu 38 Franken die Stunde verdienen. «Wir würden unseren Leiterinnen gerne einen höheren Lohn bezahlen», sagt Irene Luchsinger, Geschäftsführerin und Präsidentin des Bürzelbaum, «aber das liegt leider nicht drin.»

Die finanzielle Situation des Bürzelbaum ist nicht rosig. Die Eltern zahlen 10.25 Franken pro Stunde, inklusive Verpflegung. Hinzu kommen Leistungsverträge mit den Gemeinden. Glarus Nord beispielsweise stellt die Räume für die Innen-spielgruppe gratis zur Verfügung und zahlt einen Zustupf von 75 Franken im Jahr pro Kind. Das sei

aber ein Tropfen auf den heissen Stein, so Luchsinger. «Ohne Sponsorenbeiträge von Firmen und Stiftungen könnten wir gar nicht überleben.»

Erst ab sechs Kindern rentiert es

Es ist Zeit fürs Znüni. Die Kinder holen ihre Rucksäcke, packen Böxli und Trinkflaschen aus. Auf dem Tisch steht eine hübsche Waldtorte aus Moos, Tannzweigen und Bucheckern mit einem goldenen Kerzchen. Eines der Mädchen feiert heute Geburtstag. Zu Hause spricht sie Polnisch. Als sie letzten Sommer erstmals in die Spielgruppe kam, konnte sie kein Wort Deutsch. «Und jetzt spricht sie manchmal schon Glarner Dialekt», sagt Karin Gallati.

Drei fremdsprachige Kinder sind dieses Jahr bei den Waldfüchsen dabei. Auch der Kanton anerkennt den Wert dieser frühen Sprachförderung: Durchschnittlich 45 000 Franken verteilt Glarus jährlich an solche integrativen Spielgruppen.

Trotz dieser Unterstützung können Silvia Manser und Karin Gallati nie sicher sein, ob sie im nächsten Schuljahr noch eine Stelle haben. Kommen nicht mindestens sechs Kinder, rentiert das Angebot nicht. Auch die Dusse-Verusse-Spielgruppen, zu denen mein Standort gehört, haben mit der variierenden Gruppengrösse zu kämpfen: Letztes Jahr musste die Waldspielgruppe in Zollikofen deswegen schliessen, der Standort in Köniz könnte dieses Jahr folgen. Manser spricht mir deshalb aus dem Herzen, wenn sie sagt: «Ich finde es schade, dass wir Spielgruppen immer ums Überleben kämpfen müssen.»

Die Hoffnung ist, dass sich mit mehr Professionalisierung mehr Gemeinden und Kantone zu finanzieller Unterstützung bewegen lassen. Doch auch die Spielgruppen selbst müssten transparenter wirtschaften, sagt Ramona Howald vom SSLV: «Oft ist nicht bekannt, welche tatsächlichen Kosten der Betrieb verursacht. Das führt dazu, dass viele Arbeiten unbezahlt bleiben und die Löhne generell viel zu niedrig angesetzt sind.»

Immer wieder verlassen Spielgruppenleiter:innen deshalb den Beruf, obwohl sie ihn lieben. Auch ich übernahm die Waldspielgruppe von zwei Frauen, die beide wegen des geringen Lohns kündigten und stattdessen eine Stelle im Schul-beziehungsweise Kitabereich suchten. Bereits beim Bewerbungsgespräch warnten sie mich: «Also fürs Geld macht man es nicht.» ●

Mireille Ngosso

Sie ist eine der bekanntesten Ärzt:innen Österreichs und entlarvt auf Social Media Rassismus in der Medizin. Im Interview erklärt Mireille Ngosso, wie fortbestehende Mythen und Stereotype zur gesundheitlichen Gefahr werden können.

«Ich habe weitergemacht, obwohl es mir niemand zugetraut hat»



«Beschwerden von Schwarzen Menschen und People of Color werden häufig als psychisch bedingt abgestempelt oder einfach ignoriert»: Mireille Ngosso.

Çiğdem Akyol Interview
Regina Hügli Foto

WOZ: Mireille Ngosso, wen sahen Sie, als Sie heute Morgen in den Spiegel schauten?

Mireille Ngosso: Eine starke Frau, die in den letzten Jahren viel durchgemacht hat. Heute denke ich: Ich bin die Frau geworden, die ich immer sein wollte – und ich bin stolz auf mich.

War das nicht immer so?

Früher war ich sehr unsicher, hatte viele Ängste und litt an Depressionen. Mit jedem Lebensjahrzehnt hat sich das verändert – ich bin reifer geworden und habe mehr zu mir selbst gefunden.

Wie Sie in Ihren Videos auf Social Media erzählen, nehmen viele als Erstes Ihre Hautfarbe und Ihr Geschlecht wahr – mit den dazugehörigen Stereotypen.

Es ist nicht einfach, in einer weiss geprägten Gesellschaft seinen Platz zu finden. Und in der Tat habe ich oft das Gefühl, zuerst als Schwarze Frau wahrgenommen zu werden. Besonders belastend sind die vielen kleinen Bemerkungen oder Situationen, in denen ich nicht ernst genommen werde. Wie anstrengend das ist, merke ich besonders, wenn ich in den Kongo oder in andere afrikanische Länder reise. Dort fällt etwas von mir ab – ich kann mich freier bewegen. Zu Hause in Österreich versuche ich deshalb, bewusst Oasen aufzusuchen: Orte, an denen viele Schwarze Menschen sind. Sie erinnern mich daran, dass ich nicht allein bin mit dem, was ich erlebe.

Auf Tiktok und Instagram klären Sie über Rassismus im Gesundheitssystem und in der Medizingeschichte auf. Trotzdem betonen Sie, die Medizin dürfe nicht farbenblind sein. Wieso?

Um alle Patient:innen angemessen behandeln zu können, müssen Unterschiede erkannt und ernst genommen werden. Zum Beispiel sehen Erkrankungen wie Hautkrebs auf dunkler Haut anders aus – deshalb werden sie bei Schwarzen Patient:innen oft später erkannt.

Wenn medizinisches Wissen auf einem eng definierten Normkörper basiert und Studienpopulationen nicht divers sind, wissen wir zudem weniger über Wirkung, Nebenwirkungen und Risiken bei bestimmten Gruppen – mit direkten Folgen für die Versorgung.

In der Praxis wird Ungleichbehandlung aber oft auch zur Gefahr. Bekannt wurde der Fall der US-Tennisikone Serena Williams. Nach der Geburt ihrer Tochter ging es ihr sehr schlecht. Doch das medizinische Personal winkte zunächst ab. Erst nachdem sie auf einer Untersuchung bestand, wurde ein lebensbedrohliches Blutgerinnsel entdeckt. Williams ist überzeugt, dass sie als Schwarze Frau diskriminiert worden war.

Tatsächlich werden Beschwerden von Schwarzen Menschen und People of Color (PoC) häufig als psychisch bedingt abgestempelt oder einfach ignoriert. Immer wieder erzählen mir Patient:innen von langen Leidenswegen, weil ihre Symptome nicht ernst genommen werden oder Fachwissen fehlt. Häufig werden Patient:innen auch zunächst über ihre Herkunft ausgefragt, statt dass man sich direkt ihren Beschwerden widmet. Ich habe auch

beobachtet, wie weisse Ärzt:innen, wenn sie unter sich sind, PoC scherzhaft Etiketten wie «Morbus Bosphorus» oder «Mamma-mia-Syndrom» anhängen und damit Beschwerden bagatellisieren. Das ist nicht nur diskriminierend, sondern auch gefährlich, weil es Behandlungen verzögert und Risiken erhöht.

Darum sollte das Gesundheitspersonal bereits in der Ausbildung stärker für Rassismus sensibilisiert werden. Zudem braucht es geschützte Räume sowie verbindliche Anlaufstellen, in denen Beschwerden wegen Diskriminierung ernst genommen und bearbeitet werden. Das mag derzeit noch utopisch klingen – deshalb versuche ich, das Bewusstsein für diese Themen öffentlich zu stärken.

Was sagt die Wissenschaft dazu?

Studien, die Rassismus im Gesundheitswesen belegen, stammen überwiegend aus dem englischsprachigen Raum – im deutschsprachigen Raum gibt es noch zu wenige Untersuchungen. Dabei ist das Thema hochrelevant, weil unterschiedliche Gruppen unterschiedlich betroffen sind. Schwarze Frauen etwa erkranken öfter an aggressivem Brustkrebs. Wer in der Wissenschaft nicht ausgebildet wird, erhält auch eher eine schlechte Behandlung, und Mythen bestehen fort. So hält sich zum Beispiel immer noch die wissenschaftlich falsche Annahme, Schwarze Menschen hätten eine dickere Haut oder seien weniger schmerzempfindlich. Das führt dazu, dass sie im Durchschnitt weniger Schmerzmittel erhalten.

Das Problem sind also vor allem die Ärzt:innen?

Es gibt auch technische Aspekte: Medizinische Geräte sind nicht immer auf unterschiedliche Hauttöne ausgelegt. So können Pulsoximeter bei dunkler Haut ungenauere Werte für die Sauerstoffsättigung liefern. Das kann gefährlich sein, da diese Werte entscheidend dafür sein können, ob eine Erkrankung – etwa Covid – stationär behandelt wird.

Doch die Probleme sind grundsätzlicher. Ärzt:innen bilden in Ländern wie Österreich oder der Schweiz oft keinen Querschnitt der Gesellschaft ab. Schwarze Menschen und PoC arbeiten im Gesundheitswesen häufiger in Pflege- oder Servicebereichen, während Entscheidungspositionen meist wenig divers besetzt sind. Die bestehenden Strukturen verändern sich nur langsam. Damit sich das nachhaltig ändert, braucht es bereits im Hörsaal andere Perspektiven. Themen wie die Dekolonialisierung der Medizin haben es jedoch an den Universitäten nach wie vor schwer.

Welche rassistischen Denkmuster sind Ihnen als Studentin begegnet?

Medizin wurde mir aus einer stark eurozentrischen Perspektive vermittelt. Alles, was vom Normbild – achtzig Kilo schwer, weiss, heterosexuell, cis-männlich – abweicht, wurde marginalisiert.

Ärztin und Aktivistin

Mireille Ngosso (45) wurde in Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, geboren. Sie war von 2020 bis 2025 für die SPÖ als erste afro-österreichische Kommunalpolitikerin im Gemeinderat und im Landtag Wiens tätig. Enttäuscht über Diskriminierung, auch innerhalb der Partei, zog sie sich aus der Politik zurück.

2020 organisierte sie die Black-Lives-Matter-Demonstration in Wien mit über 50 000 Teilnehmenden.

Heute arbeitet Ngosso als Allgemeinärztin in einer Praxis in Wien in einem ausschliesslich weiblichen und diversen Kollektiv. Auf Social Media klärt sie über Rassismus in der Medizin und im Gesundheitswesen auf.

Auch wichtige Aspekte wurden ausgelassen. Nehmen wir das Beispiel des Mikrobiologen Robert Koch: Er wird für seine Forschung zu Krankheitserregern zu Recht gewürdigt. Gleichzeitig stellt sich die Frage, auf wessen Leid solche Fortschritte teilweise beruhten. In kolonialen Kontexten gab es kaum ethische Grenzen für Experimente – dabei starben Menschen. Das wurde im Studium kaum thematisiert. Zudem habe ich auch persönlich abwertende Aussagen erlebt.

Welche?

Ein Oberarzt fragte mich einmal, ob ich mit einer Schwarzen Kollegin verwandt sei. Schlimm wa-

ren auch Kommentare von Kolleg:innen über Patient:innen, etwa: «Jetzt kommen wieder diese Leute, die laut sind und übertreiben, die haben doch nichts.» Von Patient:innen habe ich seltener offenen Rassismus erlebt. Es kommt jedoch vor, dass ich nicht als Ärztin wahrgenommen werde und sich Patient:innen eher an weisse Pflegepersonen wenden.

Über Sie gibt es die Geschichte, wie der Rechtspolitiker Jörg Haider Sie öffentlich rassistisch beleidigte, als Sie noch eine Schülerin waren.

Das war bei einer Demonstration gegen seine Politik. Wir standen in seiner Nähe und buhten ihn aus. Er zeigte auf mich und sagte: «Die Dame in Schwarz braucht gar nicht <Buh> zu schreien.» Es war furchtbar. Alle haben uns angestarrt und wussten, wen er meinte. Frühe Erfahrungen von Diskriminierung verbinde ich bis heute stark mit Scham.

Können Sie davon erzählen?

Meine Eltern sind 1984 aus politischen Gründen aus dem Kongo nach Österreich geflohen. Mein Vater engagierte sich bald in der SPÖ. Politik war bei uns präsent – aber oft mit dem Gefühl, vorsichtig sein zu müssen. «Falle bloss nicht auf. Duck dich!», haben meine Eltern zu mir gesagt.

Ich erinnere mich an eine Situation, als ich sieben Jahre alt war. Bei einer Veranstaltung wurde ich gefragt, wie es mir in Österreich gefalle. Ich sah den Blick meiner Eltern – dieses unausgesprochene «Sag lieber nichts». Trotzdem sagte ich, dass sich meine Lehrerin manchmal komisch verhalte. Darauf kam die Antwort: «Ihr müsstet doch froh sein, dass ihr hier seid.» Mein Vater relativierte sofort. Und ich spürte dieses starke Schamgefühl.

Wie war Ihre Kindheit in Österreich?

Wir litten unter der Gewalt meines Vaters, Nervosität und Angst waren ständige Begleiter. Meine Mutter trennte sich nach fünfzehn Jahren von ihm, wir lebten eine Zeit lang im Frauenhaus. Meine Mutter hat unglaublich viel geleistet: früh geheiratet, sechs Kinder bekommen, als Putzkraft gearbeitet und später ein eigenes Geschäft aufgebaut. Während sie ums Überleben kämpfte, brach ich die Schule ab.

Aus welchen Gründen?

Die Schule bot mir keinen Raum, um mich zu entfalten. Ich hätte Unterstützung gebraucht. ADHS wurde erst viel später erkannt, und auch Rassismus spielte eine Rolle. Mir wurde gesagt, die Matura sei nichts für mich. Trotzdem habe ich mich entschieden weiterzumachen: Ich habe gearbeitet und parallel die Abendschule besucht.

Nach der Matura gingen Sie zuerst nach London, um biomedizinische Wissenschaft zu studieren. Wieso?

Ich wollte weg. In London habe ich zum ersten Mal erlebt, wie es ist, sich nicht als abweichend zu empfinden. Beispielsweise gab es viele afrikanische Geschäfte, ganz selbstverständlich konnte ich Produkte für meine Haare oder passendes Make-up im Supermarkt finden. Dennoch vermisste ich Wien, Gulasch und Sachertorte. Wenn ich Heimweh hatte, sang ich «I am from Austria» von Rainhard Fendrich. Nach drei Jahren beschloss ich, zurückzukehren und mich für ein Medizinstudium einzuschreiben. Ich wusste: Es wird nicht alles rosig sein, aber ich kämpfe für die nächste Generation.

Warum Medizin?

Weil ich gesehen habe, wie meine Mutter behandelt wurde. Eine Schwarze Frau mit Sprachbarrieren bekommt im Gesundheitssystem oft nicht die gleiche Qualität an Versorgung. Ich wollte dem etwas entgegensetzen. Ausserdem wollte ich irgendwann im Kongo oder anderswo als Gynäkologin aushelfen. In Österreich hat mich auch meine Dorfpatin, die uns bei der Integration unterstützte, geprägt. Sie war Kinderärztin und nahm mich mit in ihre Praxis.

Wie war die Rückkehr nach Österreich?

Ich fiel in eine depressive Phase und musste mich intensiv mit meiner mentalen Gesundheit auseinandersetzen. Ich war mehrere Monate in Behandlung und habe vieles aufgearbeitet. Auch dort habe ich problematische Aussagen erlebt wie «Gewalt ist in afrikanischen Ländern ja normal». Trotzdem habe ich mein Studium weitergeführt – obwohl es mir kaum jemand zugetraut hat. Ich wollte mich für all jene einsetzen, die im Gesundheitssystem übersehen werden. ●

Vierzig Jahre Tschernobyl

Am 26. April 1986 kam es in der Ukraine zur Reaktorkatastrophe. Hausarzt Martin Walter erinnert sich, wie er das Gebiet besuchte.

Zeugnisse der Verstrahlung

Aufgezeichnet von Annika Lutzke

«Den Anfang meines Kampfes gegen die Atomenergie machte Kaiseraugst. In den siebziger Jahren wohnte ich in Basel, hatte einen zweijährigen Sohn und wollte kein Atomkraftwerk vor der Stadt. Ich arbeitete als Arzt im Labor für Blutgerinnungsstörungen. Als die Proteste gegen den Bau des AKW Kaiseraugst begannen, nahm mir der leitende Professor im Labor einige Schichten ab und sagte: «Gehen Sie demonstrieren!» Der Protest genoss damals breite Unterstützung. Und er war erfolgreich: vorläufiger Baustopp. Doch endgültig versenkt wurde das AKW erst nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl.

Genau vierzig Jahre ist das jetzt her. Die Kernschmelze im Atomkraftwerk nahe der Stadt Pripjat im Norden der heutigen Ukraine war der schlimmste Reaktorunfall der Geschichte. 1989 reiste ich erstmals in das betroffene Gebiet, um die gesundheitlichen Schäden zu dokumentieren und der Frage nachzugehen, was die Auswirkungen eines solchen Unfalls in der Schweiz wären.

Auf der Reise hatte ich die Gelegenheit, den für die Löscharbeiten am zerstörten Reaktor verantwortlichen Feuerwehrhauptmann Leonid Teljatnikow zu interviewen, um seine Erkrankung zu dokumentieren. Seine Erzählungen zeigten mir die verheerenden Auswirkungen der radioaktiven Strahlung. Aufgrund schwerer Strahlenkrankheit wurde der erste Feuerwehrmann bereits sieben Minuten nach Beginn des Einsatzes ins Krankenhaus eingeliefert, Teljatnikow nach einigen Stunden.

Noch während des Einsatzes zeigten sich bei ihm Atemprobleme, Husten, Brechreiz und Ohnmacht. Nach einigen Tagen fielen Teljatnikow Haare aus, auf seiner Haut entstanden offene Wunden, die Strahlung beschädigte sein Knochenmark und führte zum Zusammenbruch seines Immunsystems. Er erkrankte zudem an Hepatitis B, die zu der Zeit in der Sowjetunion weitverbreitet war. Höchstwahrscheinlich war er während einer Bluttransfusion im Spital damit angesteckt worden. Erst von mir erfuhr er von diesem Zusammenhang. Fünfzehn Jahre nach unserem Treffen starb Leonid Teljatnikow mit 53 an Kieferkrebs – wahrscheinlich als Folge der hohen Strahlendosis.

Erstmals getroffen hatte ich Teljatnikow in Hiroshima am Weltkongress der IPPNW, der internationalen Ärzt:innenvereinigung für die Verhütung eines Atomkriegs, 1980 in den USA entstanden. Der Schweizer Arzt und Umweltaktivist Martin Vosseler hat hier einen Ableger gegründet und mich zusammen mit ein paar weiteren Ärzt:innen zur Mitarbeit eingeladen. Die Schweizer Sektion war zusammen mit der irischen lange Zeit die einzige, die sich nicht nur gegen Atomwaffen, sondern auch gegen die zivile Nutzung der Atomenergie stellte. Für uns war das damals völlig klar: Um eine Atom-bombe zu bauen, braucht es zuerst ein Atomkraftwerk. Wir scheuten uns nicht vor der politischen Forderung nach einem Ausstieg.

Dass ich überhaupt nach Tschernobyl kam, verdanke ich einer Begegnung auf dem Rhein. Der Europakongress der IPPNW fand 1988 auf zwei Booten statt, die von Basel bis nach Rotterdam tuckerten. Dort freundete ich mich mit

dem ukrainischen Schriftsteller und Arzt Jurij Stscherbak an, der die Arbeiter:innen des AKW Tschernobyl und exponierte Feuerwehrleute porträtiert hatte. Später hat er die Grüne Partei der Ukraine gegründet. Trotz grosser Sprachbarrieren verstanden wir uns gut, er sagte zu mir: «Martin, ich lade dich ein.» Dank ihm und seinen Kontakten war es uns überhaupt möglich, das Ausmass der gesundheitlichen Schäden nach Tschernobyl zu erahnen.

Nebst der Dokumentation der akuten Strahlenkrankheit, wie sie die Einsatzkräfte erlitten, die in der Nähe des Unglücksreaktors hohen Dosen ausgesetzt waren, war ich später an der Erforschung der Strahlenkrankheit durch Niedrigdosen beteiligt, denen damals auch die Bevölkerung in der Schweiz ausgesetzt war – und bis heute ist. Eine anhaltende kleine Strahlendosis verursacht sogenannte stochastische Schäden, kleine Veränderungen an Zellen, die auch noch Jahrzehnte später zu Krankheiten wie Krebs führen können.



Martin Walter reiste 1989 nach Tschernobyl, um gesundheitliche Schäden zu dokumentieren.

In der Schweiz sind durch die langfristigen Folgen von Tschernobyl nach heutigen Kenntnissen mindestens 400 Menschen an Krebs gestorben und ebenso viele an Herzinfarkten oder Hirnschlägen erkrankt. Abschliessend sind diese Zahlen aber nicht, denn wie in der Ukraine wurde auch in der Schweiz lange nicht erfasst, wer alles an Krebs erkrankt ist. Erst seit 2020 sind Krebsregister in allen Kantonen Pflicht.

Im Abstimmungskampf um die beiden Atominitiativen, die 1990 zur Abstimmung kamen, konnten wir von der IPPNW medizinische Fakten liefern. Ich hielt Vorträge in der ganzen Schweiz – was zu Einbussen in meiner Hausarztpraxis führte, auch für meine Familie blieb wenig Zeit. Die Atomausstiegs-Initiative der Grünen wurde zwar knapp abgelehnt, doch mit der Annahme der Moratoriums-Initiative im selben Jahr feierten wir einen Erfolg: zehn Jahre Baustopp für neue Atomkraftwerke.

Dann schief die Bewegung ein. Wir fragten uns, wie wir die Menschen wieder erreichen können. An einer Vorstandssitzung sagte ich: «Dazu braucht es wohl einen weiteren Unfall.» Dann kam 2011 Fukushima. Mit der Arbeit unserer Organisation erzielten wir politische Erfolge, doch vom Wissen über die Gefahren der Strahlung ist in der Gesellschaft nur wenig hängen geblieben. Heute werden in der Schweiz sogar wieder neue AKWs gefordert.

Mitte April nahm ich an der 3000. Mahnwache für die Abschaltung des AKW Beznau teil. Von den etwa hundert Demonstrant:innen erhalten wohl nächstes Jahr fast alle eine 13. AHV-Rente. ●

Martin Walter (81) leitete rund dreissig Jahre eine Hausarztpraxis in Grenchen, wo er noch heute lebt. Ende der achtziger Jahre war er Präsident des Schweizer Ablegers der Ärzt:innen für soziale Verantwortung und zur Verhütung eines Atomkrieges (PSR/IPPNW).

Durch die zehner Jahre mit Noëmi Landolt

Noëmi Landolt war ab 2013 knapp zehn Jahre bei der WOZ. In dieser Zeit erstarkte die feministische Bewegung in der Schweiz und veränderte auch den Betrieb.

«Wie fand der Feminismus ins Blatt?»

Daria Wild Interview
Ursula Häne Foto

WOZ: **Noëmi, wie bist du zur WOZ gekommen?**

Noëmi Landolt: Ich habe nach der Matura in der Stadtreaktion des «St. Galler Tagblatts» ein Praktikum gemacht, später war ich kurze Zeit Redaktorin beim Ostschweizer Kulturmagazin «Saiten». Es gab damals viele Verbindungen von der WOZ nach St. Gallen und zum «Saiten», ich kannte also schon ein paar Leute und wurde 2005 freie Mitarbeiterin. Unmittelbar nach meinem Uniabschluss wurde eine Stelle frei.

In die zehner Jahre fielen die grossen Fluchtbewegungen 2015/16. Asyl und Migration wurde eines deiner Kernthemen.

Während des Studiums war ich aktivistisch unterwegs, habe etwa mitgeholfen, im «Kasama» in Zürich das Refugees Welcome Café für Geflüchtete aufzubauen. Ich war also nah dran, kannte Menschen, die ich in Camps und im Ausschaffungsknast besuchte. 2015 war ich auf der sogenannten Balkanroute unterwegs, erst als Aktivistin, dann als Journalistin. Irgendwann verschob sich mein thematischer Fokus, auch aus Frust: Es verändert sich so wenig und wenn, dann immer zum Schlechten. Trotzdem muss man natürlich weiter darüber berichten, allein 2026 sind tausend Menschen beim Versuch ertrunken, nach Europa zu gelangen. Aber in den Medien ist das nur noch eine Randnotiz.

2016 warst du auf dem Seenotrettungsschiff Sea-Watch 2 und hast einen Blog für die WOZ geschrieben. In manchen Momenten sassest du mit dem Laptop an Deck, in anderen hast du Geflüchtete an Bord gezogen. Wie hast du das zusammengebracht?

Auf der «Sea-Watch» war klar, dass man nicht als blosser Beobachterin mitfahren darf, sondern alle mitarbeiten müssen. Und das wollte ich auch. Umgekehrt war das Schreiben für mich Teil meines Aktivismus. Das wurde durchaus auch kritisiert, auf der Redaktion gab es Leute, die sagten, man

müsse das strikt trennen. Ich wollte aber anwaltschaftlich schreiben, von unten nach oben treten. Irgendwann habe ich mit dem Aktivismus aufgehört, einfach weil es zu viel vom Gleichen war, bei der Menschenrechtsgruppe Augenauf etwa erledigte ich damals ebenfalls viel Recherchearbeiten. Ich fand es aber immer wichtig, dass die WOZ bewegungsnah bleibt.

In diese Zeit fiel auch der feministische Streik 2019 – Geschlechterfragen und Feminismus wurden ebenfalls zu deinem Dossier.

In den nuller Jahren lag die feministische Bewegung in der Schweiz nahezu brach, am 8. März waren wir jeweils vielleicht hundert Autonome, die durch die Stadt zogen (*lacht*). Der Streik war noch kein Thema, die Mackerkultur in der Linken ebenso wenig. In den zehner Jahren erstarkte die Bewegung dann, fand zu dieser Breite, die sie heute hat. Es war schön, das mitzuerleben und journalistisch zu begleiten.

Fanden diese Themen damals leicht Eingang in die Zeitung?

Nicht immer. Es gab in den zehner Jahren eine Art Boys Club auf der Redaktion, eine Gruppe von vier, fünf Männern, die bestimmt haben, was läuft. An den Sitzungen hiess es zwar bei meinen Themen oft, «das ist megawichtig, mach das unbedingt», aber dann bekam ich dafür eine halbe Seite weiter hinten im Blatt. Vielleicht habe ich mich zu wenig eingesetzt. Andere – man muss sagen: Männer – haben dagegen dauernd Doppelseiten eingefordert. Nach ein paar personellen Abgängen wurde es besser. Und das gesellschaftliche Bewusstsein änderte sich und damit auch die WOZ: Mit der #MeToo-Bewegung, die 2017 gross wurde, fand der Feminismus mehr Platz.

2023 wurde einem Journalisten von sechs Frauen sexuelle Belästigung vorgeworfen, in einem Fall von 2014 auch bei der WOZ.

Es mag widersprüchlich klingen, aber als das aufflog, war ich einerseits sehr erschüttert, an-

dererseits aber auch nicht wirklich überrascht. Ich denke, vielen ging es ähnlich. Bei der Aufarbeitung war ich schon nicht mehr auf der WOZ. Ich gehe davon aus, dass das Bewusstsein dafür, dass Übergriffe überall passieren können, auch in einem linken, selbstverwalteten Betrieb, heute grösser ist.

Du bist während deiner Jahre bei der WOZ zweimal Mutter geworden. Wie veränderte sich der Betrieb in Sachen Vereinbarkeit?

In meinen Anfängen gab es relativ wenig Verständnis für die Verpflichtungen der Care-Arbeit. Das wurde besser, als die Männer auf der WOZ auch Kinder bekamen. Ich selber wurde einfach disziplinierter – bis tief in die Nacht schreiben ging nicht mehr.

Du hast die WOZ dann nach fast zehn Jahren unfreiwillig verlassen.

2022 erkrankte ich an Long Covid. Ich ging also nicht aufgrund einer eigenen Entscheidung, sondern weil ich nicht mehr konnte. Das macht mich immer noch sehr traurig. Durch die Krankheit ist mir bewusst geworden, wie enorm die Doppelbelastung von Lohn- und Care-Arbeit ist. Es war schon vorher ein unglaublicher Stress, aber ich war körperlich in der Lage, das zu leisten. Das wird oft nicht zusammengedacht: Es gibt diese Fragebögen, um den Schweregrad von Long Covid zu ermitteln. Da wird unter anderem gefragt, ob ich, sagen wir, drei oder fünf Stunden leichte Büroarbeit verrichten könne. An guten Tagen wäre das vielleicht möglich, aber danach könnte ich meinen Kindern kein Mittagessen mehr zubereiten. ●

Noëmi Landolt (43) lebt in Zürich und ist freie Mitarbeiterin bei der WOZ. Anlässlich des heutigen Relaunchs blickt die WOZ jede Woche auf ein Jahrzehnt ihrer Geschichte zurück.

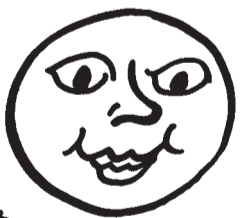


«In den nuller Jahren war der Frauenstreik noch kein Thema. In den Zehnern erstarkte die Bewegung dann – es war schön, das journalistisch zu begleiten»: Noëmi Landolt.

Das gute Leben

Von Ohrfeigen und Zuneigung – ein Workshop für junge Männer

«Jungs, wir müssen reden»



Uğur Gültekin

«Man weiss nie so genau, wie viele es dann schlussendlich sind, die an einem Samstag hier eintrudeln», sagt Jugendarbeiter Adrian Kiefer. Das Plakat zur Veranstaltung mit dem Titel

«Babo oder Bluff – männlich genug?» verweist auf die Intention hinter dem Abend: Es geht darum, Jugendliche und junge Männer zu einem Gespräch einzuladen, um gemeinsam Männlichkeit zu reflektieren.

Eine hohe Erwartung an einen Samstagabend, an dem sich zehn pubertierende, sehr junge Männer – um nicht zu sagen, sehr alte Jungen – eingefunden haben, die eigentlich doch lieber Billard spielen möchten. Jetzt geht es erst mal darum, auszuhandeln, wer denn den Billardtisch zuerst benutzen darf.

Im Jugendtreff Chillout im Basler Klybeckquartier bietet die Quartierarbeit Klyck zusammen mit dem Rapper Nativ und mir diesen Workshop an. Es ist 19.15 Uhr, und ich muss als Moderator das Billardspiel nun unterbrechen. Wie schaffe ich es jetzt, die Jugendlichen dazu zu bringen, sich gemeinsam hinzusetzen? Haben sie überhaupt Lust, mit uns über ihre sich entwickelnde Männlichkeit zu sprechen?

Das Eis bricht überraschend schnell. Als Impuls dienen Szenen aus der Dokumentation über den Rapper Haftbefehl. «Babo» haben alle gesehen; der Film bietet reichlich Stoff. «Ich schaue ständig, dass alle alles haben. Aber wer schaut eigentlich nach mir?», fragt der Rapper darin ein wenig selbstmitleidig, aber immerhin ehrlich hinsichtlich seines Bedürfnisses nach Zuneigung. Nativ greift das auf und erzählt freimütig von sich selbst: Er habe gelernt, wie wichtig es sei, Zugang zu den eigenen Gefühlen zu haben, sie auszudrücken und sich nicht in sich selbst zu vergraben.

Auf die Frage nach männlichen Vorbildern hat jeder etwas zu sagen. Es sind Väter und Grossväter («behandeln meine Mutter immer gut»), der Bruder, der aus seiner kleinkriminellen Vergangenheit gelernt haben soll («das macht er jetzt alles nicht mehr»), oder der Onkel, der nach dem Verschwinden des Vaters einsprang. Mit ihm könnten auch Themen besprochen werden, die mit der Mutter nicht so einfach zu be-

reden seien («halt paar Sachen wegen Sexualität und so»).

«Eine Ohrfeige vom Papa gehört dazu, so lernen wir Disziplin», sagt einer. Ob er selber seine Kinder schlagen würde? «Natürlich nicht.» Man müsse sehen, was der Vater alles erlebt habe: «Das wird von Generation zu Generation immer besser. Glauben Sie, er hatte einen Workshop im Jugendtreff?»

Die Jugendlichen stellen sich vor, wie sie als erwachsene Männer sein wollen. «Nett, lieb – auch gemütlich, weisst du, emotional gelassen», sagt einer. Nach zwei Stunden intensiven Gesprächs zieht er in einer kleineren Runde sein Fazit: «Schaut mal, wie gut es tut, alles zu besprechen. Jungs, wir müssen einfach auch viel mehr miteinander reden.» ●

Reklame

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

85

Vernissage mit Podium

Samstag
2. Mai 2026
15 - 16 Uhr

Walcheturm
Zürich

Blockaden aufbrechen: Linker Widerstand gegen Gewaltverhältnisse

Wie können sich politische und soziale Kämpfe angesichts von Gewalt- und Herrschaftsstrukturen formieren?

Im Rahmen des 1. Mai-Politprogramms



▷ In der nächsten WOZ: Zum 1. Mai – Kampf um den rechten Arbeiter